



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Österreichische Identität. Konstruktion einer  
österreichischen Nation unter Berücksichtigung von  
Parteiprogrammen

Verfasser

Andreas Kolbábek

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 121  
Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Soziologie (rechts-, sozial und wirtschaftswissenschaftlicher Zweig)  
Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Stephan Moebius



# EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die Arbeit selbständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen Formulierungen und Konzepte gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, durch Fußnoten gekennzeichnet bzw. mit genauer Quellenangabe kenntlich gemacht habe.

.....

Datum

.....

Unterschrift



# DANKSAGUNG

Folgenden Personen sei für ihre Unterstützung gedankt:

Meinem Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Prof. Dr. Stephan Moebius, der mir mit konstruktiver Kritik und Übersicht sehr geholfen hat. Meinen Eltern, ohne deren Unterstützung ich mein Studium nicht hätte beenden können. Jakob und Martin, für ihre Hilfe bei der Korrektur der Arbeit. Und besonders Ursula, für ihre Nerven und Zeit, die sie mir ‚geschenkt‘ hat und ohne deren Rückhalt diese Arbeit nicht existieren würde.

# INHALT

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>9</b>
<b>2</b>	<b>NATION UND NATIONALSTAAT</b> .....	<b>13</b>
2.1	Ursprung und Entstehung der Nation, des Nationalstaates .....	13
<b>3</b>	<b>IDENTITÄT UND NATIONALE IDENTITÄT</b> .....	<b>19</b>
3.1	Identität .....	20
3.2	Nationale Identität .....	24
3.2.1	Das (kontroverse) Bild von einer österreichischen Identität im 20. Jahrhundert .....	28
3.2.2	Die Rolle der Politik bei der Bildung nationaler Identität .....	30
<b>4</b>	<b>METHODIK</b> .....	<b>34</b>
4.1	Das Untersuchungsmaterial .....	35
4.2	Die Kategorien .....	37
4.3	Die Grundgesamtheit und Stichprobe .....	39
<b>5</b>	<b>ANALYSE DES UNTERSUCHUNGSMATERIALS</b> .....	<b>41</b>
5.1	Erste Phase – Österreich nach dem Zerfall der Monarchie .....	41
5.1.1.1	Untersuchungsmaterial und Parteien .....	42
5.1.1.2	Analyse des Untersuchungsmaterials .....	43
5.2	Zweite Phase – Österreich in der Ersten Republik .....	46
5.2.1.1	Untersuchungsmaterial und Parteien .....	47
5.2.1.2	Analyse des Untersuchungsmaterials .....	48
5.3	Dritte Phase – Österreich am Anfang der Zweiten Republik .....	54
5.3.1.1	Untersuchungsmaterial und Parteien .....	55
5.3.1.2	Analyse des Untersuchungsmaterials .....	56
5.4	Vierte Phase – Staatsvertrag, 1970er Jahre und aktuell .....	63
5.4.1	Österreich nach dem Staatsvertrag (A) .....	63

5.4.1.1	Untersuchungsmaterial und Parteien.....	64
5.4.1.2	Die Begriffe Neutralität, Internationalität und Nation .....	66
5.4.1.3	Die Begriffe Österreich und Deutschland.....	69
5.4.1.4	Die Begriffe Religion, Heimat und Tradition .....	70
5.4.2	Österreich in den 1970er Jahren (B) .....	74
5.4.2.1	Untersuchungsmaterial und Parteien.....	74
5.4.2.2	Die Begriffe Tradition, Kultur und Kunst.....	75
5.4.2.3	Die Begriffe Religion und Christentum.....	78
5.4.2.4	Zuwanderung in den 1970er Jahren .....	79
5.4.2.5	Internationalität und ‚mehr Demokratie‘ in den 1970er Jahren.....	82
5.4.2.6	Familienpolitische Forderungen und Maßnahmen .....	84
5.4.3	Österreich heute (C).....	86
5.4.3.1	Untersuchungsmaterial und Parteien.....	86
5.4.3.2	Die Begriffe Heimat und Regional .....	87
5.4.3.3	Die Begriffe Tradition und Religion .....	90
5.4.3.4	Zuwanderung in den aktuellen Programmen .....	93
5.4.3.5	Die Neutralität in den aktuellen Programmen .....	94
5.4.3.6	Identität in den aktuellen Programmen .....	95
<b>6</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>100</b>
<b>7</b>	<b>QUELLEN.....</b>	<b>103</b>
7.1	Parteiprogramme .....	112
<b>8</b>	<b>TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>115</b>
8.1	Tabellenverzeichnis .....	115
8.2	Abbildungsverzeichnis .....	116
<b>9</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>117</b>
9.1	Untersuchungsmaterial .....	117
9.2	Kategorien .....	119
9.3	Abstracts.....	120
9.4	Lebenslauf .....	121

*„Seltsam: In Österreich wird über Österreich nicht allzu viel geredet.*

*Da faßt man sich kurz, da hat man gleich alles beisammen.*

*Man ist Demokrat, Republikaner, immerwährend neutral.“*

Peter Rosei, 1978: 155



# 1 EINLEITUNG

1918 entstand mit Deutschösterreich die erste ‚Version‘ eines demokratischen und von der Monarchie losgelösten Österreichs. Nach dem Ende der Habsburgermonarchie folgten drei Jahrzehnte, in welchen diese Nation mit verschiedenen politischen Gemeinwesen umzugehen hatte und auf diese unterschiedlich „eingeschult“ (Menasse, 1993: 17) wurde: Erste Republik, faschistischer Ständestaat, Österreich im nationalsozialistischen Regime und schließlich die Zweite Republik, die bis heute das bestehende Österreich ausmacht.

Obwohl politische Akteure gerade zu Beginn der Ersten Republik massive Zweifel an der Selbstständigkeit und sogar Überlebensfähigkeit Österreichs hatten, (vgl. u.a. Heer, 1996: 334ff.), entwickelte sich bis heute ein Bewusstsein für die österreichische Nation. Das Vorhandensein der österreichischen Nation, einer österreichischen Eigenart, eines Charakters oder sogar einer Identität wird gegenwärtig überwiegend wahrgenommen und nicht angezweifelt (vgl. u.a. Tributsch /Ullrich, 2008: 46f).

In dieser Arbeit geht es nicht darum aufzuzeigen, welchen Stellenwert nationale Identität bei der individuellen Identitätsbildung einnimmt. Diese Untersuchung hat es sich vielmehr zur Aufgabe gemacht, herauszufinden, wie die politischen Kräfte in Österreich, ausgehend vom 20. Jahrhundert, mit ihren Positionen, Ideologien und Maßnahmen die Nationenwerdung Österreichs mitgestaltet haben. Ziel ist, den Weg der österreichischen Nationenwerdung anhand von Parteiprogrammen zu rekonstruieren.

Die Prägung der Nation ist in beinahe hundert Jahren von vielen Faktoren beeinflusst worden. Ereignisse wie die Besetzung Österreichs, die Unterzeichnung des Staatsvertrags, aber auch der Zerfall der Sowjetunion und der damit verbundenen Öffnung Osteuropas, dem Wandel von einer Dienstleistungsgesellschaft zu einer Informationsgesellschaft und den Veränderungen durch die Globalisierung, spielten beim Heranwachsen zu einer gefestigten Nation eine gewichtige Rolle. Aus diesen Gedanken ergibt sich die Frage, wie Österreichs Parteien mit der österreichischen Nation nach dem Zerfall der Habsburgermo-

narchie umgegangen sind. Die Untersuchung schließt auch die Fragen mit ein, ob überhaupt auf nationale Identität eingegangen wurde oder ob diese angezweifelt wurde. Behandelt werden soll die politische Idee des Anschlusses an Deutschland, ein geschichtlicher Bestandteil Österreichs (u.a. Heer, 1996), und wie mit diesem im Untersuchungsmaterial umgegangen wird. Schließlich soll aufgezeigt werden, wann und ob ‚identitätsstiftende‘ Maßnahmen gesetzt worden sind und wie heute die österreichische Identität dargestellt wird.

Im ersten Teil dieser Arbeit werden die Begriffe *Nation*, *Identität* und *nationale Identität* behandelt um aufzuzeigen, welche Theorien in Bezug auf den Ursprung des Nationsbegriffs und den Siegeszug der Nationalstaaten von Bedeutung sind (Kapitel 2 und 3). Ohne Charakterisierung der Identität und später der nationalen Identität, mit der sich Individuen mehr oder weniger identifizieren, kann nicht adäquat auf den Einfluss, den politische Parteien auf diese nehmen, eingegangen werden. Des Weiteren gilt es überblicksartig aufzuzeigen, welche Besonderheiten die österreichische Identität aufweist und wie die Politik auf die nationale Identität Einfluss nehmen kann. Dieser Teil der Forschung dient einerseits dazu, die unterschiedlichen Blickwinkel auf die österreichische Identität zu beleuchten, andererseits soll die politische Wirkung auf den „nation-building-Prozess“ (Prisching, 1994:19) dargestellt werden.

Einleitend zum zweiten Teil, dem Empirieteil, wird die Methodik dieser Untersuchung dargestellt, sowie das Untersuchungsmaterial und die Kategoriebildung näher erklärt (Kapitel 4), um schließlich die Ergebnisse der Analyse zu behandeln (Kapitel 5). Anhand dieses Materials werden sich die unterschiedlichen politischen Ideologien und Anschauungen auf die österreichische Nation zeigen. Um den Entstehungskontext der Parteiideologien in der jeweils untersuchten Phase besser verstehen zu können, wurden geschichtlich relevante Ereignisse und Veränderungen berücksichtigt. Des Weiteren finden sich, neben direkt auf die nationale Identität Bezug nehmenden Formulierungen und Aussagen, auch Themen wieder, die indirekt auf den nationalen Charakter eingewirkt haben. Dies sind etwa politische Maßnahmen, die für demographische Veränderungen gesorgt haben, oder etwa gesellschafts- und sozialpolitische Aufgaben, auf die reagiert wurde.

Untersucht werden also Parteiprogramme, die einen Einblick und möglicherweise ein Verständnis vom „identitätsprägenden Rahmengebilde“ (Prisching, 1994: 43) der Nation geben. Die Herangehensweise, Parteiprogramme auf ausgewählte Inhalte zu untersuchen stellt keine Neuheit dar, so haben beispielsweise Albert Kadan und Anton Pelinka (1979) die Grundsatzprogramme österreichischer Parteien dokumentiert und analysiert. Eine Untersuchung mit aktuellen Parteiprogrammen als Untersuchungsmaterial hat Heimo Konrad (2011) in seinem Buch in Bezug auf Kultur- und Kunstpolitik gewählt. Die Verwendung von Parteiprogrammen zur Analyse der Nationenwerdung, eines Österreichbildes und nationaler Identität wurde noch nicht vorgenommen, obgleich gerade im Forschungsbereich der nationalen Identität in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Publikationen konstant hoch ist. Exemplarisch für diesen Umstand stehen die geschichtswissenschaftlichen Werke „Der Kampf um die österreichische Identität“ von Friedrich Heer (1996) und die „Nation Österreich“ von Ernst Bruckmüller (1996), sowie aktuelle Beiträge von Fritz Fellner (2002) oder Svila Tributsch und Peter A. Ulram (2008). Aus den Sozialwissenschaften sind im Besonderen die Forschungsarbeit von Max Haller (et al., 1996) „Identität und Nationalstolz der Österreicher“ zu erwähnen. Auch SchriftstellerInnen setzen sich mit der österreichischen Nation auseinander, stellvertretend sei hier Robert Menasses (1992) „Das Land ohne Eigenschaften“ angeführt. Die Aufzählungen ließen sich noch weiter fortführen.

Dem Sammelband von Klaus Berchtold (1967) verdankt die vorliegende Untersuchung eine wesentliche Quelle, die es erst ermöglicht hat, mit Parteiprogrammen arbeiten zu können. In diesem Werk werden u.a. Partei-, Grundsatz-, Aktionsprogrammen, Leitsätze und Richtlinien (eine nähere Beschreibung der eben genannten folgt im Kapitel Methodik) von österreichischen Parteien ausgehend von 1868 bis 1966 chronologisch und unverändert angesammelt. Dadurch ist eine wissenschaftliche Aufarbeitung bzw. Analyse dieses Materials möglich.

Der Erkenntnisgewinn der vorliegenden Arbeit besteht folglich nicht im Umstand, dass mit Parteiprogrammen an sich gearbeitet werden kann, sondern dass konkrete Zuschreibungen der Parteien, die österreichische Identität betref-

fund, festgehalten werden können. Ebenso ist es möglich, die österreichische Nationenbildung, ausgehend vom 20. Jahrhundert, nachzuzeichnen.

Ziel ist es, einige Mosaiksteine der österreichischen Identität freizulegen, die gegebenenfalls auf aktuelle und zukünftige Parteiideologien Schlüsse zulassen können. Dies wäre jedoch die Aufgabe von weiteren Untersuchungen.

## 2 NATION UND NATIONALSTAAT

### 2.1 Ursprung und Entstehung der Nation, des Nationalstaates

Dreh- und Angelpunkt dieser Arbeit ist die Nation, ihre Entstehung, ihre Veränderung, die politische Einflussnahme auf sie und schließlich die politische Mitgestaltung einer nationalen österreichischen Identität. Daher erweist es sich als dienlich, zuerst auf die Nation einzugehen und ihren geschichtlichen Ursprung zu beleuchten. Begriffe wie *Staatsnation*, *Kulturnation* oder andere Wortverbindungen, die sich auf *Nation* beziehen, sind neuzeitliche Konstruktionen die seit dem 14. Jahrhundert belegt sind. Die Staatsnation, die sich oft geographisch oder mittels zum Teil real existierender, jedoch meistens rein kartographischer Grenzen, von anderen Nationen abgrenzt, geht mit dem aufkeimenden Nationalismus im neuzeitlichen Europa einher. Neben anderen belegt das Reinhart Koselleck mit der Suche nach der Herkunft des Nationsbegriffs im Zusammenhang mit Deutschland. Dieser taucht ab dem Jahr 1450 vermehrt in unterschiedlichen Quellen auf (vgl. Koselleck, 1978: 284ff.). Es ist die Zeit des ‚Heiligen Römischen Reichs teutscher Nation‘, welche erstmals schriftlich im Kölner Reichsabschied von 1512 festgehalten wird (vgl. Hugelmann et al., 1955, nach Koselleck, 1978: 285). Aus Königreichen, Fürstentümern oder Bistümern entstehen erste Staaten, die zum Teil verschiedene, bisher von einander getrennte, Bevölkerungen zusammenschließen und damit die Vorläufer von Nationalstaaten darstellen (vgl. Kuzmics, 2008: 49).

Der Nationsbegriff bleibt bis ins 18. Jahrhundert „uneinheitlich und variantenreich“ (Koselleck, 1978: 285). Erst die Französische Revolution ist imstande, eine Welle des europaweiten Nationalismus auszulösen und somit endgültig für den Nährboden zu sorgen, auf dem die Nationenwerdung europäischer Länder stattfindet. Diese die Gesellschaftsstrukturen verändernde Bewegung ist ausschlaggebend dafür, dass sich in Frankreich die „Vergesellschaftung des Steuer- und des Gewaltmonopols“ (Elias, 1976: 222), die die gesellschaftliche Struktur und vor allem die Machtstruktur im Lande veränderte, vollzieht. Norbert Elias zeigt die Funktionsweise des „Monopolmechanismus“ (ebd. 142) in seiner

Schrift *Über den Prozess der Zivilisation* auf und belegt dadurch den maßgeblichen Anteil an der Veränderung der gesellschaftlichen Struktur, die schließlich das Zeitalter der Nationalstaaten einleitete. Die Zentralgewalt über die „militärischen Machtmittel“ und die „Erhebung von Steuerabgaben“ wurde aus der Hand des „einzelnen Menschen“, in die Hände einer „gesellschaftlichen Zentralgewalt“ übergeben (ebd. 157). Dieser Umstand und die „Verwaltungsapparatur dieser Monopole“ führen dazu, dass die Veränderungen der Machtverhältnisse nicht eine bloße Erscheinung bleiben, sondern zu einem konstanten und „beständigen Monopol der Zentralgewalt“ werden. Die daraus resultierenden strukturellen Veränderungen bilden schließlich die Grundvoraussetzung, die die Staatenbildung erst ermöglicht (ebd. 142ff.). Nach Elias werden dadurch die bisherigen Zentralherren zu Funktionären degradiert, die nun selbst abhängig von der „funktionsteiligen Gesellschaft“ (ebd. 222f.) sind und damit den Weg in die Moderne Europas freimachen.

Michael Mann (1986) hält diesen Weg anhand von vier Kriterien fest, die nicht nur den Wandel der Moderne darstellen, sondern auch die politische Macht der Nationalstaaten belegen. Demnach leitet der schwindende Einfluss der römisch-katholischen Kirche im 18. Jahrhundert diesen Wandel ein. Es bilden sich vier interdependente säkulare Institutionen, welche die Zivilisation und die Nationalstaatenbildung in Europa maßgeblich beeinflussen und verändern, beginnend mit der kapitalistischen Produktionsweise, die im Industrialismus ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht und zu einem ökonomischeren und prozessorientierteren Ablauf der Produktionsweise und folglich zu einer „Ausweitung der Marktökonomie“ (vgl. Bogner, 1989: 48) führt. Diese Faktoren stärken schließlich die Nationalstaaten, die nun die ökonomischen Machtinstrumente regelten und mit anderen Nationalstaaten auf einem immer größer werdenden Markt handelten. Dadurch wurde schließlich die mehrstaatliche, geopolitische und diplomatische Gesellschaft in Europa verankert (vgl. Mann, 1986: 471). Die Verdrängung der Kirche von der ‚obersten‘ Machtposition setzt den Nationalismus an deren Stelle:

*„In latenter oder manifester Form ist der Nationalismus eines der mächtigsten, wenn nicht das mächtigste soziale Glaubenssystem des 19. und 20. Jahrhunderts.“* (Elias, 1989: 194)

Zu einer endgültigen Manifestierung der eigenständigen Nationalstaaten kommt es jedoch erst durch den Zerfall von Großreichen nach den beiden Weltkriegen, die den Wandel von einfachen Staaten zu Nationalstaaten vorantreiben (vgl. Elias, 1987: 277). Als Belege dafür dienen große multinationale Reiche, wie Deutschland, die Habsburgermonarchie, Italien, das Osmanische Reich oder das russische Zarenreich. Bei allen eben aufgezählten fällt auf, dass sich nach deren Zerfall die ehemals (unter Gewalt) vereinten Gebiete teilweise zu vielen kleineren Nationalstaaten auflösten (vgl. Kuzmics, 2008: 57).

Im Prozess der Nationenwerdung spielen neben dem Versuch eines Aufbaus von Disparitäten, die für eine Differenzierung zwischen den Staaten sorgen sollte, auch und vor allem die Momente der „Interessensabgrenzung“ eine wesentliche Rolle (vgl. Koselleck, 1978: 286). Diese sind großteils ökonomischer Natur, aber auch Volkszugehörigkeit und Sprachverwandtschaft sind bei der Bildung von Nationalstaaten von Bedeutung. Letzteres wird in dieser Arbeit noch ausführlicher dargelegt werden. Es handelt sich um Parallelen zum sogenannten ‚Brudervolk‘ Deutschland und die Selbstständigwerdung Österreichs im 20. Jahrhundert. Diese, so wird sich zeigen, ist von einer ständigen Annäherung und letztlich doch Entfernung Österreichs (1918-1919 Deutschösterreichs) von Deutschland geprägt.

In zahlreichen europäischen Ländern findet zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert ein beinahe flächendeckender Wandel von Idealen und Werten statt. Ein Wandel weg von „humanistischen, moralischen Idealen und Werten“ (Elias, 1989: 174), die als Grundvoraussetzung für das Zusammenleben und Bestehen von Gesellschaften zählen, hin zu einer „nationalistischen Wertung, die ein Idealbild des eigenen Landes und der eigenen Nation über allgemeinhin menschliche und moralische Ideale“ (ebd.) erhebt. Es entsteht somit in zwei Jahrhunderten ein stark ausgeprägter Nationalismus, der schließlich zur Folge hat, dass sich etliche Nationen Europas in Abgrenzung und Abhebung vonein-

ander überbieten. Oben genannte Werte werden zwar nicht abgeschafft, müssen aber in die zweite Reihe rücken, um Platz für den aufkeimenden Nationalismus zu schaffen, der sich schließlich in ganz Europa durchsetzt (vgl. ebd. 177f.).

Benedict Anderson hat die Perspektive auf die Nationalstaatenbildung mit dem Konzept der „imagined community“ wesentlich erweitert. Demnach ist eine Nation eine „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“ (Anderson, 1988: 15). Auf diese drei wesentlichen Faktoren soll hier kurz eingegangen werden: Die Vorstellung, dass eine Nation begrenzt ist, beruht auf seinem Verständnis von territorialen ‚echten‘ Grenzen „jenseits derer andere Nationen liegen“ (ebd. 16). Die Souveränität einer Nation erfolgt nach den Prozessen der „Aufklärung und Revolution“. Deren Folge ist der Untergang von „hierarchisch-dynastischen“ Strukturen und damit der Zerfall von großen Reichen (ebd. 16f.). Schließlich wird die „Nation als Gemeinschaft vorgestellt“, die Anderson als einen „kameradschaftlichen Verbund von Gleichen“ versteht (ebd. 17). In späterer Folge wird sich zeigen, dass sowohl die eben angesprochene Begrenzung (Abgrenzung) der Nation in den Parteiprogrammen formuliert wird, und weiters die Souveränität Österreich sowie die Gemeinschaft – aus der sich die Nation zusammensetzt – immer wieder thematisiert wird.

Beim Zerfall von Großreichen und der damit verbundenen Entstehung von Nationen handelt es sich gemäß Anderson um die Veränderung der Wahrnehmung durch die Erkenntnis der „Gleichzeitigkeit von Vergangenheit und Zukunft in einer unmittelbaren Gegenwart“ (ebd. 32), die im 18. Jahrhundert ihren Anfang hat. Gemeint sind damit die – für damalige Verhältnisse – neuartigen „Formen des Vorstellens“, also der Ablösung des primären Erkenntnisgewinns durch mündliche Überlieferungen, hin zu Informationszugängen die durch die Verbreitung von Romanen und Zeitungen geschaffen werden (vgl. ebd.). Des Weiteren führt er die kapitalistische Produktionsweise als wichtigen Faktor bei der „Entstehung der neuen, nationalen Gemeinschaften“ (ebd. 49) an. Die unterschiedlichen Sprachen, die durch den Buchdruck genährt werden und dadurch an Bedeutung gewinnen, führen schließlich zur „Entthronung des Lateinischen“ (ebd.). Dies hat letztlich zur Folge, dass damit die Vormachtstellung der „heili-



gen Gemeinschaft des Christentums“ (ebd.) verloren geht und somit die Weichen für den Aufstieg der Nationen gestellt sind.

Dieser Wandel von losen Gebilden zu Nationen kann erst durch den Nationalismus entstehen (vgl. Gellner, 1995: 86). Dieser ist der Interessensabgleich von politischen und nationalen Einheiten, die dadurch der Nation ihre Legitimität erst geben (vgl. ebd. 8). Nach Gellner sind es die „gewollte und die kulturelle Gemeinschaft“, die gepaart „mit den Grenzen der politischen Einheit“ eine Nation bilden (ebd. 86).

Anthony D. Smith hat Anderson sowie auch Ernest Gellner in seiner Unterscheidung zwischen Modernisten und Primordialisten den Modernisten zugeordnet (Smith, 1988: 10). Diese ‚Schule‘ ist dadurch geprägt, die Nation als Ergebnis der Moderne anzusehen, die erst durch den Kapitalismus, die Bürokratie und den schwindenden Einfluss der Kirche entstehen kann (vgl. ebd. 8f.). Auf der anderen Seite befinden sich mit den Primordialisten jene Vertreter, die Nationen als „natürliche, verwandtschaftsanaloge Einheiten“ sehen, deren „Nationalgefühle alt (und) tief in die Geschichte“ (Smith, 1986, nach Kuzmics, 2008: 52) verwurzelt sind.

Um von der Ebene der Nation auf die der Individuen zu gelangen, wird im Folgenden der Fokus auf die Verbindung zwischen den Menschen in einem Staat und ihrer Nation gerichtet. Diese Trennung der ‚Identitäten‘ beschreibt Max Haller folgendermaßen:

*„In der Diskussion der Begriffe ‚Nation‘ und ‚nationale Identität‘ müssen wir konsequent zwischen zwei Ebenen unterscheiden: zwischen der Ebene des politischen Gemeinwesens auf der einen Seite, und der Ebene der individuellen Haltungen der Angehörigen dieses Gemeinwesens zu ihrem Staat und ihrer Nation auf der anderen Seite.“ (Haller, 1996: 25)*

Diese Arbeit bezieht sich auf die erstgenannte Ebene, die des politischen Gemeinwesens, die durch die jeweiligen Parteiprogramme ‚repräsentiert‘ wird.

Bei den Begriffen Individuum und Nation handelt es sich nicht um voneinander unabhängige Gebilde. Jedes Individuum ist – im idealtypischen Sinn – einer

Nation durch seine / ihre Staatsbürgerschaft zugehörig und fühlt sich mit dieser mehr oder weniger verbunden. Die Interdependenz von Nation und Individuum lässt sich veranschaulichen, wenn man an erste Gespräche mit Personen, welche eine unterschiedliche nationale Zugehörigkeit aufweisen, denkt. Unzweifelhaft wird einer der ersten Sätze die Frage nach der Herkunft des jeweils anderen sein. Dieser ‚small talk‘ steht sinnbildlich dafür, dass Individuen sich unabhängig von der persönlichen Meinung oder Einstellung zur eigenen Nation einerseits als selbstständiges Individuum, andererseits als Teil eines Kollektivs, welches eben erst einen bestimmten Nationalstaat bildet, wahrnehmen (vgl. Elias, 1989: 197f.). Elias spricht in diesem Zusammenhang von Individuen, die sowohl „ein Ich-Bild und Ich-Ideal“ als auch ein „Wir-Bild und Wir-Ideal“ (ebd.) aufweisen. Folglich stellt die Nation einen fixen „Bestandteil des Wir-Bildes und Wir-Ideals“ (ebd.) dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die nationale Zugehörigkeit des Gegenübers stets leichter mit gewissen Bildern, Eigenschaften oder anderen Zuschreibungen – sprich dem nationalen Habitus – in Verbindung gebracht wird, als dass die eigene nationale Mitgliedschaft erkannt wird. Dazu benötigt es eine „spezifische Anstrengung der Selbstdistanzierung“ (ebd. 7), durch die eine objektive Sichtweise auf die eigene nationale Mitgliedschaft ermöglicht wird.

Die Problematik bei der Zuordnung der Nationszugehörigkeit lässt sich exemplarisch anhand von Meinungsverschiedenheiten zwischen deutschen und österreichischen Medien darstellen. So wurde drei Jahre vor dem 250. Geburtstags Wolfgang Amadeus Mozarts – und dem damit verbundenen Mozartjahr 2006 – ein medialer Schlagabtausch geführt. Ausgangspunkt dieses Streites war Mozarts Nominierung in der Sendung, die ‚größten Deutschen aller Zeiten‘, des ZDFs. Dies führte schließlich zu erbosten Reaktionen des österreichischen Boulevards (vgl. Spiegel-Online, 2003). Noch im Jahr 1992 wurde in einer weltweiten Umfrage – zu Österreichs Image in der Welt – Mozart als berühmtester Österreicher genannt (vgl. Holzer, 1995: 34).

### 3 IDENTITÄT UND NATIONALE IDENTITÄT

Die Identität des Menschen besteht aus verschiedenen Elementen. Es gibt äußere Merkmale, die jeden Menschen von einander unterscheiden. Über Sprache kann eine nationale Zuschreibung gelingen. Aber so wie die äußeren Merkmale eines Menschen nichts über seine Herkunft aussagen müssen, ist auch die Sprache ein wesentlich komplexeres Element, als im ersten Moment angenommen wird.

Warum fühlen sich aber Menschen einer Nation zugehörig? Oder anders gefragt, warum fühlen sich im Jahr 1995 beinahe 90%<sup>1</sup> der ÖsterreicherInnen der österreichischen Nationalität zugehörig? (vgl. Haller /Gruber, 1996: 65) Im Jahr 2003 fühlen sich 93%<sup>2</sup> mit Österreich sehr eng oder eng verbunden (vgl. Schader, 2006: 54). Wie entsteht die eigene nationale Identität?

In den ‚Flüchtlingsgesprächen‘ von Bertolt Brecht formuliert der Arbeiter Kalle seine Gedanken zu der Notwendigkeit eines Passes, dem er folgende Eigenschaften zuschreibt:

*„Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während der Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“* (Brecht, 2000: 7)

Diese Zeilen sind im Kontext des Zweiten Weltkriegs verfasst worden. Es zeigt sich deutlich, wie wichtig Nation und Nationalität in der damaligen Zeit geworden sind. Diesen Umstand beschreibt Gellner folgendermaßen:

*„Der Tatbestand, eine Nation(alität) zu besitzen, ist kein inhärentes Attribut der Menschlichkeit, aber er hat diesen Anschein erworben.“* (Gellner, 1995: 16)

---

<sup>1</sup> Daten: ISSP-95, n = 1007.

<sup>2</sup> Daten: ISSP-03, n = 1006.

Ist es also bloß der Besitz eines Dokuments, der aus einem Individuum ein Mitglied einer Nation macht und ist damit die nationale Identität schon vorhanden?

Bevor auf diese grundsätzliche Frage eingegangen wird, soll der Fokus auf die Identität gerichtet und in einem weiteren Schritt die nationale Identität beleuchtet werden.

### 3.1 Identität

Jeder Mensch ist von der Geburt bis zu seinem Tod bewusst oder unbewusst damit beschäftigt, seine Identität zu formen und zu entwickeln. Bei diesem Prozess ist er nicht auf sich gestellt, es handelt sich vielmehr um eine ständige wechselseitige Beziehung mit der Umwelt bzw. der Gesellschaft, egal wie groß diese ist (vgl. Erikson, 1966: 11). Am Beginn dieses Identitätsprozesses steht die Geburt des Menschen und der damit verbundene Erwerb erster Identitätsbausteine. Aus politischer und rechtswissenschaftlicher Sicht handelt es sich bei diesen ersten Elementen zum einen um das Recht auf einen Namen (und zwar von Geburt an) und zum anderen um das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, beides ist in der Definition von Identität in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verankert, die Österreich ratifiziert hat<sup>3</sup>. Es sind also rein bürokratische Merkmale, die dem Menschen zu seinen ersten Schritten bei der Bildung der eigenen Identität verhelfen. Der weitere Weg ist geprägt von verschiedensten gesellschaftlichen Einflüssen, sowie dem unmittelbaren Umfeld, in dem ein Kind heranwächst. Die Bildung der Identität befindet sich also in ständiger kohärenter Beziehung mit der Umwelt.

Aus wissenschaftlicher Sicht haben sich mehrere Konzepte und Thesen zur Identitätsbildung entwickelt, diese lassen sich in ältere und neuere unterteilen (vgl. u.a. Imhof / Blum et al., 2006: 321ff.).

Exemplarisch für die älteren Konzepte stehen die Ausführungen von Erik H. Erikson, der als Psychoanalytiker und Student von Anna Freud u.a. „die acht

---

<sup>3</sup> UN-Konvention über die Rechte des Kindes, Artikel 7 und 8.

Lebensphasen des Menschen“ (Erikson, 1965) herausgearbeitet hat. Demnach besteht die Entwicklung der menschlichen Identität aus acht verschiedenen Phasen, die vom ersten Lebensjahr bis ins „reife Erwachsenenalter“ (ebd. 241ff.) führen. Dieses Modell ist wie eine Leiter zu verstehen, ausgehend von der untersten Sprosse wird Schritt für Schritt eine höhere Ebene erreicht. Die Sichtweise Eriksons auf die Identität lässt sich anhand eines Auszugs aus seiner Arbeit grob charakterisieren:

*„Der Begriff ‚Identität‘ drückt also insofern eine wechselseitige Beziehung aus, als er sowohl ein dauerndes inneres Sich-Selbst-Gleichsein wie ein dauerndes Teilhaben an bestimmten gruppenspezifischen Charakterzügen umfasst.“* (Erikson, 1966: 124)

Augenscheinlich besteht Eriksons Identitätskonzept nicht nur aus einem inneren Kern, der *Ich*-Identität, vielmehr ist dieses *Ich* permanent damit beschäftigt, sich mit seiner Umwelt, den äußeren Gegebenheiten in Beziehung und Verbindung zu setzen. Bei der Identitätsbildung handle es sich um ein lebenslang gültiges Selbstkonzept, welches oftmals unbewusst vonstatten geht (vgl. ebd. 141).

Diese Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit politischen Einflussfaktoren auf nationale Identitätsbildung und daher scheint es wesentlich, das *Ich* und die Umwelt zu berücksichtigen. In späterer Folge gilt es einige (politische) Bausteine aufzuzeigen, die die Frage klären welche Faktoren auf die nationale Identität eingewirkt haben, bzw. welche gesellschaftspolitischen Themen Einfluss auf das Bild von Österreich genommen haben.

Der Prozess der Identitätsbildung besteht gemäß Erikson aus vielen unterschiedlichen Faktoren, die zusammengesetzt die *Ich*-Identität des Menschen bilden. Die auf dem Weg in die Adoleszenzzeit gesammelten Erfahrungen legen die „innere Identität“ (ebd. 137) fest. Diese Etappe, die die vorläufige Manifestierung der *Ich*-Identität darstellt, ist kein Endpunkt, sondern ein fundamentaler Wechsel von der Kindheit im Allgemeinen zum Erwachsensein. In dieser Phase des Erwachsenwerdens findet ein „psychosoziales Moratorium“ (ebd.) statt, jedes Mitglied der Gesellschaft findet seinen / ihren jeweiligen Platz in ebendieser. Identität kann also als „mehrdimensionaler Begriff“ (Prisching, 1994: 51),

der aus vielen Einflussfaktoren, die zum Teil stärker oder schwächer auf Individuen einwirken, verstanden werden.

Ohne die menschliche Umwelt, Erikson schreibt von „soziale(r) Organisation“ (Erikson, 1966: 193), kann der Mensch keinen wechselseitigen Austausch eingehen und somit nicht zur Gänze seine Identität erlangen.

Gerade in Bezug auf die Geschichte Österreich ist ein weiteres Themenfeld von großer Bedeutung: negative Einflüsse auf das individuelle „Identitätsgefühl“ (ebd. 113). Auf einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung trifft diese Annahme bei der Entwicklung der Persönlichkeit in mehrerer Hinsicht zu: Menschen die durch den Ersten sowie den Zweiten Weltkrieg gravierenden Veränderungen ausgesetzt wurden, deren „Berufskarriere“ (ebd.) angehalten wurde oder die das Erlebte nicht verarbeiten konnten. Gemeint sind Biographien, die durch massive Einschnitte unterbrochen und nachhaltig verändert werden. Soldaten, die mit der Uniform der k.u.k. Armee in den Ersten Weltkrieg gezogen sind und nach dessen Ende – mit der Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain 1919 – einen kleinen Staat vorfanden. Der Zweite Weltkrieg stellt ebenfalls einen solche Zäsur dar, der zu massiven Brüchen bei der Entwicklung der Identität vieler gesorgt hat (vgl. ebd.). Aus dieser Ausnahmesituation heraus mussten nach den beiden Weltkriegen „greifbare und glaubwürdige Versprechungen“ (ebd.) gemacht werden, damit für alle eine positive Zukunftsaussicht möglich sein konnte.

George Herbert Mead schreibt in seinen Ausführungen zur Identität nicht dem Lebenszyklus oder einer anderen zeitlichen Abfolge die oberste Priorität zu, sondern weist auf die wichtige Funktion der Kommunikation bei der Herausbildung der Identität hin (vgl. Mead, 1968: 299f.). Dieser Prozess wirkt wechselseitig, indem sich Person A in Person B hineinversetzt und überlegt, wie (B) auf (A) reagieren wird. Innerhalb dieser Reflexion gelangt (A) somit zu einer Selbsterkenntnis und zu einer neuen Sicht auf sich selbst. Bevor dieses Konzept jedoch greifen kann, sammelt der Mensch „innere Erfahrungen“ (ebd. 43), die zu „Haltungen“ (ebd.) führen, die schließlich die Vorstufe zu konkreten „Handlungen“ (ebd.) darstellen. Die gesamte „Struktur von Haltungen“ stellt demnach die

Identität des Einzelnen dar (ebd. 205). Eine weitere wesentliche Überlegung von Mead ist die Sicht auf die Wechselwirkung der Gemeinschaft und der Identität:

*„Die organisierte Gemeinschaft oder gesellschaftliche Gruppe, die dem Einzelnen seine einheitliche Identität gibt, kann ‚der (das) verallgemeinerte Andere‘ genannt werden. Die Haltung dieses verallgemeinerten Anderen ist die der ganzen Gemeinschaft.“ (Mead, 1968: 196)*

Durch dieses ‚verallgemeinerte Andere‘, ist es dem Individuum möglich, zu verstehen, welche Regeln wann und wo gelten. Wie der Umgang mit anderen auszusehen hat, betrifft nicht nur die unmittelbaren Teilnehmer des kleinsten Feldes, sondern so werden Werte und Normen, die in der Familie, in Organisationen, der Gesellschaft, oder eben auch in einem Staat Gültigkeit haben erlernt (vgl. ebd. 197ff.). Nach Mead muss ein Individuum also „Mitglied einer Gemeinschaft sein (...), um eine Identität“ (ebd. 205) haben zu können.

Mead und Erikson stehen neuere Thesen von Anthony Giddens, Elisabeth Beck-Gernsheim oder Heiner Keupp gegenüber. Letzterer sieht in der postmodernen Identität die „Möglichkeit der Selbst-Organisation“ (Keupp, 1994: 336). Demnach ist die eigene Erarbeitungsmöglichkeit der Identität ein Nebeneffekt der Individualisierung und Globalisierung, diese Zerschlagung von „Identitätszwängen“ führt jedoch (ebd.), zu neuen „Rigiditäten“ (ebd.), die wieder für die Einengung der Identität sorgen. Keupp hat mit der Entwicklung der Metapher „Patchwork-Identität“ (u.a. Keupp, 1996: 380) auf die „alltägliche ‚Identitätsarbeit‘“ (ebd.) hingewiesen, die eine ‚neue‘ Form der Herausbildung der Identität darstellt. Er distanziert sich „von einer substantialistischen Vorstellung von Identität“ (ebd.), wie sie in Arbeiten von Erikson zu finden sind.

Anthony Giddens hat mit dem Begriff der „Entbettung“ (Giddens, 1997: 123), die sich durch „Prozesse gesteigerter Enttraditionalisierung“ (ebd.) charakterisiert, das Bild einer gegenwärtigen „posttraditionalen Gesellschaft“ (ebd.) gezeichnet. Demgegenüber stellt Keupp jene „gesellschaftliche Phasen, in denen die individuelle Lebensführung in einen stabilen kulturellen Rahmen ‚eingebettet‘ wird“ (Keupp, 2005: 9). Dieser ‚Wunsch‘ nach einem System das „Sicherheit, Klar-

heit, aber auch hohe soziale Kontrolle“ (edb.) verspricht und mit sich bringt, steht sinnbildlich für die Situation in vielen Teilen der Welt und so auch für die in Österreich Mitte des 20. Jahrhunderts.

Dieser Zeit waren gravierende Veränderungen der österreichischen Gesellschaft, sei es durch neue territoriale Grenzen oder aber auch durch unterschiedliche politische Systeme, vorangegangen. Letzteres hat in der Ersten Republik freie Wahlen ermöglicht und die freie Meinungsäußerung gestärkt. Diese Errungenschaften gingen schließlich mit dem Beginn des Ständestaats in Österreich verloren. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte (wieder) der politische Versuch unternommen werden, die nationale Identität erstmals bzw. abermals demokratisch ‚aufzubetten‘.

In dieser Arbeit wird Identität als ein sich ständig entwickelnder und von inneren wie äußeren Faktoren beeinflusster Prozess gesehen. Es handelt sich dabei um Komponenten wie die Familie, die Schule, das Berufsleben, den Freundeskreis, das politische Gemeinwesen und andere, aus denen sich schließlich die eigene Identität entwickelt. Wobei sich diese einzelnen Bausteine in einer unterschiedlichen Anordnung und Gewichtung, je nach Lebenssituation und individueller Selbsterfahrung, zusammensetzen.

### **3.2 Nationale Identität**

Kann überhaupt noch von nationaler Identität der ÖsterreicherInnen gesprochen werden, oder tendiert die kollektive Identifikation mehr in Richtung EuropäerInnen oder WeltbürgerInnen?

Eine Antwort kann in den Ergebnissen einer Umfrage der „European Commission – Public Opinion“ gefunden werden. Aus dem Bericht der Europäischen Kommission geht hervor, dass sich die befragten Bürger aus den Mitgliedsstaaten noch immer und primär „über ihre nationale Identität“<sup>4</sup> definieren. Anhand der Abbildung 1, die Österreich auf dem dreizehnten Platz (von 27) ausweist,

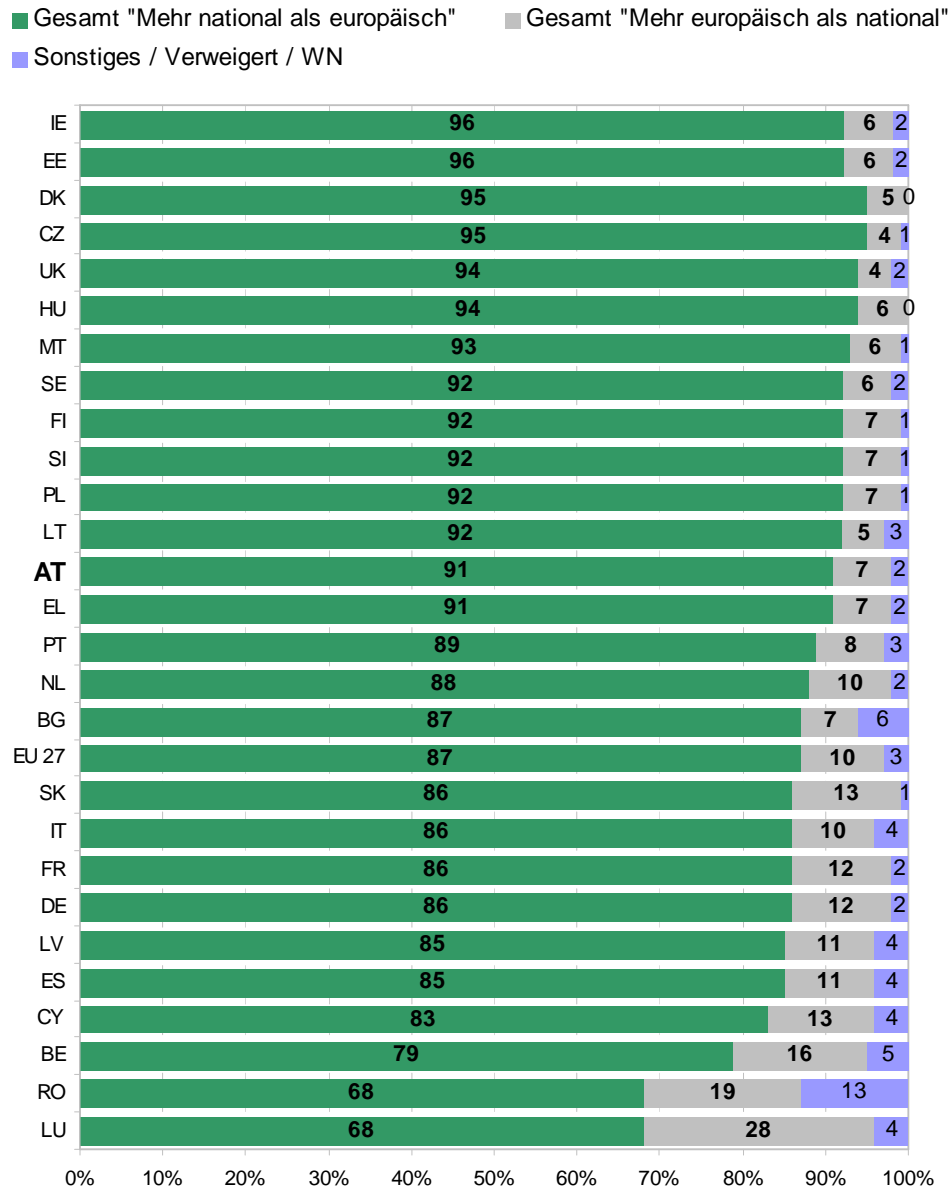
---

<sup>4</sup> Standard Eurobarometer (73), Bericht, Teil 2, Veröffentlichung: November 2010, S. 130.



wird die Gewichtung der nationalen Identität sichtbar. Demnach sehen 91 Prozent der Befragten in Zukunft ihre Verbundenheit mehr national als europäisch gegeben.

**Abbildung 1: QE1 In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da...?**



Daten: Standard Eurobarometer 73, Befragung: Mai 2010. - eigene Darstellung  
BE/BG/CZ/DK/EE/IE/EL/ES/FR/IT/LV/LT/HU/NL/AT/PL/RO/SI/SK/FI/SE/UK: n = >1.000.  
D: n = 1.515. CY/MT/LU: n = >500. EU27: n = 26.641.

Dieser Wert liegt über dem von Deutschland (86%) und über dem EU27-Durchschnitt von 87%. Vom Spitzenreiter Spanien trennen Österreich nur 5%. Die nationale Zugehörigkeit ist zwar nicht mit der nationalen Identität gleichzu-

setzen, jedoch kann von einer noch immer sehr stark vorhandenen Bedeutung der ‚eigenen‘ Nation gesprochen werden. Obgleich der Anteil der Befragten, die sich als europäische Bürger fühlen, im Vergleich zu 2009 um sieben Prozentpunkte<sup>5</sup> gestiegen ist, sieht sich dennoch der überwiegende Anteil der ÖsterreicherInnen eher mit seiner eigenen nationalen Identität verbunden.

Mit dem Bewusstsein, dass nationale Identität eine Bedeutung für Individuen einer Gesellschaft hat oder zumindest haben kann, soll nun auf deren Charakterisierung eingegangen werden.

Das Verhältnis der einzelnen Individuen zur eigenen Nation gestaltet sich unterschiedlich. Von kritischer Reflexion bis hin zu banalem Patriotismus reicht die Palette an Möglichkeiten der wechselseitigen Beeinflussung von Individuen und Nation. Nationale Identität ist demnach „eine spezifische Form der kollektiven Identität“ (Weiss / Reinprecht, 1998: 93), die überwiegend über die gemeinsame Sprache des Kollektivs hergestellt wird. Diese stellt in einer Gesellschaft nicht nur die unmittelbare Verständigungsform dar, sondern kumuliert in gewisser Hinsicht die verbindende Kultur, die aus vielen einzelnen, größtenteils anonymen Individuen eine nationale Identität konstruiert. Eine gemeinsame Sprache bedeutet jedoch nicht gleichzeitig auch eine gemeinsame Nation. Am Beispiel von Katalonien, wird dieser Umstand sehr deutlich. Zwar besitzen die Bewohner Kataloniens einen spanischen Pass, sie werden sich aber, soweit sie eine starke Verbundenheit mit ‚ihrer‘ Heimat aufweisen, nicht zuerst als SpanierInnen sehen, sondern immer ihre katalanischen Wurzeln hervorheben. Bewohner Galiciens werden wohl ähnlich argumentieren.

Wolfgang Kraus schreibt der narrativen Identität, also der Selbstpositionierung der eigenen Identität in einer Gesellschaft, dieser die Möglichkeit einer „partielle(n) Übernahme“ (Singly, 2003, nach Kraus, 2009: 13) von Eigenschaften zu. Demnach hat jedes Individuum in einer Nation die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, welche „Art von Deutscher“ oder eben welche Art von ÖsterreicherInnen sie/er sein möchte (vgl. Kraus, 2009: 13f.). Im Fall der Identität ist es also auch bei der nationalen Identität möglich, sich selbst mehr oder weniger mit „histori-

---

<sup>5</sup> Standard Eurobarometer (73), Bericht, Teil 2, Veröffentlichung: November 2010, S. 137.

schen Erbschaften“ (ebd. 13) zu identifizieren oder sich von diesen zu distanzieren. Die nationale Identität, auch wenn diese im Alltag in den meisten Fällen doch eine untergeordnete bis gar keine Rolle spielt, ist dennoch, wenn sie denn ‚aktiviert‘ wird, stets mit der Gewissheit verbunden, ein Teil einer Nation zu sein. Diese Verbindung kann mit geschichtlichen Ereignissen in Bezug stehen. Diese aus der Erinnerung stammenden Bilder einer Nation werden selektiv ausgewählt (vgl. Kuzmics /Axtmann, 2000: 14).

Eine sich über Herkunft und Traditionen definierende Gemeinschaft, kann als eine rückwärts orientierte (vgl. dazu Elias, 1989: 193f.) Gemeinschaft bezeichnet werden, die sich nach Eric Hobsbawm nach folgendem Prinzip selbst darstellt: „Die Vergangenheit verleiht den Heiligenschein der Legitimität“ (Hobsbawm, 1994).

Für eine abschließende, jedoch nicht alleingültige Definition nationaler Identität und die Problematik bei der Suche nach ihr, dient folgender Auszug:

*„Nationale Identität ist – knapp formuliert – die Selbstinterpretation einer Ingroup; historisch, gewachsen, ist sie ein Produkt früherer und gegenwärtiger Selbstdefinitionen. Als Teil der Alltagsselbstverständlichkeit, d.h. der nicht weiter hinterfragten Gegebenheiten des Lebens, treten Gefühle national-kollektiver Zugehörigkeit und ein gemeinsames nationales Selbstbild bestenfalls bei besonderen Anlässen ins Bewußtsein. Entsprechend schwierig ist es, dieses Bewußtsein im Fragebogen zu evozieren und von einem solchen ‚abgehobenen‘ Blickpunkt aus seine Dimensionen zu identifizieren.“* (Weiss / Reinprecht, 1998: 95)

Das Problem der Unschärfe bei der Befragung nach nationaler Identität hat Wolfgang Kraus in einer seiner Untersuchungen als „Destandardisierung von sozialen Bindungen“ (Kraus, 2009: 7) bezeichnet. Demnach werden „soziale Bindungen und Zugehörigkeiten“ – wie eben die zu einer Nation – von Befragten angegeben, jedoch wird in den meisten Fällen ein „Subjektüberschuss behauptet“ (ebd.). Dieser Überschuss ist eben die Betonung der Individualität, die letztlich über allen kollektiven Verbindungen zu stellen ist. Dennoch bleibt die nationale Identität ein Baustein in der Identität jedes einzelnen Menschen.

Aus dem bisherigen gehen folgende wesentliche Merkmale bei der Herstellung einer nationalen Identität hervor: Grundvoraussetzung ist es, dass sich, wie in Kapitel 2.1 dargestellt wurde, zum einen der Nationalismus ‚durchsetzt‘ und zum anderen, dass sich aufgrund dessen Nationen herausgebildet haben, mit denen sich die jeweilige Bevölkerung mehr oder weniger emotional verbunden fühlen, indem sich die kollektive Identität über die unmittelbare Ebene der direkten Verbundenheit mit (beispielsweise) der Familie oder der Region hinausbewegt und die Zugehörigkeit zu einer Nation bejaht wird.

In dieser Arbeit stellt sich die Frage nach der persönlichen Identifizierung der Individuen mit dem Nationalstaat nicht direkt. Jedoch scheint es wichtig zu sein, die eben aufgeschlüsselte nationale Identität ‚annehmen‘ zu können um die politischen Absichten der Parteien aus den Untersuchungsphasen kontextuell greifbar zu machen. Kurzum gilt es herauszufinden, welche Mitteilungen ‚die‘ Politik in den analysierten Parteiprogrammen versendet, die schließlich je nach Untersuchungszeit zu verschiedenen Einstellungen zur österreichischen Nation geführt haben. Dabei sollen sowohl die ‚spezielle‘ Situation der österreichischen Identität im 20. Jahrhundert, als auch die politischen Einflussfaktoren auf eben diese berücksichtigt werden.

### **3.2.1 Das (kontroverse) Bild von einer österreichischen Identität im 20. Jahrhundert**

Der Umgang mit der eigenen Nation / der nationalen Identität wurde stets unter verschiedenen Blickwinkeln wahrgenommen. Anhand der unterschiedlichen Zugänge in der Literatur- und Filmlandschaft lässt sich dieses Bild rekonstruieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, begann eine Welle des schönen, harmlosen und glücklichen Heimatfilms loszubrechen (vgl. Ballhausen / Krenn, 2008: 62). Die Romantisierung der eigenen Nation und vor allem der Heimatidylle, die im österreichischen Nachkriegsfilm zelebriert wurde, war geprägt durch den ‚schönen Geist‘ und die prächtige Natur. Dieses Bild des ‚neuen‘ Österreichs hatte zwei Effekte auf die Rezipienten: Zum einen wurde ein Angebot

gemacht, den teils tristen Alltag zu überwinden, indem die ZuseherInnen in die ‚Schönheit‘ Österreichs abtauchen konnten. Ein anderer Effekt war die mehr oder weniger kollektive Verweigerung der gesellschaftlichen oder politischen Aufarbeitung mit der NS-Zeit (vgl. u.a. Büttner, 2006: 132ff.).

Speziell die Wiederentdeckung der Habsburger in den Kostümfilmern der 1950er Jahre zeigt diese Seite Österreichs deutlich auf:

*„Während des Zweiten Weltkriegs waren die Habsburger als Thema weitgehend tabuisiert, nach 1945 etablierte man sie wieder, um Geschichten zu erzählen, die möglichst weit von der NS-Zeit entfernt waren und um die neue Identität Österreichs anhand ausgesuchter Beispiele einer illustren Vergangenheit zu belegen und zu etablieren.“*

(Ballhausen /Krenn, 2008: 62)

Diese ambivalente Sicht auf die ehemals dynastischen Herrscher Österreichs vertritt auch Robert Menasse, er weist einerseits auf die Verwendung der Monarchie und ihren „identitätsstiftenden Faktor“ (Menasse, 1993: 17) hin, der für die ‚junge‘ Nation herangezogen wurde und andererseits auf die Habsburgergesetze<sup>6</sup>, die sinnbildlich für einen anderen Umgang mit dem adeligen Geschlecht stehen (vgl. ebd.).

Diese Klischees einer heilen Welt und die Generierung von Stereotypen wie den ‚gemütlichen‘ ÖsterreicherInnen war der Ausgangspunkt für eine neue kritische Betrachtung der Rolle Österreichs in der Zeit des Anschlusses an Hitlerdeutschland und dem Umgang mit der – durch die Stilisierung als ‚erstes Opfer Hitlers‘ – verpassten Möglichkeit, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Es entstand neben dem (kritischen) neuen österreichischen Film (vgl. u.a. Ernst, 1992: 14), eine ebenfalls – mittlerweile ‚typische‘ – Österreich-ambivalente Literaturszene (Bernhard, Jelinek, Menasse, u.a.). Beide waren und sind geprägt von düsteren Stimmungen, von Antihelden die ausgesen-

---

<sup>6</sup> Die Überschrift steht stellvertretend für eine nähere Ausführung zu diesem Gesetzestext. „Gesetz vom 3. April 1919 betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen“. (Österreichisches Staatsarchiv: <http://oesta.gv.at/site/6385/default.aspx>)

det werden um zu scheitern. Die New York Times versah Österreich mit dem Titel „the world capital of feel-bad cinema“ (Lim, 2006).

Für einen ähnlich kontroversen künstlerischen Umgang mit der eigenen Nation sorgt Thomas Bernhard in etlichen seiner Werke. Neben seinen literarischen Arbeiten in denen oftmals die Thematisierung seiner – oder die der Protagonisten – ausgemachten Hassliebe zu Österreich hervorsteicht, sind es auch seine Theaterstücke, die für Kontroversen gesorgt haben. Exemplarisch dafür steht das Stück ‚Heldenplatz‘, welches 1988 in Wien seine Premiere feierte und im Vorfeld sowie während und nach der Aufführung für einen ‚Theaterskandal‘ sorgte (vgl. u.a. Noack, 2008: 152ff.).

Die bisher aufgezählten Österreichbilder sollen verdeutlichen, wie unterschiedlich die ‚Kunstszene‘ die Auseinandersetzung mit der eigenen Nation und ihrer Geschichte gesucht hat. Diese Liste ließe sich noch mit vielen weiteren Beispielen, die den Umgang mit dem ‚Österreichertum‘ thematisieren, erweitern, wie Filme aus der Feder von Helmut Qualtinger und Carl Merz ‚Herr Karl‘ oder auch ‚Die Hinrichtung‘ zeigen.

Friedrich Heer fasst diese Ambivalenz der österreichischen Identität folgendermaßen zusammen:

*„Es gibt kein geschichtliches Gebilde in Europa, dessen Existenz so sehr mit den Identitätsproblemen seiner Mitglieder verbunden ist wie Österreich.“* (Heer, 1996: 9)

### **3.2.2 Die Rolle der Politik bei der Bildung nationaler Identität**

Im vorangegangenen Kapitel wurde schon auf George Herbert Meads Konzept der Identität eingegangen, ein weiterer wesentlicher Bezugspunkt für diese Arbeit sind seine Ausführungen zum Themenfeld der Politik. Mittels folgender Textpassage ist es möglich, die Interdependenz von Individuum und Politik greifbar zu machen. Demnach verbindet er das „verallgemeinerte Andere“ (Mead, 1968: 198f.) mit der Rolle des Individuums in politischen Parteien. Hier

werden der Einfluss und die Effekte, die eine Partei auf die Identität haben kann, verdeutlicht:

*„In der Politik identifiziert sich der Einzelne zum Beispiel mit einer ganzen Partei und übernimmt die organisierten Haltungen der Gesamtpartei gegenüber der übrigen Gemeinschaft und gegenüber den Problemen, die sich der Partei innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Situation stellen. In der Folge handelt oder reagiert er im Sinne der organisierten Haltungen der Partei als Ganzer. Er tritt somit in eine spezifische Gruppe gesellschaftlicher Beziehungen zu allen anderen Individuen ein, die dieser politischen Partei angehören; ebenso tritt er auch in verschiedene andere gesellschaftliche Beziehungen zu verschiedenen anderen Gruppen von Individuen ein, und die Individuen dieser Gruppen sind die anderen Mitglieder einer der verschiedenen organisierten Untergruppen (nach der gesellschaftlichen Funktion bestimmt), denen er selbst als Mitglied der jeweiligen Gesamtgesellschaft oder Gemeinschaft angehört.“ (Mead, 1968: 199)*

Damit ist freilich nicht gesagt, dass die ‚Mitteilungen‘ österreichischer Parteien, die den ‚Nationalcharakter‘, das Bild von Österreich oder sogar die nationale Identität betreffen, von allen oder nur einigen Mitgliedern angenommen werden und in die Gesellschaft ‚hinausgetragen‘ werden. Die Kraft der politischen Meinungsbildung und die Gewichtung der aktuellen gesellschaftspolitischen Themen sind allerdings nicht zu unterschätzen, diese geht vor allem von den Parteien aus (vgl. Pelinka /Rosenberger, 2007: 151). Es kann also sehr wohl davon gesprochen werden, dass Parteien einen öffentlichen Diskurs wesentlich beeinflussen können, indem sie diesen (mit-)eröffnen oder weiterführen, je nach politischem Kalkül. Dies trifft auch auf das Österreichbild zu, dieses ist und wird maßgeblich von den politischen Fraktionen geprägt.

Wie das eben angeführte Beispiel von Mead zeigt, ist es durchaus möglich, dass Mitglieder die Haltungen der ‚eigenen‘ Partei vertreten und übernehmen. Daraus ergibt sich nicht nur die Identifikation mit einer bestimmten politischen Linie, sondern auch die mögliche Übernahme des Blickwinkels auf die eigene Nation. In diesem Zusammenhang besteht die Besonderheit der österreichi-

schen Politiklandschaft darin, dass noch immer von einer hohen Anzahl der Parteimitglieder gesprochen werden kann.

Aus zwei Studien zur Entwicklung bzw. Zukunft der Parteien und ihrer Mitglieder, die für diese Arbeit in eine Tabelle zusammengefasst wurden (Tabelle 1), wird die tendenzielle Bindung der ÖsterreicherInnen an die Wahlparteien und damit an die jeweils vertretenen Ideologien ersichtlich.

Im internationalen Vergleich mit (West-) Deutschland und der Schweiz werden die prozentuellen Verschiedenheiten der Länder sichtbar. Österreich verzeichnet zwar in den letzten Jahrzehnten einen Rückgang bei den Parteimitgliedern (von 1980 bis 1999 -10%), jedoch haben die österreichischen Parteien im Jahr 1999 noch immer einen sehr hohen Anteil an eingetragenen Mitgliedern.

**Tabelle 1: Anteil der Parteimitglieder aller Wahlberechtigten in Prozent**

	1956	1960er	1970er	1980er	1989	1990er	1997	1999
Österreich	23,9	26,2	25,9	28,48	-	23,71	-	17,66
Deutschland <sup>7</sup>	-	2,7	3,7	4,52	3,89	-	-	2,93
Schweiz	-	23,4	10,4	-	-	7,98	6,38	-

Daten: Scarrow (2000): 1956, 1960, 1970.

Maier /Biezen (2001): 1980, 1990, 1999. – eigene Darstellung

Ein Erklärungsansatz dafür ist die auf „Pflicht- oder Zwangsmitgliedschaft beruhende Organisationsform“ (Pelinka /Rosenberger, 2007: 198) des Kammernsystems, aber auch die „Gate-Keeper-Funktion“ (ebd. 169) – die Besetzung von wichtigen Posten bestimmt durch die Politik – der beiden großen Parteien: Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP).

Im Kapitel Nation wird auf Andersons Konzept der „imagined community“ hingewiesen, welches eine Nation als vorgestellt betrachtet, nun gilt es einen wei-

<sup>7</sup> Daten vor 1990 beziehen sich nur auf Westdeutschland.



teren Gesichtspunkt, der die Rolle der Politik bei der Nationenbildung aufzeigt, in Betracht zu ziehen: Eine Nation ist auch eine „Indoktri-Nation“ (Ráksy, 2007: 53). Es gilt also festzustellen, ob und wie politische EntscheidungsträgerInnen Einfluss auf die nationale Identität ausgeübt haben und noch immer Einfluss nehmen. Dabei wird in dieser Untersuchung hauptsächlich auf konkrete Zuschreibungen der nationalen Eigenart Österreichs Rücksicht genommen, jedoch werden auch solche gesellschafts- und sozialpolitische Themen miteinbezogen, die auf das Bild von Österreich eine Auswirkung haben. Die Rezipienten werden nur indirekt in die Untersuchung eingearbeitet, indem auf Befragungen und Untersuchungsergebnisse gesondert eingegangen wird.

In der Auswertung des Untersuchungsmaterials ist der eben erwähnte „staatspolitische Wille“ (ebd.) deutlich erkennbar, der letztlich zu einer politischen Bejahung der österreichischen Eigenständigkeit führt. In Österreich haben herausragende „Politikerpersönlichkeiten“ (Haller, 1996: 522) einen „entscheidenden Bestimmungsfaktor für die Herausbildung nationaler Identität“ (ebd.) beigetragen und waren somit nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich am neuen Österreichbild beteiligt. Diese ‚Identitätsstifter‘ schafften es, der österreichischen Nation Selbstbewusstsein einzuflößen und vermittelten der Bevölkerung das Gefühl „Stolz“ (ebd.) auf ‚ihr‘ Land sein zu können.

Ein Nationalstaat ist also in der Lage, mittels „Nationalisierungspolitik“ (Prisching, 1994: 19) Einfluss auf die nationale Identität auszuüben. Diese Form der Politik kann mit ihren Maßnahmen zu einem „Aufbau einer Nation“ (Reiterer, 1996: 277) führen, deren Ergebnis die Aufrechterhaltung der „Behausung‘ einer integrierten Gesellschaft“ (ebd.) ist.

In weiterer Folge soll nun der Nationenwerdungsprozess Österreichs, ausgehend vom 20. Jahrhundert, aus soziologischer Sicht auf der politischen Ebene analysiert werden. Was haben also die Parteien, die Entscheidungsträger ab dem Jahr 1918 in Bezug auf die nationale Identität des Landes geleistet oder wollten sie leisten? Und wie hat sich dieser Einsatz in der Geschichte Österreichs verändert?

## 4 METHODIK

Vorliegende Arbeit beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Suche nach ‚identitätsstiftenden Momenten‘, es handelt sich dabei um Aussagen, Formulierungen und Meinungen, die im Untersuchungsmaterial zwischen 1918 und heute niedergeschrieben wurden und in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit dem Versuch, ein ‚Österreichbewusstsein‘ zu bilden, stehen. Des Weiteren sind sozial- sowie gesellschaftspolitische Themen, die in der jeweils untersuchten Phase von Relevanz waren, berücksichtigt worden und in die Analyse eingeflossen. Es wurde dabei auf zwei unterschiedliche, aber verwandte Analysetechniken zurückgegriffen. Zum einen wurde mittels formal-deskriptiver Analyse die Häufigkeit der erarbeiteten Kategorien gemessen, zum anderen wurden durch ebendiese Kategorien Textstellen herausgefiltert, welche in einem nächsten Schritt diagnostisch analysiert wurden (vgl. Früh, 2007: 44). Diese Methode wurde ausgewählt, um die Absichten und Positionierungen der jeweiligen Parteien, die mittels unterschiedlicher Gewichtung und Formulierung Themen unterschiedlich an die Empfänger richten, objektiv erfassen zu können (vgl. Diekmann, 2005: 486). Weiters wird am Anfang der Untersuchungsphase auf die jeweilige Entstehungsgeschichte der Parteiprogramme eingegangen, um die Rahmenbedingungen aufzuzeigen, die ein objektiveres Bild des Untersuchungsmaterials schaffen sollen. Der erste Analyseschritt zeigt auf, ob die gewählten und gesuchten Begriffe für die jeweiligen Parteien „von Bedeutung sind oder nicht“ (Konrad, 2011: 54), diese Herangehensweise wurde primär in der dritten und vierten Untersuchungsphase angewendet.

Die damit gesammelten Formulierungen und Aussagen aus diesem konnotativen Feld bilden die „Paradigmen“ (vgl. Balog /Schüle, 2008: 32), den Diskurs den die politischen Parteien bis heute bei der Bildung oder Stiftung der nationalen Identität Österreichs geführt und somit die Bildung der österreichischen Identität beeinflusst haben, bzw. noch immer beeinflussen.

## 4.1 Das Untersuchungsmaterial

Als zu untersuchendes Textmaterial wurden österreichische Partei-, Aktions- und Nationalratsprogramme<sup>8</sup> sowie politische Leitlinien aus verschiedenen Phasen der Österreichischen Geschichte gewählt. Begonnen wird mit Deutschösterreich, danach folgen Erste und Zweite Republik. Programme, Richtlinien, Leitsätze, etc. von Parteien eignen sich für eine sozialwissenschaftliche Inhaltsanalyse aus mehreren Gründen (vgl. Diekmann, 2005: 483): Zum einen werden Parteiprogramme mittels Mehrheitsbeschlüssen an Parteitagen oder ähnlichen Versammlungen von den Parteimitgliedern anerkannt und daher demokratiepolitisch unterstützt und zum anderen finden sich in diesen Programmen Themen, Interessen und Probleme wieder, die in der Entstehungszeit des Textes von Bedeutung waren und teilweise ideologisch noch immer für die jeweilige Partei richtungweisende Leitsätze beinhalten.

Die Auswahl des Untersuchungsmaterials beinhaltet verschiedene Arten von Parteiprogrammen. Dabei handelt es sich um Grundsatzprogramme (auch politische Manifeste, politische Richtlinien oder politische / programmatische Leitsätze), diese sollen eine längerfristige Orientierung bewirken und somit die „Innenfunktion“ erfüllen (vgl. Pelinka, 2004: 101f.). Sie sind ausformulierter und dadurch umfangreicher als die anderen Programme. Aktionsprogramme (dazu zählen auch Nationalratsprogramme) wurden ebenfalls berücksichtigt, diese sollen „kurzfristige“ Aufgaben erfüllen und ihre Gewichtung auf die „Außenfunktion“ setzen (vgl. ebd. 101f.). Parteiprogramme besitzen sowohl interne als auch externe Funktionen (vgl. ebd. 100, oder Konrad, 2011: 53). Erstere beziehen sich auf die bestehenden Mitglieder und Parteifunktionäre. Es soll die Herstellung einer einheitlichen Parteilinie erzielt werden, die es bei bestimmten Themen ermöglicht, eine prinzipielle Haltung einnehmen zu können. Mit dieser internen Funktion wird auch die Aufrechterhaltung der Hierarchie und der Stärkung der Parteispitze forciert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die „Par-

---

<sup>8</sup> Es ist anzumerken, dass alle Programme, Richtlinien, etc. die in der Zeit von 1919 bis einschließlich 1958 erschienen sind und in dieser Arbeit untersucht wurden, aus dem Sammelband „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“ von Klaus Berchtold, entnommen wurden.

teien ihre Entscheidungen nicht nach programmatischen Äußerungen richten, sondern vielmehr programmatische Äußerungen das Ergebnis bereits getroffener Entscheidungen sind“ (Pelinka, 2004: 100). Zu den externen Funktionen zählen unter anderem die Möglichkeit, sich ideologisch gegenüber anderen Parteien abzugrenzen. Programme können zudem als Informationsquelle für zukünftige WählerInnen und Mitglieder dienen.

Bei den bisher genannten Untersuchungsmaterialien handelt es sich also um politische Werke, die in einem „politischen Kräftefeld“ einen Anteil an der „Bewahrung oder Veränderung dieses Kräftefeldes“ haben können (vgl. Bourdieu, 1999: 368).

Letzteres findet über verschiedene Mitteilungsebenen statt, so wird das Programm nicht nur auf der jeweiligen Internetseite der Partei zugänglich gemacht (zuvor wurden sie in Aussendungen, Zeitungen, Büchern oder über andere Kanäle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht), auch in anderen Medien werden Veränderungen oder auch das Erscheinen von neuen Programmen wiedergegeben. Aus der Abbildung 2 geht dieser Kommunikationsprozess hervor, demnach ist die jeweils untersuchte Partei der Sender, die Parteiprogramme sind ihre Mitteilungen und die Empfänger setzen sich aus Parteimitgliedern, WählerInnen, Medien und anderen RezipientInnen zusammen.

**Abbildung 2: Kommunikationsprozess (nach Diekmann, 2005)**



Zwar wird Parteiprogrammen im Allgemeinen eine untergeordnete Funktion zugeschrieben (vgl. Schäfer, 2010: 175), jedoch kann mittels Parteiprogrammen der „ideologische Hintergrund, auf dem sich das tatsächliche Wirken der Partei

vollzieht“ (Berchtold, 1967: 9) näher beleuchtet werden. Ein weiterer nicht unwesentlicher Faktor ist die Bindung der Mitglieder an das jeweilige Programm oder an die jeweiligen Leitlinien. Exemplarisch dienen Auszüge aus Parteistatuten von drei österreichischen Parteien. So wird die Sozialdemokratische Partei Österreichs im §1 ihres Organisationsstatuts<sup>9</sup> als „(...) eine Gemeinschaft von Frauen und Männern, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms der SPÖ bekennen“, definiert, unter §8 werden die Pflichten jedes Mitglieds aufgezählt. Unter anderen bestehen diese daraus, „(1) die Grundsätze und das Statut der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) zu beachten; (2) durch sein Verhalten das Ansehen und die Politik der SPÖ im Sinne der im Programm festgelegten Grundsätze zu fördern (...)“.

Andere Parteien haben in ihren Statuten ähnliche Formulierungen verfasst, um die Mitglieder an das jeweils gültige Programm oder die Leitlinien zu binden. Beim Bündnis Zukunft Österreich findet sich in den Organisationsstatuten<sup>10</sup> unter §4 (Mitglieder) folgender Textauszug: „Die Bündnis-Partner/Innen haben das Recht auf volle Information und Mitwirkung an der Willensbildung und die Pflicht, die Ziele und Positionen des Bündnisses zu unterstützen und aktiv mitzuarbeiten“.

Die Grünen legen in ihren Statuten<sup>11</sup> unter §6 (Rechte und Pflichten der Mitglieder) die Bindung der Mitglieder an die „Grünen-Ideen“ fest: „Jedes Mitglied soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die politischen Ziele der GRÜNEN (...) einsetzen“.

## 4.2 Die Kategorien

Wie eingangs erwähnt, wurden zwei Methoden bei der Untersuchung des Materials angewendet; die formal-deskriptive sowie die diagnostische Analyse. Bei

---

<sup>9</sup> SPÖ, Organisationsstatut mit Einarbeitung der Änderungen und Ergänzungen bis einschließlich 12. Juni 2010.

<sup>10</sup> BZÖ, Organisationsstatut, Stand 3. April 2005.

<sup>11</sup> Grüne, Satzungen der Partei, Stand 15./16. Oktober 2011.

der Erstellung der Kategorien wurde in einem ersten Verfahren eine Stichprobe innerhalb des ausgewählten Untersuchungsmaterials gezogen. Diese sich über alle vorher festgelegten Phasen erstreckende Stichprobe, bestand aus sechs Parteiprogrammen. An diesen Programmen wurde mittels der theoretisch erarbeiteten Kategorien begonnen, Daten zu erheben. Hierzu dienten zum einen Forschungsergebnisse von Max Haller (et al., 1996), auf deren Basis die Kategorien *Neutralität*, *Europa*, *National*, *International* und *Regionalität* in die Untersuchung eingearbeitet werden. Zum anderen wurde besonders der Diskurs, der zwischen liberalen und dem deutsch-nationalen Block geführt wurde, für diese Arbeit berücksichtigt. Exemplarisch hierfür steht folgendes Zitat aus dem Deutschösterreichischen Wörterbuch von 1927, welches einleitend zum Wort Kunst angeführt ist:

„Die Vorfrage ob man von österreichischer Kunst sprechen kann, wird verneint aus dem Gesichtspunkte, daß Österreich nie eine Nation bildete; insofern also Kunst ein nationales Produkt sei, könne von einer österreichischen Kunst überhaupt nicht die Rede sein.“  
(Brockhausen / Klausberger, 1927: 135)

Aus diesen Zeilen wird erkennbar, dass in der Ersten Republik die Eigenständigkeit Österreichs massiv angezweifelt und ihr teilweise abgesprochen wurde. Hans Tietze vertritt in Bezug auf die nationale Eigenart Österreichs eine andere Meinung. Demnach könne sehr wohl von einer österreichischen Kunst gesprochen werden (vgl. Krapf-Weiler, 1986: 79ff.). Aufgrund dieses zweiten theoretischen Rückblicks erscheint es sinnvoll, das Kategoriensystem zu erweitern. Somit werden die Begriffe *Deutschland*, *deutsch*-, *Österreich* und *österreichisch*-, jeweils unter Berücksichtigung der Wortverbindungen, sowie die Themen *Tradition*, *Kunst* und *Kultur* in die Analyse miteinbezogen<sup>12</sup>. Ziel ist, dadurch die Deutschland-Österreich-Kontroverse in der Untersuchung abzudecken.

---

<sup>12</sup> Parteinamen, in denen die Wörter *Deutsch* oder *Österreich* vorkommen, wurden aufgrund von möglichen Verzerrungen der Ergebnisse bei der Analyse nicht mitgezählt.

Während der Durchführung des Pretests und der ersten Auswertung der Ergebnisse wurden noch weitere Kategorien hinzugefügt, dieser zweite Schritt ist im Sinne der empiriegeleiteten Kategorienbildung erfolgt (vgl. u.a. Früh, 2007: 156ff.).

Letztlich entstanden durch diese beiden Herangehensweisen zwölf Kategorien mit insgesamt 46 Unterkategorien (vgl. Anhang 9.2). Diese Kategorienliste besteht im Wesentlichen aus politischen Signalwörtern, deren Interpretation und Anwendung von Partei zu Partei verschieden ist und die teilweise dazu dienen, eine gewisse politische Haltung zu transportieren, um damit potentielle Wähler erreichen zu können (vgl. Mozetić, 2010: 37).

### **4.3 Die Grundgesamtheit und Stichprobe**

Die Grundgesamtheit des Untersuchungsgebietes besteht aus allen Programmen und Leitlinien, die von österreichischen Parteien nach 1918 bis heute erschienen sind. Ausgeklammert wird hier die Zeit der Nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich. Somit wird die Spanne von März 1938 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 in dieser Arbeit nicht auf Parteiprogramme hin untersucht. Dies auch angesichts der Tatsache, dass mit der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich und somit in ein Einparteiensystem eine Untersuchung auf Unterschiede bei der Wahrnehmung Österreichs nicht möglich wäre.

Die Zeit des Austrofaschismus, in den Jahren 1933 bis 1938, wird aus demselben Grund ebenfalls nicht untersucht. Es werden erst wieder Parteiprogramme für die Stichprobe verwendet, die nach der Einführung der provisorischen Staatsregierung unter dem Staatskanzler Karl Renner 1945 veröffentlicht wurden.

Es ergeben sich somit vier Phasen (vgl. Tabelle 2) aus denen insgesamt dreiundzwanzig Partei-/Grundsatzprogramme oder ggf. Aktionsprogramme ausgewählt wurden (vgl. Anhang 9.1). Zur Untermauerung der ausgewählten Parteien wurden Ergebnisse der Nationalratswahlen und die damit verbundene Vertei-

lung der Mandatare auf die Fraktionen herangezogen. Für die Einteilung des Untersuchungszeitraums in vier Phasen wurde auf politische Ereignisse, die die Gesellschaftsform und zum Teil Regierungsform maßgeblich beeinflusste oder veränderte, Rücksicht genommen.



## 5 ANALYSE DES UNTERSUCHUNGSMATERIALS

### 5.1 Erste Phase – Österreich nach dem Zerfall der Monarchie

Tabelle 2: Die erste Untersuchungsphase

<i>Erste Phase</i>	<i>Zweite Phase</i>	<i>Dritte Phase</i>	<i>Vierte Phase</i>
Deutschösterreich	Erste Republik	Zweite Republik	
12.11.1918 bis 10.9.1919	10.9.1919 bis 1.5.1934	27.4.1945 bis 15.5.1955	15.5.1955 bis heute

Die erste Untersuchungsphase beginnt mit dem formellen Beschluss vom 12. November 1918, Deutschösterreich ist eine demokratische Republik und endet mit der Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain am 10. September 1919.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 wird die habsburgerische Doppelmonarchie Österreich-Ungarn von einem Vielvölkerstaat zu einem kleinen Staatsgebilde. Diese neue Nation, Deutschösterreich, besteht aus den heutigen Grenzen Österreichs, einschließlich Deutschböhmen, dem Sudetenland, Südtirol und einigen mehrheitlich von Deutschen besiedelten Städten im tschechischen Raum. Das Burgenland wird erst im Jahr 1921 in den österreichischen Staat eingegliedert. Von Anfang an wird diesem Staat keine wirtschaftliche Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit zugeschrieben (vgl. Heer 1996: 335ff.). Verschiedene politische Kräfte, insbesondere deutschnationale, bemühten sich um den Anschluss an Deutschland. Als Hauptargument wird angeführt, dass Österreich nie eine eigene Nation gebildet habe und kulturell immer mit Deutschland verbunden gewesen sei (vgl. Fellner 2002: 214ff.). Politisch wird die „staatliche Selbstständigkeit“ nur „unter alliierterm Druck formal akzeptiert, ideologisch und historiographisch“ aber abgelehnt (ebd. 186). Der Anschluss an das Deutsche Reich wird jedoch mit dem Vertrag von Saint-Germain, der am 21. Oktober 1919 ratifiziert wurde, zunichte gemacht. In ebendiesem Dokument wird sowohl der Name Deutschösterreich, als auch der Anschluss an das Deutsche Reich verboten, dennoch verändern sich die politischen Zielvorstellungen

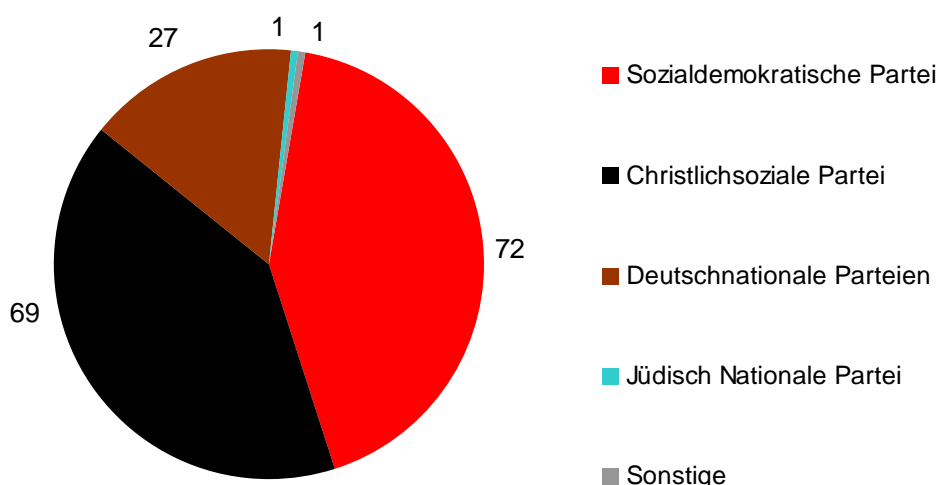
der Parteien zu diesem Thema nicht. Hierauf wird im Zweiten Teil der Ergebnisse eingegangen werden.

### 5.1.1.1 Untersuchungsmaterial und Parteien

Aus der ersten Phase, in welcher Deutschösterreich von der Konstituierenden Nationalversammlung regiert wird, wurden zwei Aktionsprogramme für die Untersuchung ausgewählt. Zum einen handelt es sich um das ‚Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter‘, zum anderen um das ‚Aktionsprogramm der Christlichsozialen Vereinigung‘, beide sind im Februar 1919 erschienen und können als Haltung zu Fragen der damaligen Übergangszeit angesehen werden (vgl. Berchtold, 1967: 233).

Aus Abbildung 3, die die Verteilung der Sitze im Nationalrat darstellt, gehen die mit großem Abstand stimmenstärksten Fraktionen hervor, die Sozialdemokratische sowie die Christlichsoziale Partei.

**Abbildung 3: Zusammensetzung des Nationalrates – Wahlen vom 16. Februar 1919 (Gesamt 170 Mandate)**



Daten: <http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/> - eigene Darstellung

Es waren dies nicht nur die ersten Wahlen in einem demokratischen Österreich, sondern auch die ersten Wahlen bei denen Frauen ihrem erst 1918 verliehenen Wahlrecht nachkommen konnten. Die dritte Fraktion, bestehend aus Deutsch-nationalen Parteien, wird erst in der zweiten Phase in die Untersuchung einfließen, das aktuellste Programm nach 1918 dieses Blockes wurde 1920 – und damit zeitlich in der zweiten Phase – veröffentlicht.

### **5.1.1.2 Analyse des Untersuchungsmaterials**

Aufgrund der Kürze der beiden Programme, die sich bloß auf die Übergangszeit beschränken, wird in diesem Untersuchungszeitraum auf die formal-deskriptive Analyse verzichtet.

Beim Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter wird gleich zu Beginn die dringendste Aufgabe angeführt: die „endgültige Sicherung der republikanischen Verfassung“ (Das Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter, 1919, in Berchtold, 1967: 233) und damit die Vereitelung aller monarchistischen Versuche, nochmals an die Macht zu gelangen. Eine „Wiederherstellung der Monarchie“ wird mit angedrohten strafrechtlichen Folgen zu unterbinden versucht, weiters wird jeglicher repräsentativer Wert der Adeligen mit dem Verbot der Führung von Titeln und dem „Gebrauch aller monarchischen Symbole“ untersagt (vgl. ebd.).

Zudem sollen alle „Krongüter und die Familiengüter des Hauses Habsburg als Volksgut“ angesehen werden und der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. In wenigen Sätzen wird hier die Demontage einer traditionellen Herrschaftsdynastie im Sinne von Max Weber (Weber, 1980: 130ff.) eingeleitet, die sich über Jahrhunderte an der Macht halten konnte.

Ganz anders reagiert die Christlichsoziale Vereinigung auf die Habsburger bzw. die „grundsätzlich monarchistische Einstellung“, die sie noch am Anfang der Republik signalisiert hatten. In ihrem Aktionsprogramm wird dieses für sie heikle Thema, das 1918 mit einer monarchistischen Einstellung noch für Verwirrung

bei den Mitgliedern sorgte, nicht mehr in ihrem Programm erwähnt (vgl. Berchtold, 1967: 355).

Tabelle 3 fasst diese Einstellungen und Positionen der Parteien in der ersten Phase zusammen. Dabei handelt es sich um die Analyseergebnisse der beiden oben genannten Aktionsprogramme.

**Tabelle 3: Positionen der Parteien zu analysierten Themen aus der ersten Untersuchungsphase**

	Einstellung zu Habsburg	Souveränität	Anschluss an das Deutsche Reich
Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten	-	0	+
Christlichsoziale Vereinigung	0	+	+

Legende: + positiv/dafür, - negativ/dagegen, ~ neutral, 0 keine Aussage/Nennung

Daten: eigene Auswertung der Aktionsprogramme

Aus der Tabelle geht noch ein weiteres wesentliches Thema hervor: der Anschluss an das Deutsche Reich, den beide Parteien forcieren und der für beide die Zukunft Österreichs darstellt. Speziell in den Reihen der Führungsetage der österreichischen Sozialdemokraten wurde ein „Glaube an Deutschland“ (Heer, 1996: 333) gefestigt und vertreten:

*„Die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über den Anschluß Deutschösterreichs an das Reich haben sofort zu beginnen. Der Anschluß ist so bald wie möglich zu vollziehen.“* (Das Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter, 1919, in Berchtold, 1967: 234)

Auch die Christlichsoziale Vereinigung bekannte sich offen zum Anschluss und betonte noch extra die ökonomischen Absichten des eigenen Landes:

*„Die Verhandlungen über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland sind ohne Verzug einzuleiten. Dabei ist insbesondere auf die vollkommene Si-*

*cherung der wirtschaftlichen Interessen Deutschösterreichs Bedacht zu nehmen.“* (Das Aktionsprogramm der Christlichsozialen Vereinigung, 1919, in Berchtold, 1967: 361)

Das Untersuchungsmaterial aus der ersten Phase verdeutlicht die Einstellung der beiden Parteien zur Eigenstaatlichkeit Österreichs: Es wird davon ausgegangen, dass dieser Staat wirtschaftlich und kulturell nicht alleine bestehen kann. Die Formulierung Deutschösterreich verdeutlicht diesen Umstand, es wird klar auf das ‚Deutschsein‘ verwiesen und auf die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Deutschösterreich wird zwar die Souveränität zugeschrieben, jedoch sehen die politischen Entscheidungsträger die aussichtsreichste Zukunft in einem ‚freistaatlichen Modell‘, ähnlich wie Bayern ein Teil von Deutschland ist.

## 5.2 Zweite Phase – Österreich in der Ersten Republik

Tabelle 4: Die zweite Untersuchungsphase

<i>Erste Phase</i>	<i>Zweite Phase</i>	<i>Dritte Phase</i>	<i>Vierte Phase</i>
Deutschösterreich	Erste Republik	Zweite Republik	
12.11.1918 bis 10.9.1919	10.9.1919 bis 1.5.1934	27.4.1945 bis 15.5.1955	15.5.1955 bis heute

Die zweite Phase, die Zeit der Ersten Republik, beginnt mit der Unterzeichnung des Vertrags von Saint-Germain und endet mit der Verfassung vom 1. Mai 1934, dem Beginn des Austrofaschismus. Österreich bekennt sich durch die Unterzeichnung des Vertrags von Saint Germain, gemeinsam mit dem Deutschen Kaiserreich, zur ‚Alleinschuld‘ am Ersten Weltkrieg und des Weiteren zu seinen neuen Staatsgrenzen. Damit geht Südtirol an Italien. Durch die Volksabstimmung von 1920 bekennt sich Südkärnten als zu Österreich zugehörig und wird somit eingegliedert. 1921 folgt West-Ungarn unter dem neuen Namen Burgenland.

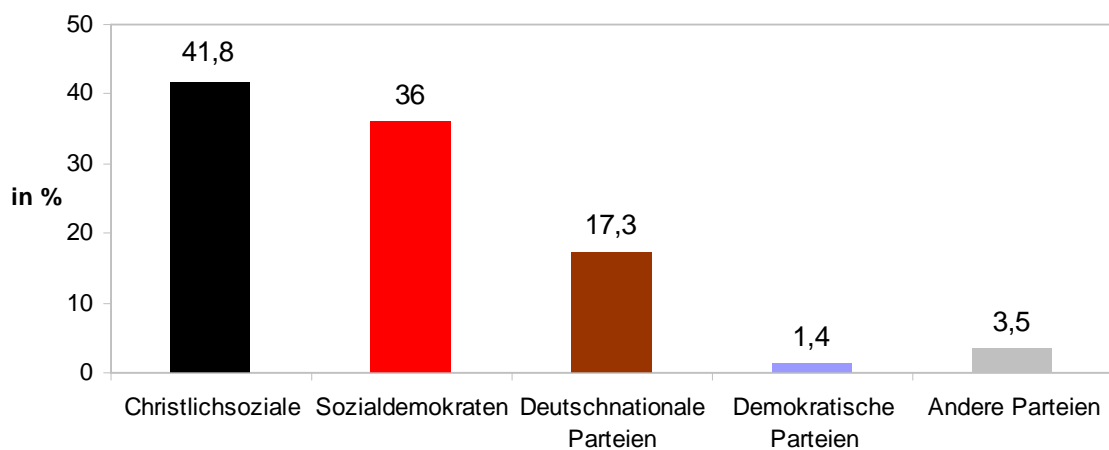
Die Stimmung in der österreichischen Gesellschaft ist angesichts der Vertragsunterzeichnung sehr angespannt. Im Parlament wird zwar dem Friedensvertrag zugestimmt, jedoch wird dieser als „Schandvertrag“ (Weissensteiner, 1990: 64) bezeichnet, die Presse geht noch weiter und bezeichnet diesen als „Raubfriede, ein Vernichtungsfriede“ der nicht die politische Unabhängigkeit bringt, sondern für eben diese „den Todesstoß“ bedeutet (Kronen-Zeitung, 7. September 1919, nach Weissensteiner, 1990: 64).

Die neuen Grenzen werden als willkürlich von den Siegermächten gezogen aufgefasst (vgl. Zöllner, 1990: 493), das Anschlussverbot an Deutschland bewirkt den gegenteiligen Wunsch in der öffentlichen Meinung (vgl. ebd. 499), der Anschlussgedanke verstummt dadurch nicht, er wird zu einem der wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen dieser Zeit (vgl. u.a. Fellner, 2002).

### 5.2.1.1 Untersuchungsmaterial und Parteien

Aus dieser Zeitspanne wurden, angefangen mit dem ‚Salzburger Programm‘ der Großdeutschen Volkspartei aus dem Jahr 1920, welches „den größten Teil der nationalgesinnten politischen Gruppen“ vereinte (vgl. Berchtold, 1967: 439), fünf Parteiprogramme ausgewählt. Bei den Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920 kommt die Großdeutsche Volkspartei auf insgesamt 17,3% der Stimmen (Abbildung 4).

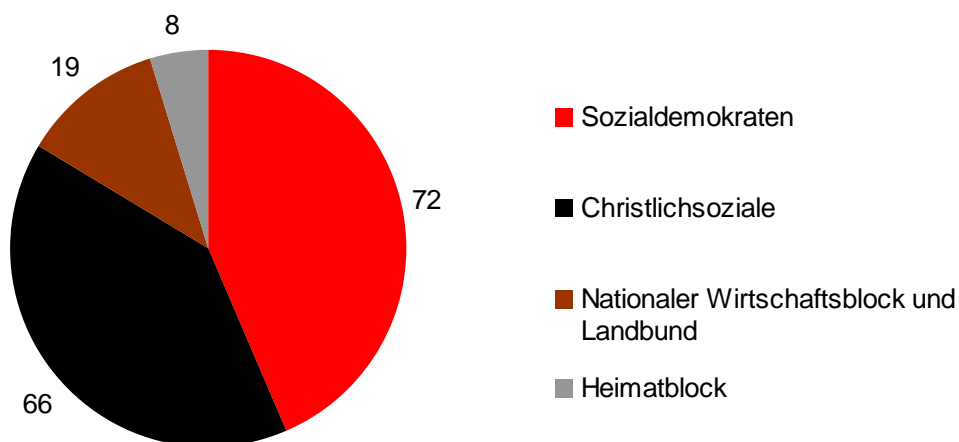
**Abbildung 4: Ergebnisse der Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920**



Daten: <http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/> - eigene Darstellung

Als zweites Untersuchungsmaterial dienten die ‚Politische Leitsätze des Landbundes für Österreich‘ aus dem Jahr 1923. Der Landbund setzte sich aus den unabhängigen Bauernbünden und den großdeutschen Bauernbünden zusammen, beide waren national gesinnt (vgl. Berchtold, 1967: 482). Für die Nationalratswahlen im Jahr 1930 schlossen sich der Nationale Wirtschaftsblock und der Landbund zusammen und erreichten zusammen 19 Mandate (Abbildung 5).

**Abbildung 5: Zusammensetzung des Nationalrates – Wahlen vom 9. November 1930 (Gesamt 165 Mandate)**



Daten: <http://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/> - eigene Darstellung

Das ‚Linzer Programm‘ (1926) der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, das als „klassisches Dokument des Austromarxismus angesehen werden kann“ (Berchtold, 1967: 247), wurde als drittes Parteiprogramm aus der zweiten Phase gewählt. Als direkte Antwort auf das eben genannte Programm folgte kurze Zeit später das Programm der Christlichsozialen Partei, welches ebenfalls der Analyse unterzogen wurde.

Es folgen schließlich die letzten Programme aus der zweiten Untersuchungsphase, der ‚Korneuburger Eid‘ und die ‚Allgemeinen politischen Grundsätze des Heimatblockes‘ aus dem Jahre 1930. Um die Aussagekraft dieser politischen Richtung besser beleuchten zu können, wurden diese beiden Programme des Heimatblockes gewählt. Aus Gründen der zeitlichen Nähe und der Kürze der Texte, erscheint diese Vorgehensweise empirisch sinnvoll zu sein.

### 5.2.1.2 Analyse des Untersuchungsmaterials

Das ‚Salzburger Programm‘ der Großdeutschen Volkspartei, leitet die zweite Untersuchungsphase dieser Arbeit ein. Obgleich bei mehreren Parteien im ausgewählten Untersuchungsmaterial antisemitische Äußerungen vorkommen, sticht das ‚Salzburger Programm‘ bei Wortwahl und Diffamierungen gegen das



Judentum deutlich hervor, vor allem in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Presse oder Kultur und hier speziell das Theater. Letzteres sieht die Großdeutsche Volkspartei von jüdischen Darstellern „überwuchert“ und prophezeit daher den deutschen Schauspielern, im „jüdischen Geiste“ zu ersticken (Das „Salzburger Programm“ der Großdeutschen Volkspartei, 1920, in Berchtold, 1967: 456). Die Printmedien werden ebenfalls mit antisemitischen Formulierungen diffamiert, sie werden als „Volksschädling“ dargestellt, die zum „überwiegenden Teile vollständig unter jüdischem Einflusse“ stehen (ebd.).

Die Großdeutsche Volkspartei hat nicht das Interesse am Aufbau eines österreichischen Staates, es geht ihr insbesondere darum, eine „völkische Eigenart“ zu „entwickeln“ (ebd. 444) um letztlich – gegen den Willen des Vertrags von Saint Germain – den „Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich“ vollziehen zu können (ebd. 446). Dieser Entschluss, Österreich mit einer freistaatlichen Verfassung in das Deutsche Reich einzugliedern, wird im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die diesen Beschluss mit der Nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland aus dem ‚Linzer Programm‘ streichen, angestrebt (vgl. ebd.). Die Großdeutsche Volkspartei unterstreicht diesen Willen, indem sie diese – aus ihrer Sicht notwendige – Eingliederung unter allen Umständen, auch wenn sich die „politischen Verhältnisse im Deutschen Reiche“ egal in „welcher Richtung“ (ebd.) verändern, einfordert.

Das ‚Linzer Programm‘ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SdP) ist in erster vom Klassenkampf, in zweiter Linie von Kapitalismuskritik geprägt. „Kampf“ (auch in Wortverbindungen wie: Befreiungskampf, Bekämpfung, bekämpft, Vorkämpferin, etc.) trat in diesem Programm 63 Mal auf.

Das Programm geht über die Idee eines Nationalstaates hinaus, es handelt sich vielmehr um den Versuch, eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die mehrere Länder mit einschließt, einzuleiten:

*„Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann aber nicht in einem einzelnen kleinen, von den kapitalistischen Weltmächten abhängigen Lande aufgebaut werden, sondern nur in großen zusammenhängenden Gebieten, die die Voraussetzungen sozialistischer Planwirtschaft in sich schlie-*

*ßen.*“ (Das „Linzer Programm“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in Berchtold, 1967: 261)

Dieser Kampf bezieht sich nicht nur auf die Klassen, er geht darüber hinaus – nach Ansicht der Sozialdemokraten muss dieser auch auf kultureller Ebene geführt werden. Es wird stark polarisierend gearbeitet. Für die SdP gibt es zwei politische Systeme, die gegeneinander antreten. In ihrem Programm unterscheiden sie zwischen einer „Gesellschaftsordnung, die die Kultur der wenigen auf die Kulturlosigkeit ausgebeuteter Massen gründet“ und einer „Gesellschaftsordnung, die das Kulturerbe dem ganzen Volke zueignet“ somit „das ganze Volk zu einer Kulturgemeinschaft verknüpft“ (ebd. 251). Die Anhängerschaft wird darauf eingestimmt, sich ihre Kulturgemeinschaft zu erkämpfen, die auf dem Erbe, also den Traditionen aufgebaut wurde und weitergelebt werden soll. Dabei wird nicht von einem österreichischen Erbe per se gesprochen, sondern vielmehr aus dem Kontext der Arbeiterklasse heraus argumentiert. Ziel dieses Aufrufs zum Kampf ist es, die „Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu brechen“ unter anderem soll das mit dem Bundesheer, sowie mit anderen kampfbereiten Verbänden, die „zur Treue zur Republik“ (ebd. 252) herangezogen werden, gelingen. Letzteres bezieht sich nicht auf Österreich im Allgemeinen, sondern auf die demokratische Herrschaftsform.

Trotz des Vertrags von Saint-Germain fordern die Sozialdemokraten in ihrem Programm den „Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich“ und sehen diesen „als notwendigen Abschluß der nationalen Revolution von 1918“ (ebd. 264) an. Diese Forderung wird schließlich 1933, als es in Deutschland zur Nationalsozialistischen Machtergreifung kommt, aus dem Programm gestrichen (vgl. ebd.).

Die Christlichsoziale Partei bekennt sich in ihrem Programm zum föderalistischen Verfassungssystem und der daraus ergebenden „kulturellen Eigenart“ der einzelnen Bundesländer (vgl. Das Programm der Christlichsozialen Partei, in Berchtold, 1967: 374). Das ist insofern interessant, als es sich hierbei um eine Zuschreibung kultureller Unterscheidungen innerhalb Österreichs handelt. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die von einer das gesamte Volk zusam-

menhaltenden Arbeiterbewegung und deren gemeinsamen Kultur sprechen (s.o.), klingt diese Ansicht wie ein Bekenntnis zu einer österreichischen Eigenart. Der aufkeimende Antisemitismus ist im Programm der Christlichsozialen Partei ebenfalls überdeutlich erkennbar. Diese kritisiert „die Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichen Gebiete“ und deklariert sich „als national gesinnte Partei“, die „die Pflege deutscher Art“ fordert (ebd. 376). Die Thematisierung des Anschlusses an das Deutsche Reich findet sich in diesem Text, im Unterschied zu den Sozialdemokraten in einer weniger direkten Forderung; so wird „die Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reiche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes“ (ebd. 376) gefordert.

Der Heimatblock, der die politische Partei der Heimwehren darstellt, formuliert sein Programm unter dem Titel ‚Korneuburger Eid‘. Im Unterschied zu den anderen analysierten Programmen ist dieser Eid in der Wortwahl vehementer. Die nationale, sehr patriotische Haltung des Textes wird durch die „leidenschaftliche Liebe zur Heimat“ (Der Korneuburger Eid, in Berchtold, 1967: 402) verdeutlicht. Auch der Heimatblock sieht sich im Dienste „des ganzen deutschen Volkes“ (ebd. 403), aber im Unterschied zu den Christlichsozialen ist er gegen einen demokratischen Parteienstaat und postuliert seine Parteispitze als aus „führende(n) Personen der großen Stände und bewährtesten Männern“ (ebd.) bestehend. Diese Charakterisierung erinnert sehr an die Herstellung einer charismatischen Herrschaftsstruktur im Sinne von Max Weber (Weber, 1980: 124), wonach die „Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person“ die Rechtfertigung für das Ausüben der Machtstellung darstellt.

In den Grundsätzen des Heimatblockes wird ihre Einstellung zum österreichischen Nationalstaat nicht explizit behandelt, stattdessen setzen sie sich für ihr Ziel, die Herstellung eines deutschen Ständestaates, ein (vgl. Allgemein politische Grundsätze des Heimatblockes, in Berchtold, 1967: 404). Diesen wollen sie durch den „Zusammenschluß mit dem deutschen Bruderreich“ (ebd.) begründen.

Der religiöse Charakter des Programms ist deutlich erkennbar, so formuliert der Heimatblock, im Kapitel Kulturpolitische Grundsätze sein Sittenbild, bestehend aus dem „Grundsatz: wir wollen den christlichen, den nationalen und sozialen Staat“ (ebd.).

**Tabelle 5: Positionen der Parteien zu analysierten Themen aus der zweiten Untersuchungsphase**

	demokratischer Parteienstaat	ständestaatliche Regierungsform	Die Sicht auf die Nation	Kirche / Religion	Antisemitismus	Anschluss an das Deutsche Reich
Großdeutsche Volkspartei	+	-	<i>nationale Demokratie und freistaatliche Verfassung</i>	<i>gegen Klerikalismus, jedoch: Religion ist Kulturbestandteil</i>	<i>ja</i>	+
Landbund	-	+	<i>einheitlicher deutscher Volksstaat</i>	<i>Grundlage ist d. christliche Weltanschauung</i>	<i>ja</i>	+
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	+	-	<i>"Internationale" - gesamte Arbeiterschaft</i>	<i>gegen Klerikalismus. Religion = Privatsache</i>	<i>nein</i>	+
Christlichsoziale Partei	+	-	<i>kulturelle Eigenart der Bundesländer</i>	<i>Kirche und Staat sind verbunden</i>	<i>ja</i>	+
Heimatblock	-	+	<i>deutscher Ständestaat</i>	<i>christlicher Staat</i>	<i>nein</i>	+

*Legende: + positiv/dafür, - negativ/dagegen, ~ neutral, 0 keine Aussage/Nennung*

Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Ähnlich wie der Heimatblock formuliert auch der Landbund in seinen Leitsätzen die Abkehr vom Parlamentarismus, betrachtet diesen als „ungeeignet und schädlich“ und plädiert für eine „berufsständische Vertretung“ des Volkes (vgl. Politische Leitsätze des Landbundes für Österreich, in Berchtold, 1967: 483). Es handelt sich bei dieser politischen Fraktion um den Zusammenschluss mehrerer Bauernvertreter: die nationalgesinnten Vertreter sowie die großdeutschen Bauernbünde und die unabhängigen Bauernbünde (vgl. ebd.). Sie bekennen

sich zum sogenannten nationalen Gedanken, wobei das Fundament in einer „christliche(n) Weltanschauung“ besteht und nicht nur der Anschluss an das Deutsche Reich erklärtes Ziel ist. Die Bestrebungen sind weitläufiger: es wird von einem „einheitlichen Volksstaate“ gesprochen, der alle „deutschen Stämme von Mitteleuropa“ vereinen soll (vgl. ebd.). Zusammen mit dem Nationalen Wirtschaftsblock kamen sie nach den Nationalratswahlen von 1930 zu insgesamt 19 Sitzen.

Nach der Analyse der Programme aus dieser Phase wird ersichtlich, dass Österreich zwar verfassungsrechtlich eine Republik darstellt, die politische Unzufriedenheit über diese Rechtsstellung aber immer größer wird. Diese politischen Spannungen sind schließlich ein Grund dafür, dass es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den paramilitärischen Organisationen der Parteien kommt (vgl. u.a. Zöllner, 1990: 506ff.). Diese innenpolitischen Spannungen und Konfrontationen ebnen schließlich den Weg für den Austrofaschismus unter Engelbert Dollfuß und später unter Kurt Schuschnigg.

Der aufkeimende Antisemitismus, ebenso wie der Wunsch nach dem Anschluss an das Deutsche Reich, sind aus den untersuchten Programmen deutlich herauszulesen (Tabelle 5). Dieser ‚politische Wunsch‘ wird 1938 mit dem Anschluss an das Deutsche Reich erfüllt.

### 5.3 Dritte Phase – Österreich am Anfang der Zweiten Republik

**Tabelle 6: Die dritte Untersuchungsphase**

<i>Erste Phase</i>	<i>Zweite Phase</i>	<i>Dritte Phase</i>	<i>Vierte Phase</i>
Deutschösterreich	Erste Republik	Zweite Republik	
12.11.1918 bis 10.9.1919	10.9.1919 bis 1.5.1934	27.4.1945 bis 15.5.1955	15.5.1955 bis heute

Der Beginn der dritten Phase wird mit der provisorischen Staatsregierung, die am 27. April 1945 die Wiedererrichtung Österreichs proklamiert, festgelegt und endet mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955.

Die provisorische Regierung Renner verabschiedet weniger als zwei Wochen nach dem Beginn der Zweiten Republik das ‚Verbotsgesetz‘ und im Juni 1945 das ‚Kriegsverbrechergesetz‘. Im erstgenannten Gesetz werden neben dem Verbot der NSDAP und ihren Strukturen eine verpflichtende Registrierung der Nationalsozialisten erlassen und die ‚Nürnberger Rassengesetze‘ aufgehoben. Österreich ist bemüht, die Entnazifizierung so schnell wie möglich in die Wege zu leiten. Der (Wieder-)Aufbau einer österreichischen Nation beginnt. So schnell die Zuschreibung der Täter getroffen wurde, so schwierig erweist sich der Umgang mit der ‚eigenen‘ Rolle Österreichs im Nationalsozialistischen Deutschland. Der „Opfermythos“ (vgl. u.a. Hammerstein, 2008: 44) Österreichs entsteht und „kollektives Vergessen“ (vgl. Bruckmüller, 1996: 41) macht sich in der Bevölkerung breit. Dies erinnert an eine der zwei Grundvoraussetzungen, die Ernest Renan dem „Wesen einer Nation“ zugeschrieben hat: Demnach setzt sich die Gemeinschaft einer Nation aus vielen Einzelnen zusammen, die sowohl „viele gemeinsam und (...) vieles vergessen haben“ (Renan, 1947-1961, nach Anderson, 1988: 15).

Dieser Umstand wird Österreich in den 1980er Jahren mit der ‚Waldheim-Affäre‘ einholen und für einen bis heute andauernden „ambivalenten Prozess“ (Botz, 2010: 76ff.) sorgen, der noch immer kein Ende gefunden hat. Aktuellstes Beispiel dieses Diskurses ist die Medienberichterstattung über die Aussagen des

Bundesparteiobmanns der Freiheitlichen Partei Österreichs am Wiener Korporations-Ball (vgl. u.a.: Der Kurier, 3.2.2012; Die Presse, 3.2.2012; Der Standard, 2.2.2012), der sogar bis Frankreich (vgl. ORF-Online, 2.2.2012) Wellen geschlagen hat.

### **5.3.1.1 Untersuchungsmaterial und Parteien**

Das Untersuchungsmaterial in den Anfängen der 2. Republik besteht aus vier Programmen:

„Die programmatischen Leitsätze der Österreichischen Volkspartei“; sie sollten dafür Sorge tragen, dass ein rascherer „Aufbau der neuen Partei“ (vgl. Berchtold, 1967: 376) in Gang gebracht werde.

Die ‚programmatischen Leitsätze der Kommunistischen Partei Österreichs‘, die im Jahr 1946 veröffentlicht wurden und am Zenit ihres politischen Einflusses angekommen waren (vgl. ebd. 316);

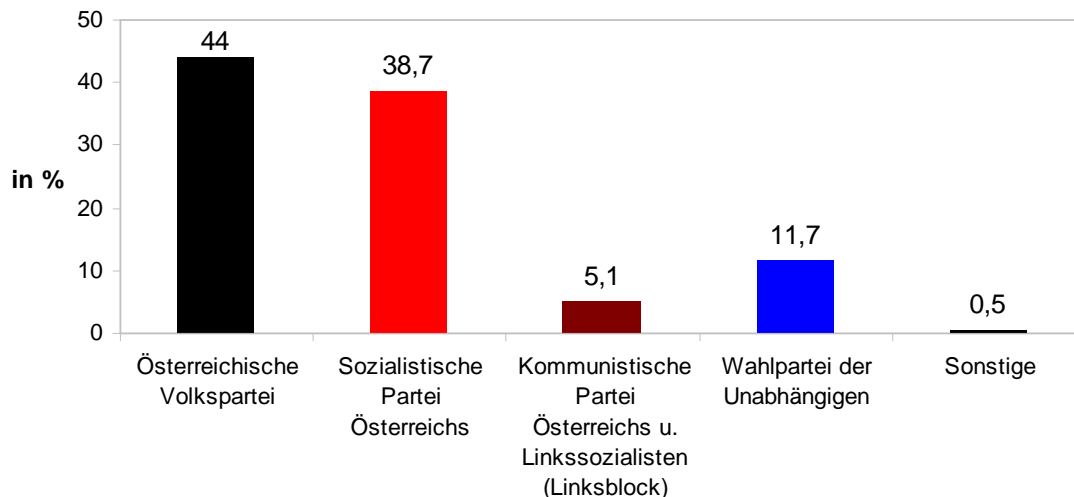
Das Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs aus dem Jahr 1947, in welchem unter anderem auf den Umgang mit den Verbrechen der Nationalsozialisten in Österreich eingegangen wurde;

Das Programm des Verbandes der Unabhängigen (auch Wahlpartei der Unabhängigen), welches 1949 erschien. Diese neue Partei setzte sich im Wesentlichen aus drei Lagern zusammen: dem einstigen deutschnationalen, dem liberal-bürgerlichen und aus den WählerInnen, die weder Sozialdemokraten noch Christdemokraten ihre Stimme geben wollten (vgl. ebd. 484).

Bei den Wahlen von 1945 wurden nur drei Parteien (die Sozialisten, die Volkspartei und die Kommunisten) von den alliierten Besatzungsmächten zugelassen (vgl. u.a. Wickenburg, 1971: 166). Zur Zeit der Veröffentlichung des Programms 1949 waren auch andere Parteien berechtigt, für den Nationalrat zu kandidieren. Die Wahlpartei der Unabhängigen kommt somit bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober 1949 auf 11,7% der Stimmen und wird – zwar abgeschlagen,

jedoch mit doppelt so vielen Stimmen wie die Kommunisten – drittstärkste Kraft in Österreich (Abbildung 6).

**Abbildung 6: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1949**



Daten: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1949.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1949.aspx) - eigene Darstellung

### 5.3.1.2 Analyse des Untersuchungsmaterials

Die politischen und rechtlichen Folgen des Zweiten Weltkriegs sind in dieser Phase deutlich spürbar. Die untersuchten Parteiprogramme gehen unterschiedlich mit der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern um. Auf der einen Seite befindet sich die Österreichische Volkspartei, die auf die „strenge Bestrafung“ (ÖVP, Die programmatischen Leitsätze, 1945, in Berchtold, 1967: 377) der Nationalsozialisten besteht. Ebenso die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die in ihren Forderungen noch weiter geht und in einem härteren Ton ihre Einstellung zu den nationalsozialistischen Verbrechen formuliert:

*„Die imperialistischen Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und büßen nicht nur mit ihrem Kopf, sondern auch mit ihrem Eigentum.“*  
(KPÖ, Programmatische Leitsätze, 1946, in Berchtold, 1967: 319)

Eher versöhnliche Worte findet die Sozialistische Partei Österreichs mit dem Umgang der österreichischen Nationalsozialisten. Sie spricht von der „Sühne der faschistischen und nationalsozialistischen Verbrechen“ und von der „Ein-



gliederung der früheren Mitläufer“ (SPÖ, Aktionsprogramm, 1947, in Berchtold, 1967: 271) in die österreichische Gesellschaft.

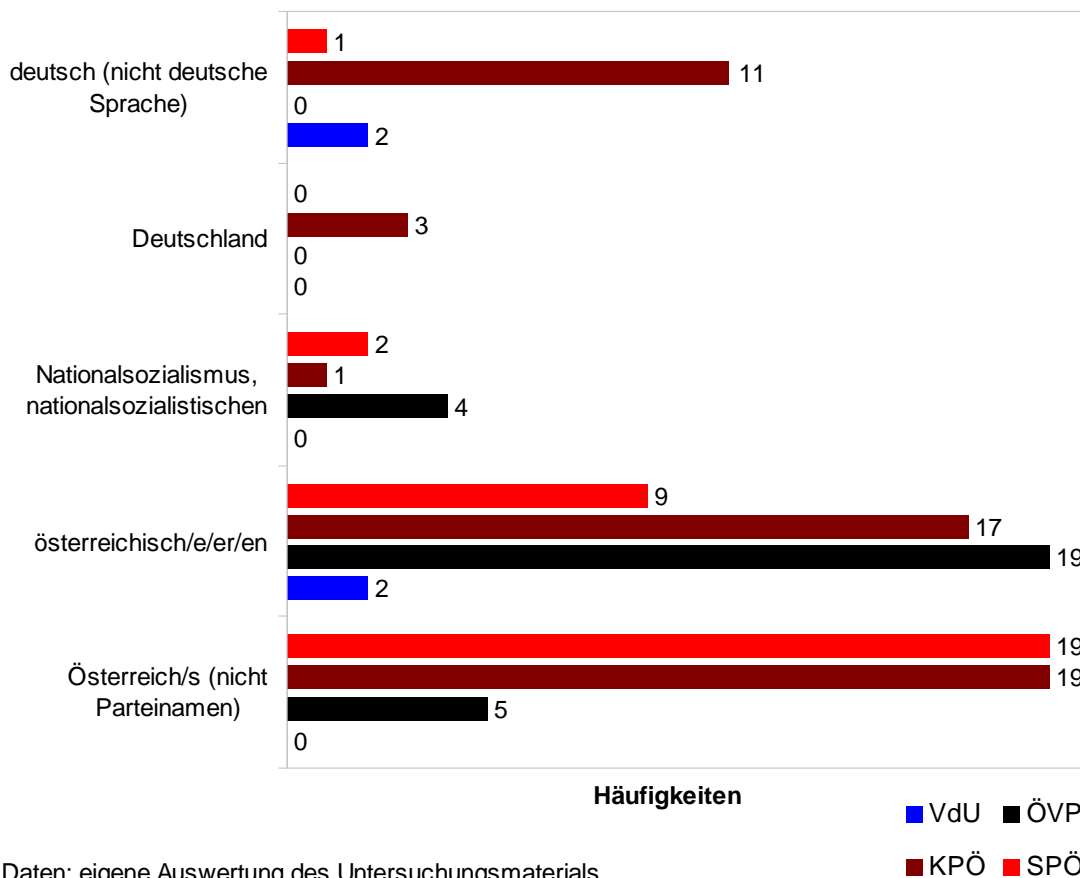
Im Gegensatz zu den anderen Parteien geht der Verband der Unabhängigen (VdU) in seinem Programm nicht direkt auf den Nationalsozialismus und seine rechtlichen Folgen für Österreich ein. Der VdU setzt sich jedoch mit der ‚allgemeinen‘ rechtlichen Lage in Österreich auseinander. Er setzt sich zum einen dafür ein, „keine rückwirkenden Strafgesetze“ zu erlassen, und ist zum anderen gegen die prinzipielle „Auslieferung eines Staatsbürgers an das Ausland“ (VdU, Das Programm, 1949, in Berchtold, 1967: 484).

Der Umgang mit Deutschland und dessen Rolle im Nationalsozialismus ist im Untersuchungsmaterial sehr verschieden. Die ÖVP erwähnt den Nachbarstaat in seinem Programm gar nicht. Die Sozialisten unterscheiden bei ihrem Blick auf das ‚Dritte Reich‘ zwischen Tätern und Mitläufern. Sie lehnen es ab, gesamte „Völker für die Verbrechen herrschender Schichten“ kollektiv zu verurteilen und betrachten „vor dem österreichischen Volk“ das deutsche als erstes Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft (SPÖ, Aktionsprogramm, 1947, in Berchtold, 1967: 270). Der Verband der Unabhängigen bekennt sich – so wie auch die Freiheitliche Partei Österreichs in ihrem 2011 veröffentlichten Programm – „zum deutschen Volkstum“ (VdU, Das Programm, 1949, in Berchtold, 1967: 485) und fordert weiters die „Einbürgerung und gleichberechtigte wirtschaftliche Eingliederung der Volksdeutschen“ (ebd. 488). Die genaue Beziehung zwischen Österreich und Deutschland, wird vom VdU nicht weiter beschrieben.

Die Kommunistische Partei gebraucht insgesamt 14 Mal das Wort ‚Deutschland‘ (mit Wortverbindungen), so oft wie keine andere Partei in der dritten Untersuchungsphase (Abbildung 7). Bei allen erfassten Sätzen mit dem Wort ‚Deutschland‘ (oder deutsch, großdeutsch, Hitlerdeutschland, etc.) wurde immer eine negative Konnotation festgestellt. Es ist vom „großdeutschen Wahn“ (KPÖ, Programmatistische Leitsätze, 1946, in Berchtold, 1967: 320) die Rede, weiters darf Österreich „niemals wieder für deutsche Machtpläne mißbraucht“ werden (ebd. 322) und die „deutsch-faschistische Fremdherrschaft hat unermäßliches Unglück (...) über das ganze österreichische Volk gebracht“ (ebd. 320).

Aus bisher Dargestelltem wird deutlich, dass die Zukunft Österreichs von Seiten der Politik nicht mehr unmittelbar mit der Deutschlands gesehen wird, sondern es erstmals in den bisher analysierten Parteiprogrammen zu einem Umdenken in der Sicht auf die Überlebensfähigkeit des ‚eigenen‘ Staats kommt (vgl. dazu u.a. Glettler, 1996: 55ff.). Obgleich dieser Umstand auf den Druck der Siegermächte zurückzuführen ist (vgl. u.a. Rauchensteiner, 1998: 38f.), ist es der Anfang politischer Mitgestaltung bei der Bildung einer souveränen österreichischen Nation.

**Abbildung 7: Häufigkeitsauszählung (1945-55)**



Politiker, die nach dem Ende der Habsburgermonarchie an der Überlebensfähigkeit einer österreichischen Nation zweifelten (u.a. Karl Renner, 1918 und 1930, nach Heer, 335ff.), sind jetzt davon überzeugt, dass diese nach der Besetzung unabhängig und stabil in Europa bestehen kann.

Speziell die Österreichische Volkspartei, die Sozialisten und die Kommunisten setzen sich in der dritten Untersuchungsphase für ein eigenständiges Österreich ein.

Letztere sehen ‚ihre‘ Chance gekommen und sind daher sehr bemüht Österreich, im Sinne ihres Ideals, zu einer Volksdemokratie zu gestalten (vgl. Berchtold, 1967: 316f.). Sie fordern den „Kampf um ein österreichisches National- und Staatsbewußtsein“ (KPÖ, Programmatische Leitsätze, 1946, in Berchtold, 1967: 321), der sich erst in seinen Anfängen befindet und sehen diesen von ausländischen Konzernen (ebd. 320) bedroht. Für die KPÖ ist die Überwindung der Abhängigkeit von ausländischem Kapital bei gleichzeitiger Festigung des österreichischen Selbstbewusstseins, die Voraussetzung für die Eigenständigkeit der Zweiten Republik. Daher ist für sie die „Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien“ von großer Bedeutung, um sowohl den sozialen als auch den nationalen „Kampf“ gewinnen zu können (ebd. 320f.).

Die Volkspartei bekennt sich zu Österreich und hebt in ihren programmatischen Leitsätzen neben der Einstellung zur Wichtigkeit der Geschichte Österreichs auch den religiösen Charakter des Staates hervor:

*„Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche und der Religionsgemeinschaften im Staate, Abschluß eines den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragenden Staatsvertrages mit der katholischen Kirche, der die Mehrheit der österreichischen Staatsbürger angehört.“ (ÖVP, Die programmatischen Leitsätze, 1945: 377)*

Die Präsenz Österreichs ist deutlich erkennbar, so wurde die Wortverbindung ‚österreichisch/e/er/en‘ gemeinsam mit ‚Österreich‘ im Programm, das vier Seiten umfasst, insgesamt 24 Mal verwendet (Abbildung 7). Die ÖVP ist in dieser Phase darauf bedacht, die österreichische Wirtschaft zu beleben. Sie ist bemüht, durch ihre Leitsätze die ‚Marke Österreich‘ zu kreieren und spricht vom „hingebungsvollen Fleiß“ der ÖsterreicherInnen und von „der in aller Welt anerkannten hohen Qualität der österreichischen Arbeit“ (ebd. 379). Diese Formulierungen können als Signal an die Wirtschaft und an die Produktivität jedes Einzelnen verstanden werden. Diese Stereotypisierung und Generierung einer

typisch österreichischen Charaktereigenschaft bzw. der Erstellung eines Eintrags in eine Art typologisches ‚ÖsterreicherInnen-Regal‘ aus dem Klischees entnommen werden können, wird in späteren Programmen gehäuft vorkommen.

Die Sozialisten sehen Österreichs Zukunft als „frei und neutral“ (SPÖ, Aktionsprogramm, 1947, in Berchtold, 1967: 277) und nehmen damit einen Punkt in ihr Programm auf, den Heinrich Lammasch nach dem Zerfall der Monarchie 1918 schon einmal für Österreich angedacht hatte: Die Idee von einem neutralen Staat in der Mitte Europas. Dieser Entwurf wird aber zur damaligen Zeit von der Politik nicht weiter verfolgt, es überwiegen die Befürworter des Anschlussgedankens (vgl. Verosta, 1986: 41f.). Am Anfang der Zweiten Republik, speziell bei den Verhandlungen zur staatlichen Souveränität, ist das Thema der österreichischen Neutralität elementarer Bestandteil für die Einleitung der Eigenständigkeit Österreichs.

Das kulturpolitische Ziel der Österreichischen Volkspartei in dieser Untersuchungsphase besteht im Versuch einer schnellen Heranbildung eines ‚Österreichbewusstseins‘, um das Ziel eines eigen- und selbstständigen Staates nicht zu gefährden. Der Kulturbegriff, der unter den Nationalsozialisten noch eine komplett andere Auslegung findet, wird nun zur Generierung der österreichischen Nation gebraucht.

In ihren Leitsätzen spricht die ÖVP von der „Pflege des österreichischen Geistes“ von der „Betonung des eigenständigen österreichischen Kulturgutes“ und beruft sich auf das „christlich-abendländische Ideengut“ (ÖVP, Die programmatischen Leitsätze, 1945, in Berchtold, 1967: 377). Eine besondere Rolle spielt dabei die kirchlich-religiöse Auslegung des Kulturbegriffs, so bezeichnet sie die Kirche und die Glaubensgemeinschaften als die „vornehmlichen Kulturträger“, fordert den „Schutz ihrer Kultureinrichtungen und Kulturdenkmäler“ und strebt die Zurückgabe des unter nationalsozialistischer Herrschaft „geraubten kirchlichen Vermögens“ (ebd. 377f.) an.

Der Verband der Unabhängigen setzt sich für die Förderung von Wissenschaft und Kunst ein und bekundet seinen „Stolz auf die schöpferischen Kräfte“ des

Volkes (VdU, Das Programm, 1949, in Berchtold, 1967: 488). Er bekennt sich aber – zumindest in diesem Programm – nicht explizit zu einer ‚österreichischen Kultur‘. Es wird auch nicht dezidiert von ‚der‘ oder von einer ‚deutschen Kultur‘ geschrieben, es ist von „unserer überlieferten Kultur“ die Rede (vgl. ebd.). Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass zwei Seiten zuvor das ‚Bekenntnis zum deutschen Volkstum‘ festgehalten wird. Des Weiteren ist anzumerken, dass ‚Österreich‘ (auch alle Wortverbindungen wurden berücksichtigt) nur zwei Mal im gesamten Programm vorkommt. Einerseits im Zusammenhang mit Agrarpolitik (vgl. ebd. 486) und andererseits in Verbindung mit der besseren Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte (vgl. ebd. 487). Damit ist nicht gesagt, dass der VdU sich nicht für eine selbstständige österreichische Nation oder Kultur einsetzt, jedoch fällt eine Zurückhaltung bei der schriftlichen Verwendung ‚Österreichs‘ auf (vgl. Abbildung 7).

Die Sozialisten sehen in der Förderung von Kulturorganisationen u.a. einen gesellschaftlichen Mehrwert für die österreichischen Arbeiter (vgl. SPÖ, Aktionsprogramm, 1947, in Berchtold, 1967: 271). Diese fänden dadurch einen „Ausgleich gegen die schädliche Wirkung der Arbeitsmechanisierung“ (ebd.), die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise ist auch am Anfang der Zweiten Republik nicht verstummt. Ein ‚Bild von Österreich‘ ist in diesem Programm besonders auffallend, so sehen die Sozialisten im Tourismus ein mögliches Investitionspotential für die heimische Wirtschaft gegeben. In ihrem Programm klingt das wie eine Werbebotschaft: „Österreich soll zu einem Erholungsland Europas werden“ (ebd. 274).

Für die beiden stimmenstärksten Parteien in dieser Phase, der ÖVP und der SPÖ, ist die Rolle der Schulbildung für die Identifikation der SchülerInnen mit ihrem ‚neuen‘ Land von großer Bedeutung. Die Volkspartei formuliert diese Einstellung in ihren Leitsätzen folgendermaßen:

*„In den Schulen aller Stufen, einschließlich der Fachschulen, restlose Durchdringung des Unterrichtes mit österreichischem Gedankengut und Heranbildung der Jugend zu bedingungslosen Österreichern.“* (ÖVP, Die programmatischen Leitsätze, 1945, in Berchtold, 1967: 378)

Neben dieser Forderung, setzt sich die Volkspartei für die „rascheste Herausgabe österreichischer Lehrbücher“ (ebd.) ein.

Die Sozialisten legen ebenfalls großen Wert auf die Erziehung der österreichischen Jugend:

*„Die Sozialistische Partei wird die Schulreform im Sinne sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Gesinnungsbildung und lebensnaher Ertüchtigung fortsetzen, um die Jugend zu fester innerer Verbundenheit mit der Republik Österreich und zur Friedensgesinnung zu erziehen sowie in ihr Verständnis für andere Völker zu erwecken.“* (SPÖ, Aktionsprogramm, 1947, in Berchtold, 1967: 276)

Sowohl die Volkspartei als auch die Sozialdemokraten sehen in der Bildung, beginnend mit der Volksschule, die Rolle eines Fundaments, auf dem das ‚Österreichbewusstsein‘ für die Zukunft aufgebaut werden muss.

Anhand des bisher Dokumentierten ist der von Anderson beschriebene „offizielle Nationalismus“ (Anderson, 1988: 113), der von der Politik nach den Schlüsseljahren 1918 und 1945 verordnet wurde (vgl. ebd.), für Österreich in der dritten Untersuchungsphase deutlich erkennbar. Die politischen Anstrengungen, mittels Kultur- und bildungspolitischer Maßnahmen, die Abgrenzung von Deutschland und die (positive) Anwendung und Anhäufung des Begriffs Österreich, lassen diesen Schluss zu.

## 5.4 Vierte Phase – Staatsvertrag, 1970er Jahre und aktuell

**Tabelle 7: Die vierte Untersuchungsphase**

<i>Erste Phase</i>	<i>Zweite Phase</i>	<i>Dritte Phase</i>	<i>Vierte Phase</i>
Deutschösterreich	Erste Republik	Zweite Republik	
12.11.1918 bis 10.9.1919	10.9.1919 bis 1.5.1934	27.4.1945 bis 15.5.1955	15.5.1955 bis heute

Die bisherigen Untersuchungsphasen decken eine relativ kurze Zeitspanne ab. Anders die vierte Phase, hier wurde bewusst ein großer Zeitraum gewählt. In späterer Folge wird sich zeigen, dass durch eine Dreiteilung dieser Periode eine übersichtliche Darstellung der Veränderungen der Parteien dennoch gegeben sein wird. Der Beginn dieser Phase wird mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 und der damit verbundenen Souveränität Österreichs festgesetzt. Aus dieser endgültigen ‚Geburtsstunde‘ Österreichs wurden die drei ersten nach 1955 erschienenen Programme analysiert. Aus den 1970er Jahren wurden ebenfalls drei Parteiprogramme untersucht. Den Abschluss der vierten Phase machen die gegenwärtig gültigen Parteiprogramme aller derzeit im Parlament vertretenen Parteien.

### 5.4.1 Österreich nach dem Staatsvertrag (A)

Einleitend zu dieser Untersuchungsphase dient der Blick auf eine Umfrage, die zum österreichischen Nationalbewusstsein 1981 erstellt wurde. Aus dieser lässt sich deutlich erkennen, dass am Anfang der vierten Untersuchungsphase ein sehr ambivalentes Bild von der österreichischen Nation vorherrschte. 1956 geben 49% der Befragten an, dass Österreich entweder schon eine Nation ist, oder dabei ist sich, zu einer zu entwickeln (vgl. Tabelle 8). 1964 sind es 70%. Gleichzeitig ist die Verneinung, dass Österreich keine Nation ist, von 46% (1956) auf 15% im Jahr 1964 gesunken. Es hat sich also eine Art ‚Österreichbewusstsein‘ entwickelt. Auch wenn dieses nicht näher mit dem Untersu-

chungsmaterial untermauert werden kann, so spricht es doch für die Annahme, dass die Politik in dieser Zeitspanne maßgeblich mit dem Wiederaufbau Österreichs und dem Aufbau einer Nation beschäftigt war.

**Tabelle 8: Das österreichische Nationalbewusstsein in der öffentlichen Meinung (in Prozent)**

	1956	1964	1970	1980
Österreich ist eine Nation		47	66	67
	49*			
Österreich beginnt sich langsam als Nation zu fühlen		23	16	19
Österreich ist keine Nation	46	15	8	11
Weiß nicht / k.A.	5	15	10	3
	100	100	100	100

\* Der Wert ist im Original ebenfalls nicht getrennt dargestellt.

Daten: Lazarsfeldgesellschaft, Nationalbewusstsein, 1981 - eigene Darstellung

### 5.4.1.1 Untersuchungsmaterial und Parteien

Zwei Jahre nach der Gründung der FPÖ wurden die ‚Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich‘ 1957 beschlossen. Ein Jahr zuvor sahen sich die Freiheitlichen mit massiver Kritik aus den eigenen Reihen konfrontiert: Zwei Mitgründer des Verbands der Unabhängigen – der Vorgängerorganisation der FPÖ – begründeten ihren Austritt aus der ‚neuen‘ Partei mit dem Aufstieg des „Nazi-geist(es)“ in deren Reihen (vgl. Wiener Montag<sup>13</sup> vom 23.4.1956, nach Eppel / Lotter, 1981: 87). Unabhängig von dieser öffentlichen Diskussion sollten die Richtlinien dafür sorgen, dass der Aufbau der Partei endgültig abgeschlossen wird (vgl. Berchtold, 1967: 494).

Das ‚Neue Parteiprogramm‘ der Sozialistischen Partei Österreichs wurde ebenfalls analysiert. Dieses wurde 1958, nach langen Diskussionen und nach „über

<sup>13</sup> Der ‚Wiener Montag‘ eine Wiener Wochenzeitung, wurde in Studien über Antisemitismus in Österreich kritisch erwähnt (vgl. u.a. Wassermann, 2002).



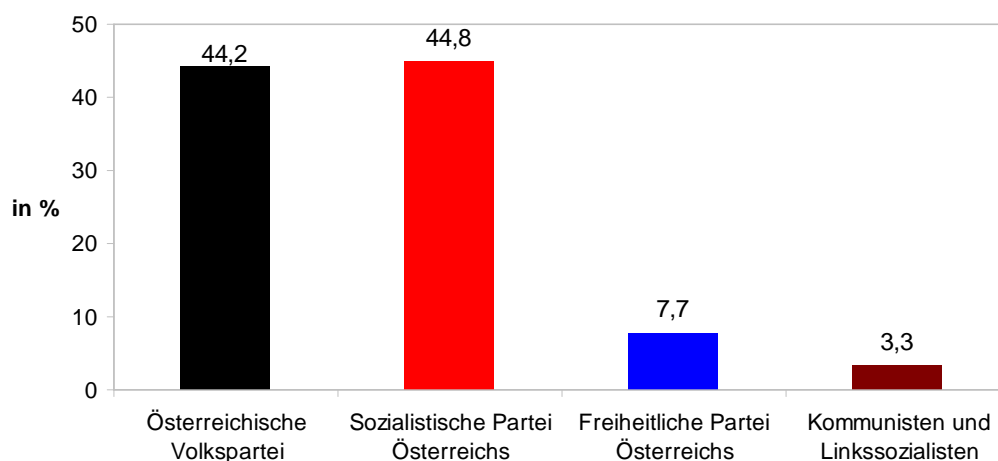
1000 Abänderungsanträgen“ (Eppel / Lotter, 1981: 58) beschlossen. Dieses Programm sollte auch Signal an die Kirche und an die religiöse WählerInnenenschaft sein. So wurde Otto Probst – damals Zentralsekretär der SPÖ – im Kurier folgendermaßen zitiert:

*„Ein katholischer Taufschein und ein sozialistischer Stimmzettel in einer Hand sind nicht mehr widersprechend.“* (Kurier vom 22.11.1957, nach ebd. 58)

Potentielle WählerInnen und die, die aus religiösen Beweggründen eine andere Partei bevorzugen würden, sollten mit diesem Programm und diesen Aussagen gewonnen oder umgestimmt werden.

Das Grundsatzprogramm ‚Was wir wollen‘, der Österreichischen Volkspartei wurde ebenfalls 1958 beschlossen. Mit diesem sollte auf die veränderten Umstände in der österreichischen Politik nach dem Staatsvertrag eingegangen werden (vgl. Berchtold, 1967: 386).

**Abbildung 8: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 10. Mai 1959**



Daten: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1959.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1959.aspx) - eigene Darstellung

Aus der zweiten Nationalratswahl, die in dieser Untersuchungsphase stattgefunden hat, geht zwar die SPÖ als prozentueller Wahlsieger hervor, jedoch wurde aufgrund der damals gültigen Wahlarithmetik Leopold Figl von der Volkspartei zum Bundeskanzler ernannt (vgl. u.a. Fischer, 1998: 266). Die Freiheitliche Partei Österreichs die nach 1956 zum zweiten Mal antrat, zog eben-

falls in den Nationalrat ein. Obwohl sich die Kommunisten und Linksozialen zusammenschlossen, scheiterten sie an der 5-Prozent-Hürde (Abbildung 8).

#### **5.4.1.2 Die Begriffe Neutralität, Internationalität und Nation**

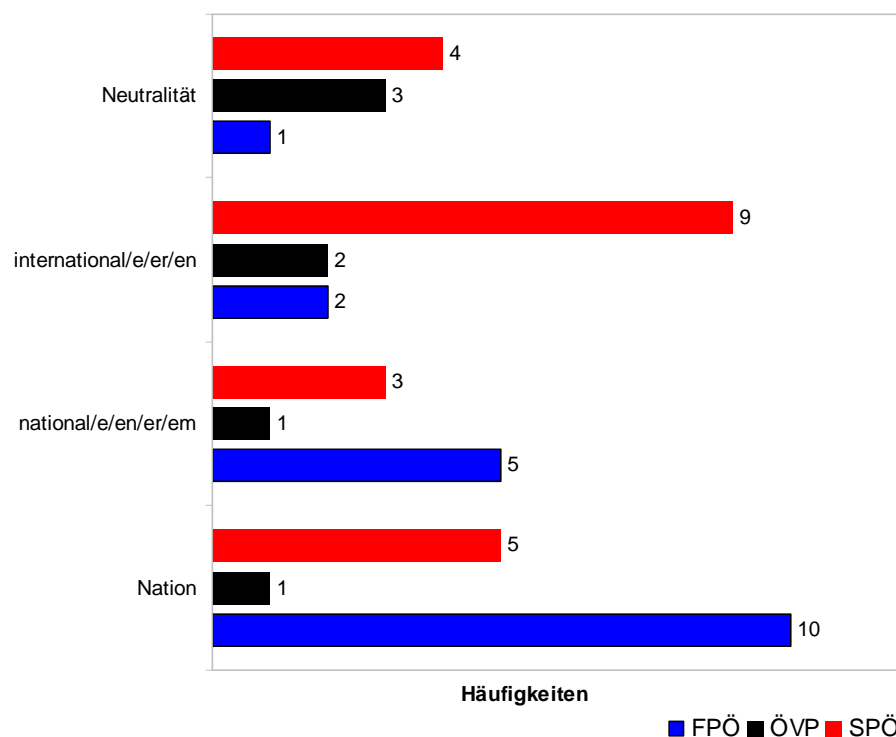
Die politisch-diplomatische Ausgangsstellung bei den Verhandlungen zur Souveränität Österreichs war von der zukünftigen Neutralität des Landes geprägt. Dieser für die künftige nationale Identität wesentliche Bezugspunkt (vgl. u.a. Haller / Gruber, 1996: 89f.) wurde als Lösung für das Problem der Zukunftsrolle Österreichs betrachtet. So standen noch immer die Befürchtungen der Alliierten, dass Österreich den Anschluss an Deutschland suche, im Raum (vgl. Gehler, 1996: 339). Diese wurden schließlich mit der immerwährenden Neutralität Österreichs beseitigt.

Neben dem klaren Bekenntnis der neutralen Rolle Österreichs macht die Sozialistische Partei auf die möglicherweise sich daraus ergebende „Gesinnungslosigkeit“ (SPÖ, Neue Parteiprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 291) aufmerksam. Sie plädiert daher unter anderem dafür, sich gegen die „Einschränkung demokratischer Grundrechte und Verpflichtungen, wie insbesondere des Asylrechtes“ (ebd.) zu wehren. Diese Grundhaltung unterscheidet die Sozialisten von den Freiheitlichen, die eine tendenziell parteilose Position in der Neutralitätspolitik einschlagen. Sie schreiben in diesem Zusammenhang von „bewaffneten Konflikten anderer Staaten“, aus denen sie sich „herauszuhalten“ haben (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957, in Berchtold, 1967: 509). Des Weiteren weisen sie darauf hin, dass sich aus der geopolitischen Lage Österreichs gewisse ‚Gefahren‘ ergeben und somit der Aufbau militärischer Einrichtungen und der Verteidigung gewährleistet werden muss (vgl. ebd.).

Die Volkspartei ist der Neutralität gegenüber positiv eingestellt. Sie befürchtet durch die ‚neue‘ Rolle Österreichs keine außenpolitischen Einschränkungen und schreibt sogar von „den großen internationalen Friedensaufgaben“ an denen Österreich nun teilnehmen könne (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 396). Damit verbindet sie auch das Engagement Österreichs

bei den Vereinten Nationen, denen gegenüber sie positiv eingestellt ist und „das Eintreten für die Rechte der Südtiroler Volksgruppen“, denen sie sich verbunden sieht (ebd. 397). Südtirol wird in allen untersuchten Programmen behandelt, die Gewichtung ist jedoch verschieden. So sieht die FPÖ den „Kampfe Österreichs um die Rechte des Südtiroler Deutschtums“ (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957, in Berchtold: 497), wohingegen sich die SPÖ sehr diplomatisch zu diesem Thema äußert, indem sie „die Anerkennung und Respektierung der Rechte der Südtiroler Bevölkerung“ fordert, wobei dieses „im Geiste der europäischen Verständigung“ (SPÖ, Neue Parteiprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 290) geschehen soll.

**Abbildung 9: Häufigkeitsauszählung (nach 1955)**



Neben der Häufigkeit des Begriffs ‚Neutralität‘ (Wortverbindungen wurden berücksichtigt), kann aus Abbildung 9 auch die Gewichtung der ‚Internationalität‘ der Parteien entnommen werden. Neben einer internationalen Rechtsordnung, die die Freiheit aller Völker (vgl. ebd. 289) zur Grundlage hat, sieht die SPÖ den „Vorrang der internationalen Zusammenarbeit gegenüber nationaler Selbstsucht“ (ebd.) als wesentlichsten Standpunkt für ihr politisches Handeln an. Die

Zukunft des Kontinents beschreiben sie, als Gemeinschaft Vereinigter Staaten Europas (vgl. ebd. 290).

Die Freiheitlichen setzen sich für den staatlichen und „völkischen Freiheitsanspruch“ ein und schließen somit „jeden Herrschaftsanspruch gegenüber anderen aus“ (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957, in Berchtold: 508). Weiters bekennen sie sich zu den Vereinten Nationen, auf die Vereinigten Staaten von Europa nehmen sie in ihrem Programm nicht explizit Bezug, jedoch befürworten sie den „Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (ebd. 504). Die Volkspartei schreibt zwar nicht explizit von den Vereinigten Staaten Europas, sieht aber dennoch die wirtschaftliche Zukunft in der Einigung Europas (vgl. ÖVP, Grundsatzprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 393).

Im Gegensatz zur Internationalität der Parteien ist aufgrund der deutlichen Anhäufung des Begriffs ‚Nation‘ (oder seinen Wortverbindungen), eher davon auszugehen, dass sich die Freiheitlichen auf die Interessen Österreichs eingestellt haben und die Außenpolitik eher vernachlässigen. Exemplarisch für diesen Umstand ist die Sicht der FPÖ auf die eigene Nation in folgendem Auszug aus ihren Richtlinien:

*„Das Verbindende unter den europäischen Völkern ist stärker als das Trennende, wenn man nur die Kraft hat, alte Haßgefühle zu überwinden und aus der tragischen Entwicklung der europäischen Geschichte die richtigen Folgerungen zu ziehen. Hierzu gehört die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und die Bereitschaft, das Ursprüngliche und Eigentümliche jeder Nation anzuerkennen und zu achten.“* (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957, in Berchtold: 496)

Aus dieser Textstelle gehen mehrere Einstellungen der Freiheitlichen hervor; einerseits ist ein Bekenntnis zu einer europäischen Gemeinschaft festzustellen, andererseits wird nicht nur die Eigenständigkeit der Nationen, sondern auch auf deren Eigenart und Identität eingegangen.

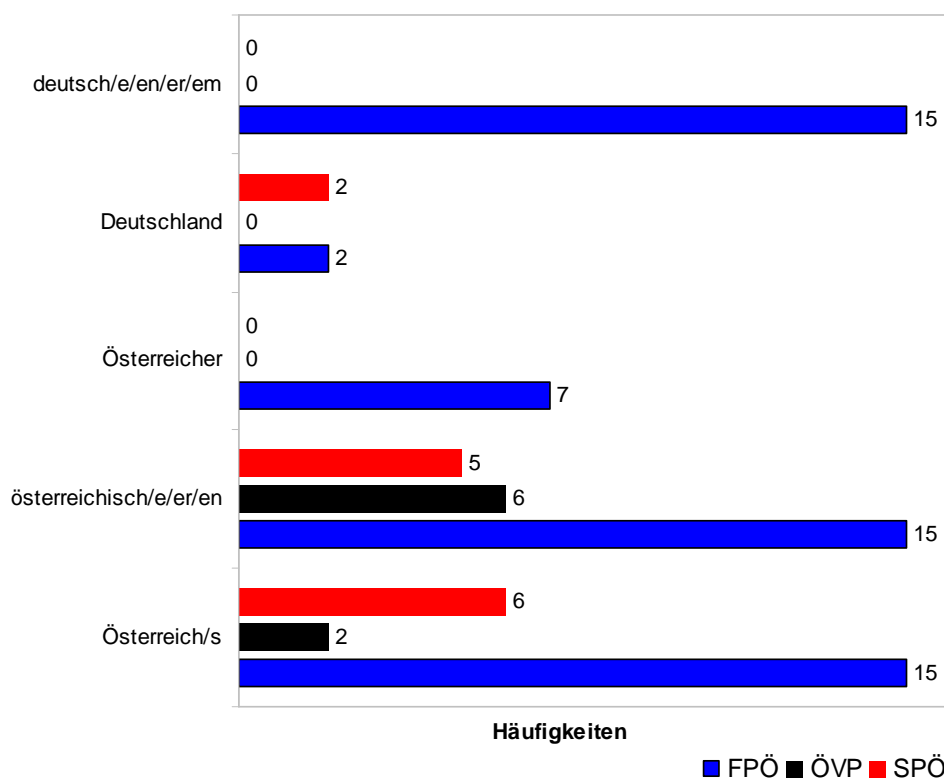
Mit der Neutralität hat die Politik in Österreich zwar einen wesentlichen ‚identitätsstiftenden‘ Baustein, vorgesetzt bekommen – wie es die Ausführungen oben schon behandelt haben –, jedoch auf diesem schließlich ein neues politisches

(Selbst-)Bewusstsein aufbauen können. Die Strahlkraft die von ihr ausgeht, hat zwar heute einen geringeren Einfluss auf die politische Landschaft Österreichs, jedoch spielte sie noch in den 1990er Jahren eine bedeutende Rolle bei der Identifikation der ÖsterreicherInnen mit ihrer Nation (vgl. Haller et al., 1996).

### 5.4.1.3 Die Begriffe Österreich und Deutschland

Berücksichtigt man jedoch auch die formal-deskriptiv erfassten Begriffe ‚Österreich‘ und ‚Deutschland‘ mit deren jeweiligen Wortverbindungen, ergibt dies ein neues Bild der FPÖ auf die eigene Nation (Abbildung 10).

**Abbildung 10: Häufigkeitsauszählung (nach 1955)**



Im Gegensatz zu allen anderen untersuchten Parteien aus dieser Phase sind es die Freiheitlichen, die sich der „Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind“ (ebd.) verschrieben haben. Dieses klare Bekenntnis der „Zugehörigkeit“ zum „deutschen Volke“ (ebd.) ver-

deutlichen sie noch, indem sie die rechtliche und geschichtliche Eigenständigkeit Österreichs untergraben: „Die ‚österreichische Nation‘ ist dagegen erst im Jahre 1945 erfunden worden“ und weiter ist es „ein Vorgehen, wie es europafeindlicher nicht gedacht werden kann, wenn man versucht, die tausendjährige, in Abstammung, Geschichte und Kultur begründete Verbundenheit der Österreicher mit dem deutschen Volk zu zerreißen“ (ebd. 497). Zwei verschiedene Nationskonzepte lassen sich mit dem eben aufgezählten Argumenten der FPÖ verknüpfen. Zum einen der Gedanke Andersons, dass jede Nation eine neuzeitliche Erfindung darstellt (vgl. Anderson, 1988: 15ff.), zum anderen, dass der Ursprung Österreichs eine Volksgemeinschaft – im Sinne von Waldemar Mitscherlich – die „durch natürliche Bande zusammengehalten“ (Mitscherlich, 1931, nach Prisching, 1994: 28) wird, darstellt und nicht erst durch den „politischen Willen“ (ebd.) geformt wurde.

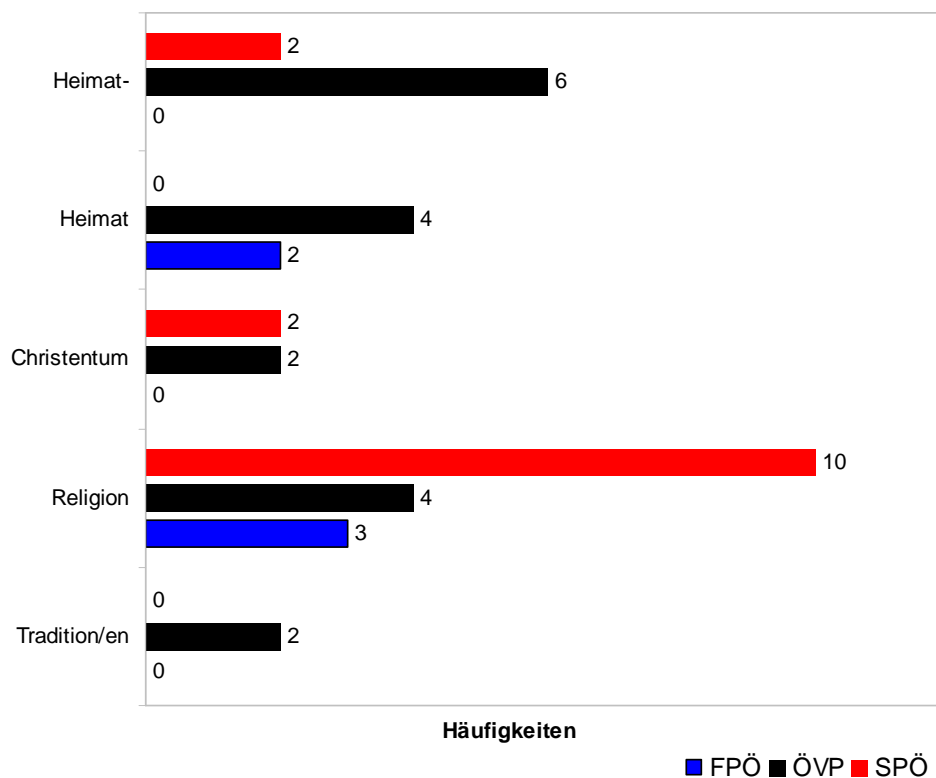
Die Sozialisten, die sich ebenfalls mit Deutschland in ihrem Programm auseinandersetzen, beziehen sich auf ein anderes Thema. Sie schreiben von der „friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“, ohne den es „keinen dauernden Frieden in der Welt geben“ (SPÖ, Neue Parteiprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 290) könne. Dieser Wunsch sollte bekanntlich erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1989 erfüllt werden. Die Volkspartei hingegen vermeidet jede Erwähnung Deutschlands.

#### **5.4.1.4 Die Begriffe Religion, Heimat und Tradition**

Anhand von Abbildung 11 ist die eingangs in dieser Untersuchungsphase erwähnte ‚Öffnung‘ der Sozialisten gegenüber der religiösen Wählergruppen deutlich erkennbar. Am aussagekräftigsten belegt dies ein – beinahe als Aufruf zu deutender – Auszug aus ihrem Programm:

*„Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze. Jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein.“* (SPÖ, Neue Parteiprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 289)

Abbildung 11: Häufigkeitsauszählung (nach 1955)



Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Nach Béla Rásky ist es der „staatspolitische Wille“ (Rásky, 2007: 53) der die Bausteine Religion, Tradition, Kultur u.a., zusammenhält und ihnen gegenüber Offenheit signalisieren muss, um ein dauerhaftes Gebilde einer Nation zu festigen. Diese These trifft nicht nur auf die SPÖ zu, auch aus den Programmen der anderen Fraktionen lassen sich ähnliche Gewichtungen erkennen.

Die Volkspartei bekennt sich zu ihren religiösen Werten und beruft sich auf das „Vätererbe“ der „christlich-abendländischen Kultur“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 388). Des Weiteren tritt sie für den frei wählbaren Zugang zum Religionsunterricht in den Schulen ein (vgl. ebd. 389). Außerdem soll die Schule dafür Sorge tragen, dass die „Achtung vor den Traditionen“ von der „großen Vergangenheit“ (ebd.) gewährleistet wird, sowie die Erziehung der Jugend zu „ihrer Heimat“, die sie „schätzen und lieben gelernt haben“ (ebd.). Der Aufbau des Nationalbewusstseins beginnt demnach in der Schule und die Geschichte Österreichs dient als Fundament auf dem dieses aufgebaut wird.

Die Freiheitliche Partei bezeichnet die Schule als „Mittel zur Erziehung (...) auf der Grundlage eines gesunden Volksbewußtseins, der abendländischen Ethik und des Gedankengutes des Humanismus“ (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957: 501).

**Tabelle 9: Positionen der Parteien zu analysierten Themen (nach 1955)**

	Neutralität	österreichische Kultur	deutsche Kultur	abendländische Kultur	Tradition
FPÖ	~	0	+	+	0
ÖVP	+	0	0	+	+
SPÖ	+	0	0	0	0

*Legende: + positiv/dafür, - negativ/dagegen, ~ neutral/keine Parteinarbeit, 0 keine Aussage/Nennung*

Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Um ein wesentliches Faktum in der Einstellung zur Bildungspolitik der FPÖ aufzuzeigen, sei hier ein Absatz aus ihren Richtlinien angeführt:

*„Wir bekämpfen auf das Entschiedenste, daß unserer Jugend derzeit in den Schulen vielfach ein unrichtiges Bild der Geschichte unseres Volkes gegeben und daß ihr dort eine völlig falsche Einstellung gegenüber Volk und Staat gelehrt wird. Weiters bekämpfen wir es, wenn in den Schulen wie überhaupt in der Öffentlichkeit Kunstrichtungen verherrlicht werden, die mit dem Schönheitsideal unseres Volkes und des Abendlandes im Widerspruch stehen und von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt werden.“* (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957: 502)

Aus diesen Zeilen gehen mehrere Anschauungen hervor. Obwohl die FPÖ nicht näher auf das ‚falsche‘ Geschichtsbild eingeht, erinnert dies an den ‚Opfermythos‘, auf den schon zu Beginn des Kapitels 5.3 und in Kapitel 3.2.1 eingegangen wurde. Diese Formulierungen erinnern stark an die Programme des deutsch-nationalen Lagers aus der Zeit vor 1945. Politisch sehen die Freiheitlichen die Familie nicht nur als Grundlage ökonomischer Interessen, sondern „vor allem (als) Träger und Mehrer“ des „völkischen und kulturellen Erbes“



(FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957: 499). In der Muttersprache sehen sie „die erste Grundlage“ einer „ererbten Kultur“, die ebendiese sowie das „Volksbewußtsein“ stärkt (ebd. 500), dabei schreiben sie in diesem Zusammenhang nicht von einer österreichischen Nation, Charakter oder dergleichen.

Im Gegensatz zur FPÖ, die die ‚Heimat‘ in ihrem Programm bedroht sieht (ebd. 494) und dadurch diese eher mit den Begriffen Gefahr und Sicherheit in Verbindung bringt, haben die Sozialisten und die Volkspartei ein dem entgegengesetztes Bild.

Letztgenannte sieht im föderalistisch aufgebauten Österreich den wesentlichen Grundstein gelegt, eine „Stärkung des Heimatbewußtseins“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 399) zu ermöglichen. Neben diesem Bekenntnis zur Forcierung der Regionalität setzt sich die ÖVP auch für ihre Klientel aus dem ländlichen Gebiet und dem bäuerlichen Leben ein. Folgender Auszug beinhaltet den Blick der Volkspartei auf die dörflichen Strukturen in Österreich und die Maßnahmen, wie diese zu erhalten sind:

*„Das Dorf als natürlichste und gesündeste Siedlungsform darf nicht zur bloßen Wohnstätte degradiert werden, sondern muß ein Lebenszentrum bleiben. Deshalb sind die der Volksbildung und Pflege des Brauchtums dienenden Einrichtungen besonders zu fordern. Dabei wird die Kirche immer jener Kraftquell höherer Ordnung bleiben, dessen der bäuerliche Mensch in seinem Daseinskampf bedarf.“ (ebd. 395)*

Die Sozialisten sprechen zwar nicht von Heimatbewusstsein, jedoch vom „Heimatgefühl“ und gehen damit auf die „Selbstverwaltung im kleinen Kreis“ ein, deren Förderung für sie ein wesentlicher Bestandteil des Demokratisierungsprozesses darstellt. (vgl. SPÖ, Neue Parteiprogramm, 1958, in Berchtold, 1967: 287)

Zusammenfassend sind aus dieser Untersuchungsphase mehrere Punkte hervorzuheben, die aufgrund der Analyse von Bedeutung erscheinen. Sowohl ÖVP als auch SPÖ setzen in ihren Programmen bei der Generierung eines ‚Nationalbewusstsein‘ auf bildungs- und kulturpolitische Maßnahmen. Die Freiheitli-

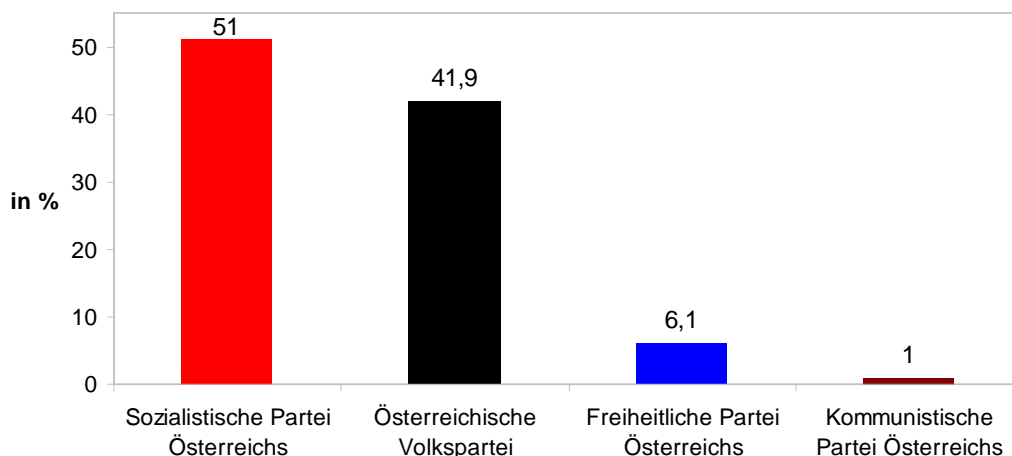
che Partei bekennt sich zwar zur „Eigenstaatlichkeit Österreichs“, sieht dies als „politische Tatsache“ (FPÖ, Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957, in Berchtold, 1967: 496) gegeben, jedoch bekennt sie sich ebenfalls zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ (ebd.). Für sie ist dieser Umstand kein Widerspruch in sich, sondern kann als deren Verständnis von kultureller Verbundenheit angesehen werden. Von einem österreichischen Nationalbewusstsein spricht die FPÖ in ihrem Programm nicht.

## 5.4.2 Österreich in den 1970er Jahren (B)

### 5.4.2.1 Untersuchungsmaterial und Parteien

Der Beginn dieser Untersuchungsphase ist von weitreichenden politischen Veränderungen in Österreich geprägt. Die Sozialistische Partei stellt, unterstützt durch die Freiheitlichen, zum ersten Mal nach Karl Renner, der 1945 die provisorische Regierung leitet, wieder einen Bundeskanzler.

**Abbildung 12: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 6. Mai 1979**



Daten: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/NRW\\_1979.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1979.aspx) - eigene Darstellung

Die Ära Bruno Kreisky beginnt. 1971 kommt es zu Neuwahlen, durch diese erhält die SPÖ die Absolute Mehrheit der Stimmen und bildet somit eine Alleinre-

gierung, die durch zwei Nationalratswahlen (1975 und 1979) hindurch bis 1983 bestätigt wird.

Aus dieser Phase wurden ebenfalls drei Programme untersucht. Die Volkspartei veröffentlicht 1972 das ‚Salzburger Programm‘. Ein Jahr später beschließt die FPÖ die ‚Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich‘. Schließlich folgen die Sozialisten, deren letztes Programm 1966 herausgegeben wurde, mit ihrem ‚Neuen Parteiprogramm‘ aus dem Jahr 1978.

#### 5.4.2.2 Die Begriffe Tradition, Kultur und Kunst

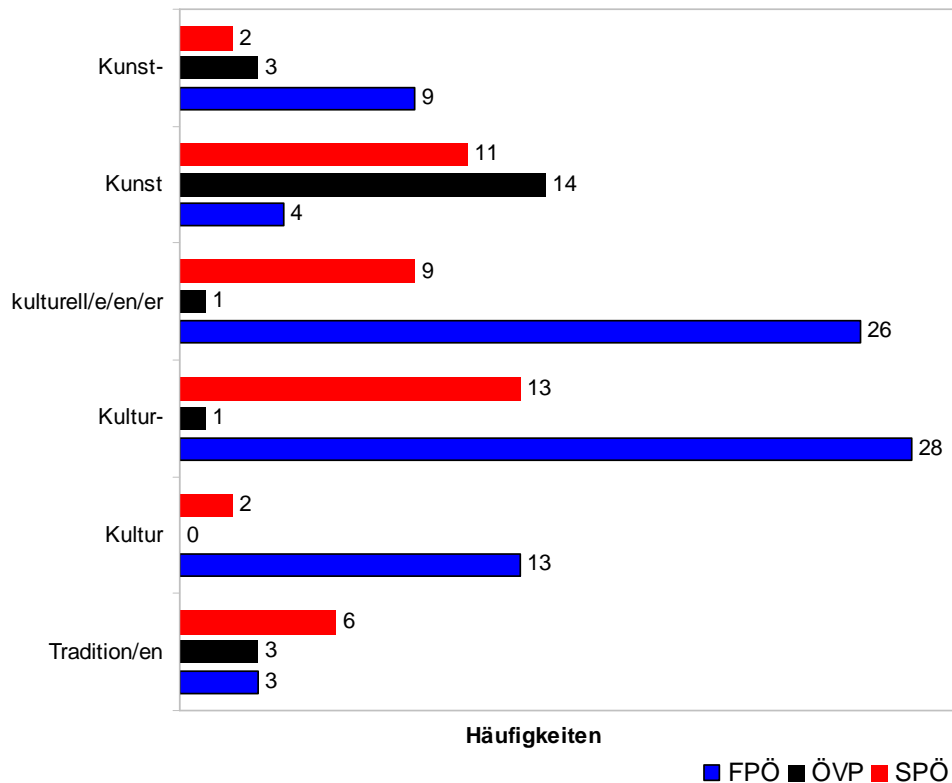
Hat in der eben vorangegangenen Untersuchungsphase nur die Volkspartei von Traditionen gesprochen, so zeigt sich nun ein anderes Bild der Anwendung dieses Begriffs. Sowohl die Sozialisten als auch die Volkspartei stellen einen direkten Bezug zwischen Kultur und Tradition her. Neben dem Bekenntnis zu Österreich beinhaltet der folgende Auszug noch einen weiteren wesentlichen Themenschwerpunkt, den sich die ÖVP mit der SPÖ zu teilen scheint, die diplomatischen und internationalen Bemühungen der Vermittlerrolle Österreichs sollen vorangetrieben werden. Auf diesen Punkt wird später noch näher eingegangen werden:

*„Wir glauben an die Zukunft Österreichs. Seine geographische Lage, kulturelle Tradition und Eigenständigkeit werten wir ebenso als Chance wie die unserem Volk eigenen Begabungen und seine in langer Geschichte erworbene Fähigkeit zu völkerverbindendem Handeln.“ (ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 38)*

Die Sozialisten fordern im Kapitel ‚Kunst‘ ihres Programms die „Bewahrung der kulturellen Werte der Vergangenheit“ und sprechen des Weiteren von der „Kulturtradition“, die „durch ständige kritische Auseinandersetzung lebendig gehalten werden“ muss (SPÖ, Neues Programm, 1978: 74). Ihrer Ansicht nach kann nur so die „kulturelle Weiterentwicklung“ (ebd.) garantiert werden.

Aus der formal-deskriptiven Erhebung (Abbildung 13) wird ersichtlich, wie sehr sich die Freiheitlichen, im Gegensatz zu den anderen Parteien, mit dem Begriff ‚Kultur‘ und dessen Wortverbindungen beschäftigen.

**Abbildung 13: Häufigkeitsauszählung (1970er Jahre)**



Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Folgender Auszug behandelt zwei Punkte, die von den Freiheitlichen im Kapitel „Der Mensch in der Bildungs- und Kulturgesellschaft“ (FPÖ, Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, 1973, in Reiter, 1982: 103) thematisiert werden: Zum einen ihre Sicht auf die Sprache einer Nation und zum anderen die direkte Funktion Österreichs bei der Generierung von dieser.

*„Die Sprache ist nicht nur Verständigungsmittel, sondern das wertvollste Kulturgut, über das ein Volk verfügt. (...) Österreich soll auch in Zukunft seine traditionelle Aufgabe der Pflege der deutschen Sprache wahren.“*  
(ebd. 107)

Es ist eben die Sprache einer Nation<sup>14</sup>, die neben einer Abgrenzung gegenüber anderen Nationen auch die für die nationale Identität notwendige Voraussetzung gestellt hat, damit sich überhaupt der Nationengedanke durchsetzen konnte (vgl. Anderson, 1988: 90).

Weiters teilt die FPÖ Österreich die „große Aufgabe“ zu, „weltweit zu einem Träger und Mittler deutscher und europäischer Kultur zu werden“ (ebd.). Wie schon in den anderen untersuchten Parteiprogrammen der FPÖ, ist auch in dieser Untersuchungsphase das Bekenntnis enthalten, ein Teil der deutschen Kulturgemeinschaft (vgl. ebd. 98) zu sein. Die Freiheitlichen sehen „das Volk als natürliche Gemeinschaft“, welches „durch Abstammung verbunden“ ist und durch ihre „gemeinsame Sprache und Kultur“ charakterisiert sei (ebd. 98). In ihrem Programm diagnostizieren sie dem Nationalstaat keine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Dieser kann „seine Existenzsicherung“ (ebd.) nur dann wahren, wenn er „mit anderen Völkern“ (ebd.) zusammenarbeitet. Es handelt sich hierbei um die ökonomische transnationale Einstellung der Partei, die sich von den anderen Parteien nicht wesentlich unterscheidet.

Die Volkspartei sieht Österreich als einen „Erholungsraum in Europa“ (ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 38), der eine – worauf später noch eingegangen wird – internationale Funktion zu erfüllen hat. Die Freiheitlichen schreiben Österreich ebenfalls den Status eines zentralen Erholungsraums in Europa zu (vgl. FPÖ, Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, 1973, in Reiter, 1982: 116) und setzen sich daher für die Aufstockung der landwirtschaftlichen Fördergelder ein. Diese sehen sie darin gerechtfertigt, dass die „Kultur- und Erholungslandschaft“ dadurch gefördert sowie erhalten wird (vgl. ebd.) und damit maßgeblich am Bild Österreichs beteiligt ist.

Aus dem analysierten Material lässt sich feststellen, dass die Parteien eher ein stabiles und traditionelles Gesellschaftsbild (vgl. Erikson, nach Imhof / Blum et al., 2006: 322) von Österreich haben. Dieses ist durch eine homogene nationale

---

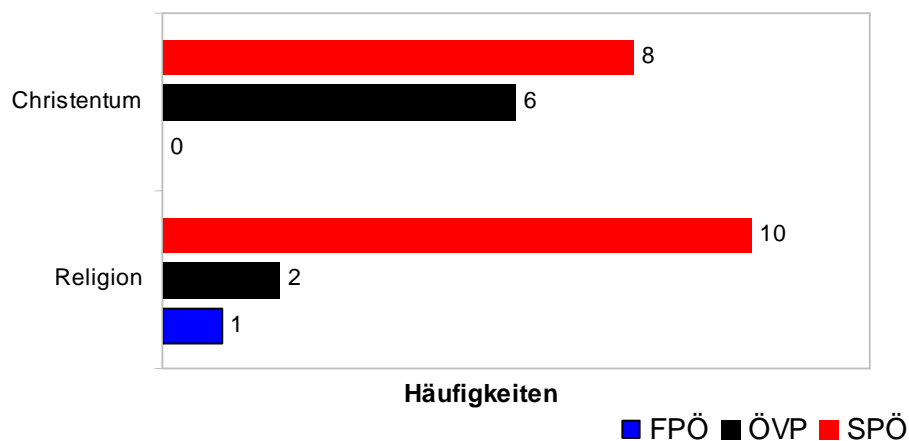
<sup>14</sup> Im Falle von Österreich ist es vor allem die deutsche Sprache, obgleich die anerkannten Minderheitensprachen ebenfalls beleuchtet werden müssten. Diese Arbeit ist jedoch nicht der Raum, indem diese Thematik näher behandelt werden kann.

Kultur und eine stabile soziale Verortung wie der Einbettung in Religion geprägt (vgl. ebd.). Der Nationalstaat besitzt demnach eine homogene Nationalkultur, diese ist nach Erikson unterteilt in Familie, Peergroup und lokalen Netze (vgl. ebd.).

### 5.4.2.3 Die Begriffe Religion und Christentum

Bei den Sozialisten sind, ähnlich der vorangegangenen Untersuchungsphase, die Bemühungen deutlich erkennbar, die Partei für religiöse WählerInnen und Mitglieder zu öffnen (vgl. Abbildung 14). Sie unterstreichen in ihrem Programm den christlich motivierten Gemeinschaftseinsatz, der positiv auf die Gesellschaft einwirkt (vgl. SPÖ, Neues Programm, 1978: 83).

**Abbildung 14: Häufigkeitsauszählung (1970er Jahre)**



Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Aus der Abbildung 14 geht hervor, dass die Wichtigkeit des Themengebiets ‚Religion‘ für die Freiheitlichen eher eine geringe bis gar keine Rolle spielt. Sie erwähnen dieses Thema nur einmal in ihren Richtlinien, im Zusammenhang mit der freiwilligen Religionsausübung oder eben deren Enthaltung (vgl. FPÖ, Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, 1973, in Reiter, 1982: 93).

Die Volkspartei setzt sich in ihrem Programm neben „sozialen, rassischen und ethnischen“ (ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 8) Vorurteilen auch gegen reli-

giös motivierte ein. Des Weiteren bekennen sie sich zu ihrem christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild (vgl. ebd. 6).

#### 5.4.2.4 Zuwanderung in den 1970er Jahren

Schon in den 1960er Jahren beginnt Österreich mit anderen Staaten an ‚Gastarbeiterverträgen‘ zu arbeiten. Am 17. Mai 1963 werden die Verhandlungen zwischen Österreich und der Türkei positiv abgeschlossen, somit ist es türkischen Staatsbürgern möglich, in Österreich Arbeit legal anzunehmen. Zwei Jahre später folgt eine weitere Abmachung mit Jugoslawien. Im Artikel 9 des Abkommens sind Punkt 1 und 2 von besonderer Bedeutung, sorgten doch gerade die notwendigen Sozialleistungen für politische Kontroversen (vgl. u.a. Profil, 28.9.1973, in Eppel / Lotter, 1981: 217).

(1) Die jugoslawischen Dienstnehmer genießen so wie die österreichischen Dienstnehmer alle sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte.<sup>15</sup>

(2) Die jugoslawischen Dienstnehmer genießen hinsichtlich der Anwendung der gesetzlichen Vorschriften über den Arbeits- und Gesundheitsschutz, über das Koalitionsrecht und über die Organisation des Kultur- und Unterhaltungslebens dieselben Rechte und denselben Schutz wie die österreichischen Dienstnehmer.<sup>16</sup>

Die Freiheitliche Partei setzt sich in ihrem Programm dafür ein, die Zahl der ‚Gastarbeiter‘ gering zu halten. Sie begründet diese Entscheidung damit, dass es zwar einen „momentanen Gewinn für die Wirtschaft“ geben kann, jedoch die Zuwanderung „langfristig wirtschaftliche, soziale und bevölkerungspolitische Belastungen“ (FPÖ, Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, 1973, in Reiter, 1982: 110) mit sich bringen werde. Des Weiteren plädiert sie dafür, Möglichkeiten zu schaffen, die „die Verankerung der Gastarbeiter in ihrem ange-

---

<sup>15</sup> Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Ausgegeben am 4.4.1966 - Nr. 42, S. 249.

<sup>16</sup> ebd.

stammten Volkstum“ sicherstellt, „denn der Gastarbeiter hat ein Recht auf Erhaltung seines Volkstums“ (ebd.). Es handelt sich dabei jedoch nicht um integrative Maßnahmen, viel eher soll darauf geachtet werden, dass dem ‚Gastarbeiter‘ „die Möglichkeit der Rückkehr in seine Heimat, was der Normalfall sein soll“ (ebd.), ermöglicht wird. Abschließend weisen die Freiheitlichen darauf hin, dass „eine Assimilierungspolitik“ nicht ihr Ziel ist, diese „ist abzulehnen“ (ebd.).

**Tabelle 10: Positionen der Parteien zu analysierten Themen (1970er Jahre)**

	Sprache als Kultur- gut	deutsche Kultur	„Gastarbeiter“	Österreich als ...	
				Erholungsland	Ort internationaler Begegnung
FPÖ	+	+	<i>Rückkehr in die Heimat, soll der Normalfall sein</i>	+	0
ÖVP	0	0	<i>Integration in die Gesellschaft</i>	+	+
SPÖ	0	0	<i>Erwerb der ö. Staatsbürgerschaft ermöglichen</i>	0	+

Legende: + positiv/dafür, - negativ/dagegen, ~ neutral/keine Parteinahme, 0 keine Aussage/Nennung

Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Konträr zur Parteilinie der Freiheitlichen wurde im Jahr 1972 bei der Volkspartei über die Integration von ‚Gastarbeitern‘ gesprochen:

*„Die ÖVP sieht es als dringend notwendig an, die soziale und kulturelle Integration der Gastarbeiter in unsere Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen voranzutreiben, um auch ihnen die Möglichkeit zu geben, an der höheren Lebensqualität teilzuhaben.“* (ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 19)

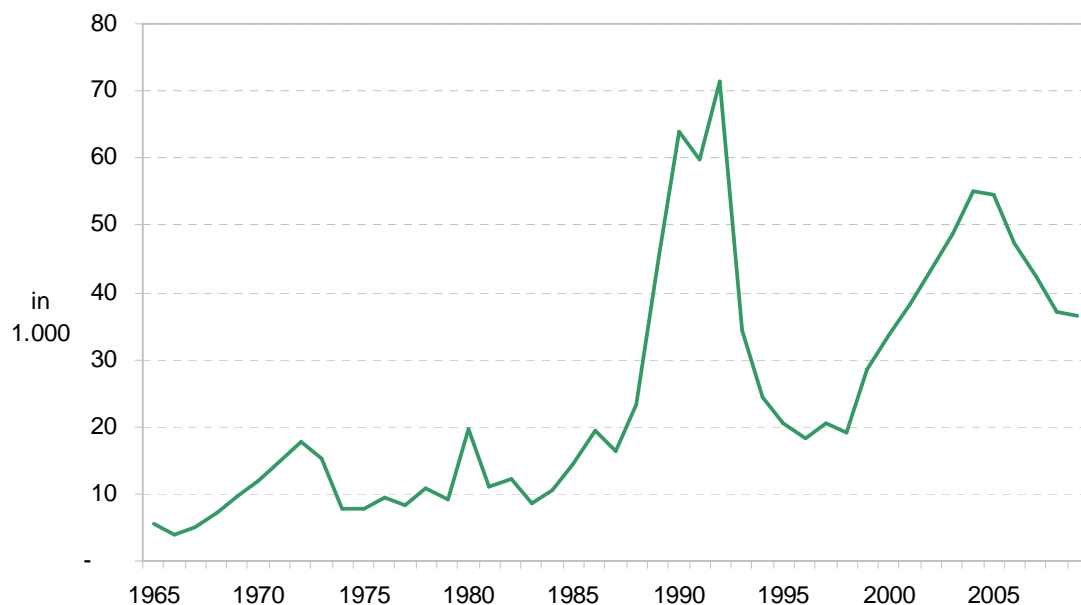
Auch für die Sozialisten haben ‚Gastarbeiter‘ einen besonderen Stellenwert in der Gesellschaft. Dies nicht zuletzt aus einem sozialistischen Arbeitsideal heraus, welches keine nationalen Grenzen kennt, sondern vielmehr alle Arbeiterinnen und Arbeiter vereinigt. Sie setzen sich, im Gegensatz zu den anderen Parteien, auch direkt für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft „für Personen, „die ihren dauernden Wohnsitz und ihren Arbeitsplatz in Österreich



haben“, ein (SPÖ, Neues Programm, 1978: 49). Außerdem soll für ausländische Arbeitskräfte ein besserer Zugang geschaffen werden, damit sie „an den sie betreffenden Entscheidungen“ (ebd.) mitwirken können.

Betrachtet man die Zahl der Zuwanderungen nach Österreich von 1945 bis 2007, so erkennt man die oben angeführte politische Neuausrichtung Anfang der 1970er Jahre anhand der Zuzugsdaten ausländischer Arbeitskräfte. Der Niedergang der Sowjetunion und die damit verbundene Öffnung Ost-Europas ist in der unten angeführten Grafik sehr gut erkennbar und übertrifft die Anzahl der ‚Gastarbeiter‘ in den 1970er Jahren um ein Vielfaches (Abbildung 15).

**Abbildung 15: Zuwanderung nach Österreich – 1965 bis 2009**



Daten: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Jahresdurchschnitt über alle Wochen), Bevölkerung in Privathaushalten - eigene Darstellung

Die Thematik der Zuwanderung ist in der österreichischen Politik und der österreichischen Gesellschaft bis heute ein wesentlicher Bestandteil von Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen. In der Gegenwart angekommen ist in Österreich die ‚AusländerInnenendebatte‘ stetiger Gegenstand von Diskussionen geworden und für die Freiheitliche Partei stellt sie einen fixen Bezugspunkt bei ihren „wahlstrategische(n) Auseinandersetzungen“ (Pelinka / Rosenberger, 2007: 179) dar.

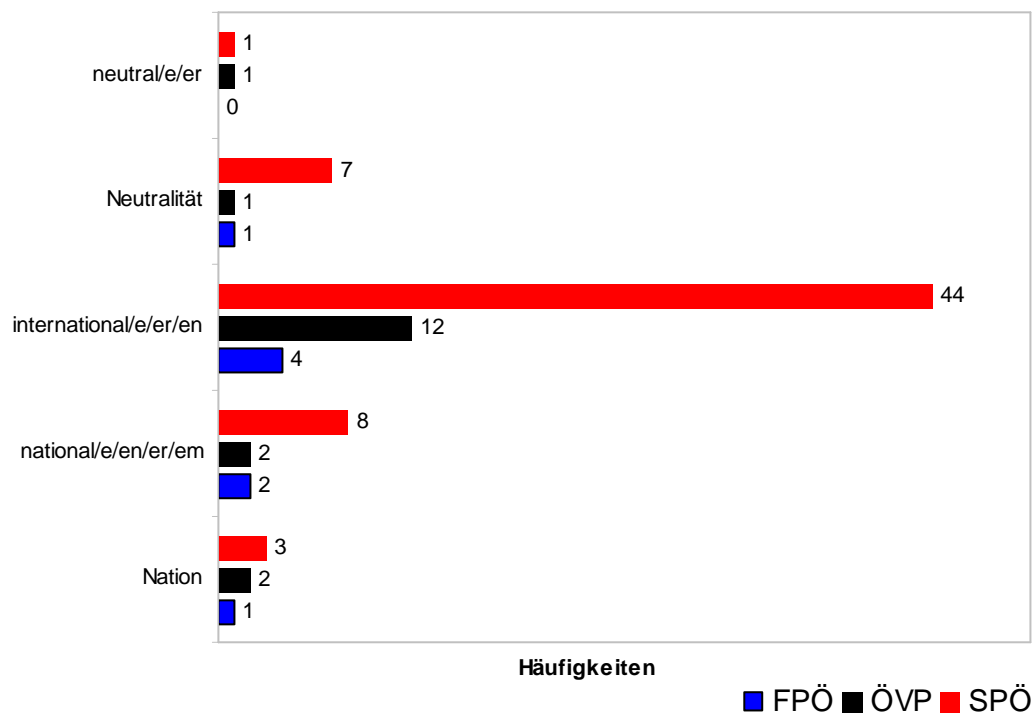
#### 5.4.2.5 Internationalität und ‚mehr Demokratie‘ in den 1970er Jahren

Ein anderes Themengebiet, das die Sozialisten mit der Volkspartei verbindet, ist die Rolle Österreichs als ‚Ort internationaler Begegnung‘. Ausgehend von der ÖVP, die schon 1967 unter Bundeskanzler Klaus den Vereinten Nationen eine Niederlassung angeboten hatte, wurde von 1973 bis 1979 in Wien das ‚Vienna International Centre‘ (UNO-City) errichtet. Das Bekenntnis zur internationalen Funktion Österreichs formuliert die ÖVP folgendermaßen:

*„Wir unterstützen die Vereinten Nationen als Instrument der Erhaltung des Weltfriedens und fordern die Stärkung ihrer politischen und moralischen Autorität. Wir treten für eine verstärkte Mitarbeit Österreichs in den internationalen Organisationen ein. Österreich soll immer mehr zur Stätte internationaler Begegnung werden.“* (ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 32)

Im Angesicht des Abschlusses der Bauarbeiten der UNO-City forderte die SPÖ in ihrem Programm „den Ausbau der Rolle Österreichs als Stätte der internationalen Begegnung“ (SPÖ, Neues Programm, 1978: 79). Die Internationalisierung der Partei macht sich auch in der Häufigkeitsauszählung bemerkbar (Abbildung 16). Die Sozialisten gebrauchen den Begriff ‚International‘ (mit Wortverbindungen) insgesamt 44 Mal. Der ausgeprägte außenpolitische Schwerpunkt lässt sich u.a. durch den Gesichtspunkt erklären, dass Kreisky vor seiner Funktion als Bundeskanzler als Diplomat tätig war (vgl. u.a. Zöllner, 1990: 551).

Abbildung 16: Häufigkeitsauszählung (1970er Jahre)



Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Die Sozialisten unterstreichen in ihrer Schrift internationale Bemühungen in verschiedensten Bereichen. Neben wirtschaftlichen, umwelt- und energiepolitischen oder die Rechtsordnung betreffenden Schwerpunkten, sind es auch konkrete Konflikte, die behandelt werden:

*„Die Sozialisten erblicken im friedlichen Nebeneinander Israels mit den arabischen Staaten eine Gewähr dafür, daß auch dieser Teil unserer Welt zu einer Region des Friedens und des Fortschritts wird. Dieser Friedenszustand kann aber nur erreicht werden, wenn auch für das palästinensische Volk eine nationale Heimstatt geschaffen wird.“ (SPÖ, Neues Programm, 1978: 77)*

Letztlich sei noch auf ein Themengebiet eingegangen, das sowohl den Sozialisten als auch der Volkspartei wichtig erscheint: mehr und direktere Mitspracherechte für die Bevölkerung. Für die ÖVP ist dieses nicht nur auf nationaler Ebene von Bedeutung, sondern auch international, beispielsweise bei der Wahl der Abgeordneten zum Europarat (vgl. ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 31). Sie sieht die demokratiepolitischen Möglichkeiten der Volksabstimmung und des

Volksbegehrens als ergänzendes und korrigierendes Werkzeug, das auf parlamentarische Entscheidungen und Aufgaben positiv einwirken kann (vgl. ebd. 30).

Die Sozialisten setzen in ihrem Programm ebenfalls auf die „Mitarbeit der Österreicherinnen und Österreicher“ (SPÖ, Neues Programm, 1978: 83). Sie unterstreichen hierbei die Notwendigkeit der aufklärenden Bildungsarbeit, die es erst ermöglicht, dass Menschen aus ihren Handlungen die Konsequenzen ziehen können (vgl. ebd.).

Kurz vor Ende der 1970er Jahre setzt sich dieses korrigierende Kollektiv – die Bevölkerung – in einer Volksabstimmung knapp gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks im Niederösterreichischen Zwentendorf mit 50,5% zu 49,5% durch<sup>17</sup>. Als eine erste Konsequenz folgt am 15. Dezember 1978 der Erlass des Atomsperrgesetzes, damit wurde eine spätere Inbetriebnahme des Kraftwerks zwar nicht ausgeschlossen, aber zumindest wesentlich erschwert (vgl. Eppel /Lotter, 1981: 365).

#### **5.4.2.6 Familienpolitische Forderungen und Maßnahmen**

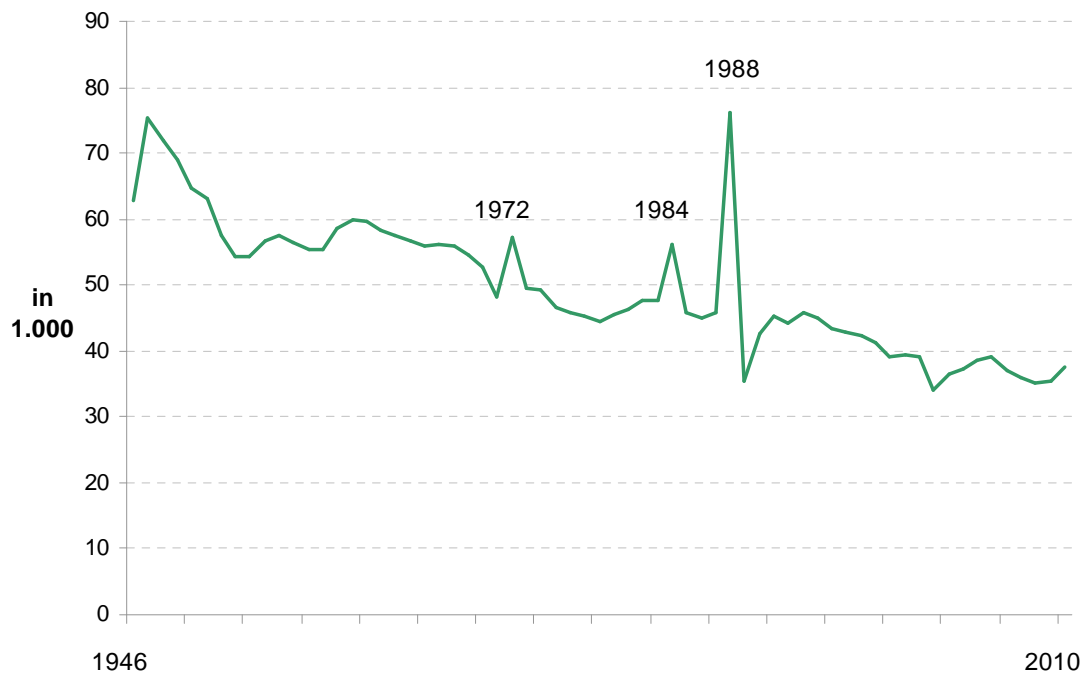
Einen weiteren politisch signifikanten Themenschwerpunkt in dieser Untersuchungsphase stellt die Familie dar. Die SPÖ hat in dieser Zeitspanne neue Sozialleistungen eingeführt und bestehende erweitert. Die Einführung der Schülerfreifahrt, kostenlose Schulbücher zum Anfang des Schuljahres, die Erhöhung der Kinderbeihilfe oder die Einführung der Heiratsbeihilfe für Erstvermählte seien hier exemplarisch angeführt. Letztere hatte einen direkten demographischen Einfluss auf den Anstieg der Eheschließungen im Jahr 1972 (Abbildung 17). Dieser konnte jedoch nur kurzfristig auf den Rückgang der Heiraten in Österreich einwirken. Der zweite Ausschlag 1984 ist auf den Wegfall der steuerlichen Absetzmöglichkeiten des Mitgifts zurückzuführen, der dritte markante Anstieg

---

<sup>17</sup> Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. November 1978. Daten: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/volksabstimmung/Ergebnisse.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/Ergebnisse.aspx).

der Eheschließungen 1988 ist mit der Abschaffung der Heiratsbeihilfe zu erklären (vgl. Statistik Austria, 2011: 28).

**Abbildung 17: Eheschließungen von 1946 bis 2010**



Daten: Statistik Austria, 2011 - eigene Darstellung

Die Freiheitliche Partei hat in ihren Richtlinien der Familie ebenfalls einen Schwerpunkt zugeschrieben. Sie sieht in der Familie den Ursprung des „Heimatgefühls“ für das Kind gegeben (FPÖ, Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, 1973, in Reiter, 1982: 99). Die Familienförderungen sollen nicht nur „materielle, sondern auch (...) ideelle“ Werte (ebd.) mit sich bringen. Des Weiteren schreibt sie der Frau in der Rolle der Mutter eine wesentliche Funktion zu, durch deren Ausübung sie die „Vorsorge für die neue Generation des Volkes“ (ebd. 103) gewährleistet.

Die Volkspartei sieht in der Familie ebenfalls die „erste prägende Erziehungsgemeinschaft für das Kind“ (ÖVP, Salzburger Programm, 1972: 36). Für sie ist die Familie die Instanz, die für die Gemeinschaftsbezogenheit, das Demokratieverständnis und für eine ethische Grundmoral sorgt (vgl. ebd.).

Auch die Sozialisten sehen in der Familie den Halt und die Sicherheit der Kinder verankert, die dadurch „ein menschliches Verhalten“ (SPÖ, Neues Programm, 1978: 62) erlernen. Die Familie stellt demnach das bindende Element zwischen Kind und Gesellschaft dar (ebd.).

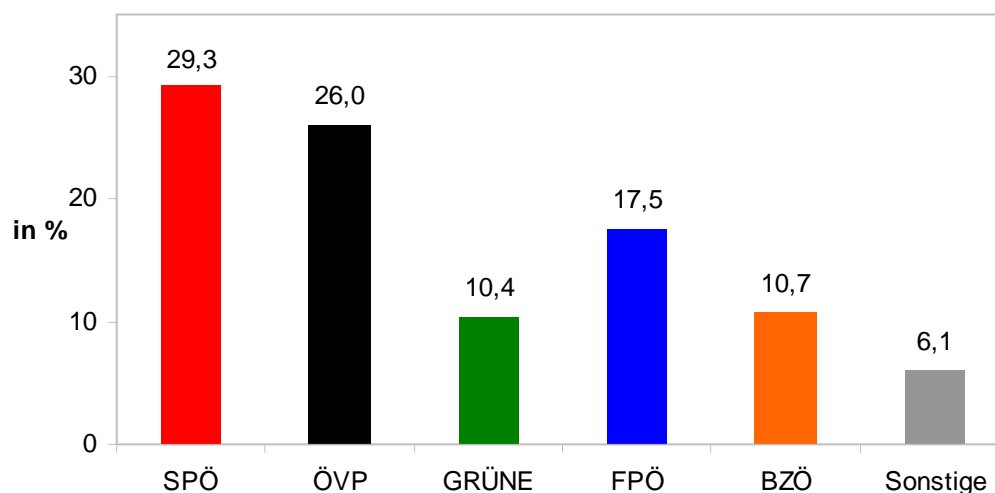
Das Untersuchungsmaterial aus dieser Periode hat deutlich gezeigt, wie die Regierungspartei Österreich zu einem ‚Sozialstaat‘ mitgeformt hat, der auch zu einem Platz der ‚internationalen Begegnung‘ wurde. Und ganz im Sinne von Ernest Gellner, wird spätestens in dieser Phase der Nationalstaat Österreich zum „Beschützer (...) einer Kultur“ (Gellner, 1995: 164), der kulturellen Eigenart Österreichs.

### 5.4.3 Österreich heute (C)

#### 5.4.3.1 Untersuchungsmaterial und Parteien

Im letzten Teil der vierten Untersuchungsphase wird der Blick auf gegenwärtige Parteiprogramme gerichtet. Es handelt sich dabei um die jeweils aktuellsten Programme der nach der Nationalratswahl von 2008 (Abbildung 18) vertretenen Fraktionen im Parlament.

Abbildung 18: Ergebnisse der Nationalratswahl vom 28. September 2008



Daten: [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/nationalrat/2008/End\\_Gesamt.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx) - eigene Darstellung

Zwei politische Parteien, deren Gründung erst nach den bisherigen Phasen durchgeführt wurde, sind in dieser Periode erstmals anzutreffen: Die Grünen, die seit 1986 ständig im Nationalrat vertreten sind und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), welches sich 2005 von der Freiheitlichen Partei abspaltete.

Das bisher ausgewählte Untersuchungsmaterial aus den Phasen eins bis inklusive vier (A, B) ist, wie die Analyse verdeutlicht hat, auf die ‚Nationenwerdung‘ Österreichs eingegangen, jedoch konnte bislang kein direkter Bezug zum Begriff ‚Identität‘ festgestellt werden. Im Folgenden wird sich zeigen, dass *alle* Parteien von ‚Identität‘ sprechen und zum Teil auch Faktoren nennen, die entweder ‚identitätsstiftende‘ Wirkung haben oder haben sollen.

Bevor auf den Begriff ‚Identität‘ eingegangen wird, soll die Einstellung der untersuchten Parteien zu Österreich, zu seinen Regionen, seiner Regionalität und die Verwendung und der Einsatz des Begriffs ‚Heimat‘ wiedergegeben werden.

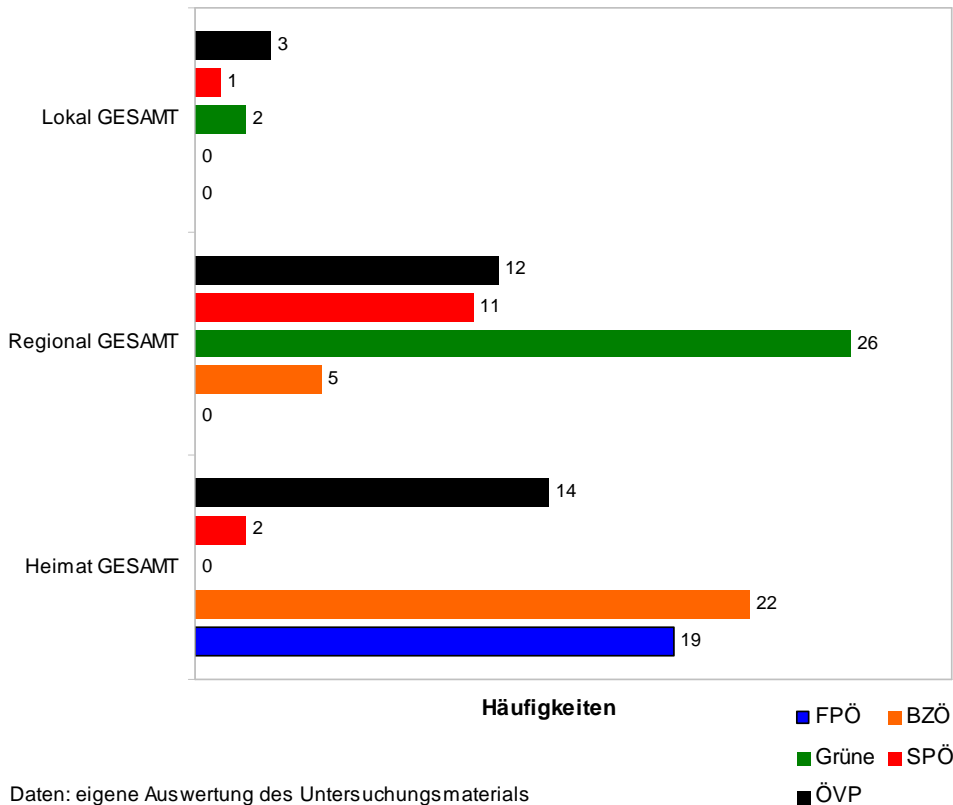
#### **5.4.3.2 Die Begriffe Heimat und Regional**

Im analysierten Untersuchungsmaterial haben sich bei ‚Heimat‘ drei unterschiedliche Ansätze gezeigt. Zum einen die der Grünen, die in ihrem Programm diesen Terminus nicht verwenden. Der Heimatbegriff wird zwar nicht durch das Wort ‚Regional‘ (mit Wortverbindungen) ersetzt, jedoch findet sich dieser im Programm überproportional oft wieder (vgl. Abbildung 19) und steht des Öfteren mit Themen in Beziehung, die so etwas wie ‚Heimat‘ darstellen.

Die Sozialdemokraten positionieren sich hingegen zum Begriff ‚Heimat‘. Sie nennen ihn allerdings nur zwei Mal in ihrem Programm und bringen ihn mit Europa in Verbindung, für sie stellt die Staatengemeinschaft eine „gemeinsame Heimat“ (SPÖ, Das Programm, 1998: 4) dar. Zweites damit verbundenes Thema sind die Minderheiten in Österreich. Demnach haben Minoritäten das Recht auf „volle Integration“ (SPÖ, Das Programm, 1998: 7), ohne jedoch ihre eigene Identität dadurch zu verlieren. Für die SPÖ haben „alle Menschen ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und ihre Kultur“ (ebd.), und nur durch

deren Aufrechterhaltung und die gegenseitige Toleranz ist eine funktionierende Gemeinschaft möglich.

**Abbildung 19: Häufigkeitsauszählung (Österreich heute)**



Die Volkspartei gebraucht ‚Heimat‘ ungleich öfter in ihrem Programm und kann zur dritten Gruppe gezählt werden. Neben der FPÖ und dem BZÖ ist es die ÖVP, die sich in ihrem Programm umfangreich auf diesen Begriff stützt und dabei hauptsächlich den Bezug zu Österreich sucht. Ihre politische Ausrichtung ist um einiges patriotischer als die der Sozialdemokraten. Sie schreibt von der Liebe zur eigenen Heimat (vgl. ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 4) und vom „Recht der Österreicher auf Heimat, kulturelle Identität und Sicherheit“ (ebd. 18). Auch die Internationalität der Partei geht aus der Position des ÖVP-Programms hervor. Sie sieht in der Europäischen Union die Möglichkeit, sich als ÖsterreicherIn zur „Heimatregion“ und /oder zum „Vaterland“ zugehörig zu fühlen, die Identifikation als „Europäer“ (ebd. 26) wird ebenso erwähnt. Kunst und Kultur spielen dabei einen wesentlichen Faktor. Der Umgang der KünstlerInnen „mit sich selbst, mit ihrer Umgebung und mit ihrer Herkunft“ (ebd.) hat



einen gewichtigen Anteil an der Generierung eines ‚Heimatbildes‘, welches „diskursfördernd und emanzipativ“ (ebd.) auf die Bevölkerung einwirken kann.

Das BZÖ erzeugt in seinem Programm ein anderes Bild von Österreich als Heimat. Es schreibt antonymisch von der „soziale(n) Wärme der Heimat“ und dem gegenüber der „soziale(n) Kälte der globalisierten Welt“ (BZÖ, Programm, 2010: 63). Aus folgendem Auszug des BZÖ-Parteiprogramms wird dessen Sichtweise von Heimat und deren angebliche Bedrohung durch den ‚Islamismus‘ sichtbar:

*„Faktum ist, dass auch die Gefahr des Islamismus in unserer Heimat nicht mehr wegzureden ist. (...) Eine Vereinheitlichung der Bauordnungen der Länder soll die Möglichkeiten zum Bau von Moscheen und Minaretten ausschließen.“* (BZÖ, Programm, 2010: 42)

Die Freiheitlichen verkünden in ihrem Programm ebenfalls die Liebe zur Heimat (vgl. FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 16), wie aus der „österreichpatriotischen“ (ebd. 2) Grundhaltung ableitbar ist. Das ‚Recht auf Heimat‘ kann, so die FPÖ, einem Individuum, unter der Prämisse, dass sich dieser „Fremde in Österreich wegen eines Verbrechens“ (ebd. 16) strafbar macht, auch entzogen werden. Folglich muss dieser „in sein Heimatland“ (ebd.) abgeschoben werden. An den vergangenen Wahlkämpfen der Partei ist deutlich erkennbar, dass die Themen Sicherheit und Bedrohung der Heimat durch ‚den Fremden‘ durchgängig präsent waren und gegenwärtig sind.

Die Grünen haben auf den Begriff ‚Heimat‘ vollständig verzichtet, dies ist auf ideologische Gründe zurückzuführen und nicht auf die Urbanisierung der Grünen. In ihrem Programm werden die Regionen Österreichs und die daraus entstehenden unterschiedlichen Bedürfnisse und die erforderlichen politischen Schritte behandelt. Unterschiedliche Regional-Themen werden aufgegriffen, darunter finden sich Wirtschaftsagenden (GRÜNE, Programm, 2001: 19), Unterschiede bei der regionalen Entwicklung (ebd. 23) oder auch der Umgang mit regionalen Ressourcen (ebd. 77).

Das BZÖ schreibt der „Volkskultur“ (BZÖ, Programm, 2010: 70) eine bedeutende Funktion bei der „regionalen Identität“ (ebd.) zu, diese wird nach ihrer Mei-

nung „vererbt“. So entstünde die „Brauchtumpflege über Generationen“ (ebd.) hinweg.

Die FPÖ bezieht sich in ihrem Programm nicht direkt auf regionale, auch nicht auf lokale Unterschiede, es ist der ‚Heimatbegriff‘ im weitesten Sinne, der in diesem Programm eine oftmalige Verwendung findet.

Die SPÖ verbindet Regionalität nicht mit Traditionen, vielmehr geht es ihr um die Unterschiedlichkeiten, die sich aus regionalen Gegebenheiten ergeben. Es sind Themen wie der Verkehr, der Zugang zur Gesundheitsversorgung (vgl. SPÖ, Das Programm, 1998: 14) oder auch die Wichtigkeit der regionalen Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien (vgl. ebd. 25).

Die Volkspartei vertritt eine föderalistische Ansicht. Demnach ist die Regionalität Österreichs wichtig, um in der Europäischen Union die Eigenständigkeit der Länder zu sichern (vgl. ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 8).

#### **5.4.3.3 Die Begriffe Tradition und Religion**

Das Themengebiet der ‚Tradition‘ wird von allen Parteien behandelt, obgleich dies sehr unterschiedlich geschieht. Für die Freiheitlichen gehören das Erlernen der Werte und Traditionen des „Gemeinwesens“ (FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 14) zu den wichtigsten Aufgaben der Bildungspolitik. Diese Werte werden allerdings nicht näher definiert oder beschrieben. Zwei wesentliche Begriffe, die in diesem Zusammenhang verwendet werden, sind die „Bewahrung und Verteidigung“ (ebd.) der Traditionen. Es handelt sich also um ein Gut, das von einer nicht näher bestimmten ‚Kraft‘ bedroht wird und im schlimmsten Fall von dieser verdrängt wird. Diese Perspektive wird auch vom BZÖ geteilt. Es sieht ebenfalls den Bedarf, die „Traditionen und Eigenarten“ (BZÖ, Programm, 2010: 71) Österreichs „zu erhalten, zu bewahren und zu verteidigen“ (ebd.).

Die Grünen wenden den Begriff Tradition nicht wie die vorherigen Parteien an, sie konnotieren ihn tendenziell negativ. Exemplarisch dafür sind Formulierungen wie die „patriarchalen Traditionen“ (GRÜNE, Programm, 2001: 10) des Ge-

schlechterrollenbildes oder aber auch „undemokratische und obrigkeitstaatliche Traditionen“ (ebd. 12), die für folgende Missstände verantwortlich gemacht werden: das „Proporzsystem“, die „Sozialpartnerschaft als Schattenkabinett“, die Unterdrückung des „Parlamentarismus und Einschränkung der demokratischen Öffentlichkeit“ und letztlich „die Aushandlung von Interessenskonflikten“ (ebd.). Nicht nur negative Bezüge werden mit der ‚Tradition‘ in Verbindung gebracht, auch positive Themenblöcke befinden sich im Programm. So schreiben die Grünen von „traditionellen Kulturgütern“ (ebd. 45) oder der „gesellschaftsliberalen Tradition“ (ebd. 2), die die „europäische Moderne“ (ebd.) hervorgebracht hat.

Die Sozialdemokraten schreiben Österreich eine „künstlerische Tradition“ (SPÖ, Das Programm, 1998: 25) zu, die sich nicht auf deren Geschichte ausruhen darf (ebd.). Sie gebrauchen den Begriff ‚traditionell‘ aber auch im Sinne von ‚herkömmlich‘ und schreiben von den „traditionellen Instrumenten zur Arbeitslosenbekämpfung (SPÖ, Das Programm, 1998: 4), von den unterschiedlichen „Formen menschlichen Zusammenlebens“ (ebd. 14), die sich nicht mehr auf „traditionelle Verhaltensmuster“ (ebd.) beschränken, oder aber auch dem Abweichen von den „traditionellen Formen der Familie“ (ebd. 18).

Die bürgerlich-konservative Volkspartei verwendet ‚Tradition‘ in ihrem Programm am seltensten (Abbildung 20). Sie schreibt von „Rechtstraditionen“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 12), vom „traditionellen Generationenvertrag“ (ebd. 19), der die Grundlage des österreichischen Pensionssystems ist, aber auch von Europas „Stärke“ (ebd. 4), die „in der Offenheit für die Vielfalt der verschiedenen kulturellen Traditionen“ (ebd.) auszumachen ist.

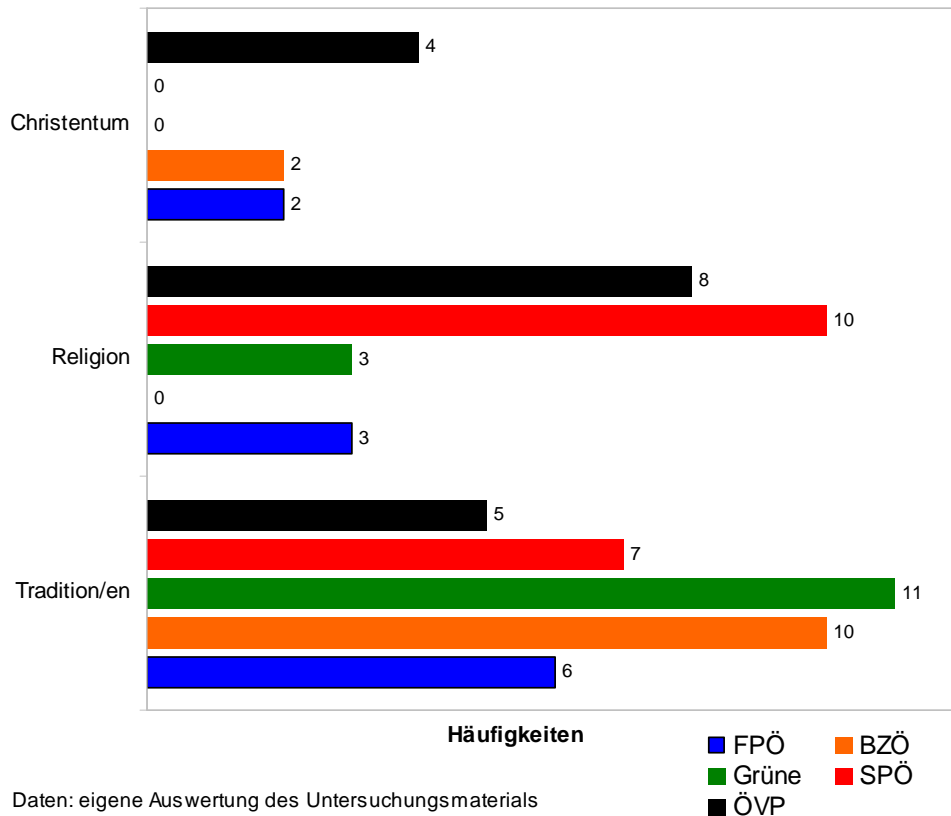
Wurden der Heimat- und der Traditionsbegriff bei der FPÖ noch ausgiebig behandelt, wird die Religion nur kurz angesprochen. Die Freiheitlichen setzen sich, wie es auch im ‚Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger‘<sup>18</sup> erlassen wurde, für die „Freiheit zur Religionsausübung in Österreich“ (FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 6) ein, wobei man sich auch den „religi-

---

<sup>18</sup> im RGBI. Nr. 142/1867; Artikel 14 bis 16.

ösen Dogmen entziehen“ (ebd.) kann. Dem Christentum wird eine wesentliche Funktion bei der kulturellen Entwicklung Europas zugeschrieben (vgl. ebd. 5).

**Abbildung 20: Häufigkeitsauszählung (Österreich heute)**



Das BZÖ bezieht sich in seinem Programm nicht direkt auf die Religion, auch nicht auf deren Ausübung, jedoch weist es darauf hin, dass das österreichische Rechtssystem auf den „christlich-abendländischen Traditionen“ (BZÖ, Programm, 2010: 17) basiert.

Die Grünen gehen im untersuchten Material nur kurz auf das Themenfeld ein, sie weisen darauf hin, dass sich Österreich „an das Prinzip der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung halten“ (Grüne, Programm, 2001: 64) muss.

Wie auch schon in der letzten Teiluntersuchungsphase sind die Sozialdemokraten bemüht, religiöse WählerInnen zu erreichen. Der Grundsatz „Sozialdemokratie und Religion sind keine Gegensätze“ (SPÖ, Das Programm, 1998: 6) verdeutlicht dieses Vorhaben. Daneben setzen sie sich in ihrem Programm auch für freie Religionsausübung ein (vgl. ebd.).

Im Unterschied zu allen anderen Parteien setzt sich die Volkspartei für die „religiöse Bildung junger Menschen (...) in der Schule“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 11) ein. Sie sieht den Menschen als aus verschiedenen „Dimensionen“ (ebd. 6) zusammengesetzt und neben der „sozialen, politischen und wirtschaftlichen“ schreibt sie der „kulturellen, ethischen und religiösen Dimension“ (ebd.) eine wesentliche Funktion bei der Individualisierung der Menschen zu. Im „christlichen Bekenntnis zur Würde des Menschen“ (ebd. 3) sieht die ÖVP die Grundvoraussetzung für jegliche politische Entscheidung die sie fällt.

#### 5.4.3.4 Zuwanderung in den aktuellen Programmen

Wurden in den 1970er Jahren noch die ‚Gastarbeiter‘ thematisiert, so finden sich in allen aktuellen Programmen Stellungnahmen zur österreichischen Einwanderungspolitik, ohne aber den Terminus ‚Gastarbeiter‘ zu verwenden.

BZÖ und FPÖ schreiben dazu im gleichen Wortlaut: „Österreich ist kein Einwanderungsland.“ (BZÖ, Programm, 2010: 43; FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 5). Die Freiheitlichen sehen stattdessen Österreichs Politik dazu angehalten, eine „geburtenorientierte Familienpolitik“ (ebd.) zu forcieren. MigrantInnen wird die Möglichkeit einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis zwar nicht verwehrt, jedoch klingen die geforderten Voraussetzungen dafür mehr nach der Forcierung einer Assimilationspolitik als nach versuchter Integration:

*„Bereits integrierte, unbescholtene und legal anwesende Zuwanderer, die die deutsche Sprache beherrschen, unsere Werte und Gesetze vollinhaltlich anerkennen und sich kulturell verwurzelt haben, sollen Heimatrecht und unsere Staatsbürgerschaft erwerben können.“* (FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 5)

Die Grünen haben ein vollkommen konträres Bild Österreichs und dessen Rolle bei der Aufnahme von MigrantInnen:

*„Trotz der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften ab Anfang der Sechzigerjahre fehlt bis heute das Bekenntnis, dass Österreich ein Einwanderungsland ist. Ganz im Gegenteil hat Österreich bis heute die Tat-*

*sache, dass ImmigrantInnen ein Teil der Gesellschaft geworden sind und langfristig hier bleiben werden, einfach ignoriert und die Betroffenen jahrzehntelang als „GastarbeiterInnen“ behandelt.“ (GRÜNE, Programm, 2001: 56)*

Die Volkspartei verwendet in ihrem Programm nicht den Begriff ‚Einwanderungsland‘, verweist jedoch darauf, dass eine „unbeschränkte Einwanderung zu Lasten der österreichischen Bevölkerung“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 18) aus ihrer Sicht nicht wünschenswert ist, dass aber „Österreich seiner Verpflichtung als Asylant“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 18) nachkommen muss.

Im Parteiprogramm der Sozialdemokraten wird ebenfalls nicht von einem Einwanderungsland gesprochen. Im Gegensatz zur Volkspartei plädieren diese jedoch für den sozialen Zusammenhalt und die Toleranz der Menschen untereinander, unabhängig von der Herkunft des Einzelnen (SPÖ, Das Programm, 1998: 19). Des Weiteren sprechen die Sozialdemokraten von der „Integration“ der „ausländischen Mitbürger“, die sie „im politischen Leben, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie im Bildungs- und Sozialsystem“ (ebd.) eingliedern wollen.

#### **5.4.3.5 Die Neutralität in den aktuellen Programmen**

Die Neutralität Österreichs spiegelt sich, mit Ausnahme der Volkspartei, auch in den gegenwärtigen Programmen der untersuchten Parteien wider. Zwar spielt die reale Funktion der Neutralität Österreichs seit dem Beitritt zur Europäischen Union eine untergeordnete Rolle, jedoch zeigt das Untersuchungsmaterial deutlich, dass sich die Mehrheit der Parteien positiv zur Neutralitätspolitik äußert (Tabelle 11). Davon ausgeschlossen ist das BZÖ, das die Legitimität der „Neutralität mit der Ratifikation des Maastrichts-Vertrages“ (BZÖ, Programm, 2010: 36) nicht weiter gegeben sieht.

**Tabelle 11: Positionen der Parteien zu analysierten Themen (Österreich heute)**

	Heimat	Kulturnation	Österreich ist ein Einwanderungsland	Neutralität
ÖVP	<i>Liebe (zur) und Recht (auf) Heimat</i>	+	<i>Österreich ist ein Asylland</i>	0
SPÖ	<i>Europa als gemeinsame Heimat</i>	0	0	+
Grüne	0	0	+	+
BZÖ	<i>Heimat in Gefahr; soziale Wärme der Heimat</i>	+	-	<i>hat Bedeutung verloren</i>
FPÖ	<i>Heimat -schutz, -land, -recht; Liebe zur Heimat</i>	<i>die europäischen Kulturnationen</i>	-	+

Legende: + positiv/dafür, - negativ/dagegen, ~ neutral/keine Parteinahme, 0 keine Aussage/Nennung

Daten: eigene Auswertung des Untersuchungsmaterials

Die Grünen sehen in einer neutralen Rolle Österreichs die Möglichkeit gegeben, einen „konstruktiven Beitrag zur Europäischen Einigung und zur Grundlage einer weltoffenen, unabhängigen und solidarischen Außenpolitik“ (GRÜNE, Programm, 2001: 74) leisten zu können. In den Programmen der SPÖ und auch der FPÖ finden sich ähnliche Formulierungen, bzw. werden ähnliche Themengebiete mit der Neutralität in Verbindung gebracht. Sicherheit, Frieden und Solidarität (SPÖ, Das Programm, 1998: 27; FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 16).

#### 5.4.3.6 Identität in den aktuellen Programmen

Eingangs in dieser letzten Teiluntersuchungsphase wurde auf die vermehrte Verwendung des Begriffs ‚Identität‘ aufmerksam gemacht (vgl. Kapitel 5.4.3). Dieser Terminus ist bisher in keinem untersuchten Programm vorgekommen.

Aus Abbildung 21 geht nun ein neues, verändertes Bild hervor. Die Volkspartei gebraucht ‚Identität‘ (mit Wortverbindungen) elf Mal und damit am häufigsten von allen untersuchten Parteien. Sie bezieht sich in ihrem Programm auf die ‚kulturelle Identität‘, die ‚geschichtliche Identität‘ aber auch auf die ‚österreichische Identität‘. Der Föderalismus spielt dabei, wie schon bei ‚Regionalität‘, eine wesentliche Funktion:

*„Der österreichische Staat ist über seine Länder zusammengewachsen. Die österreichische Identität beruht auf der Identifizierung der Bürger mit ihren Ländern.“* (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 10)

Der Kultur wird bei der Herausbildung dieser Eigenständigkeit und der Identifikation mit dem eigenen Land eine gewichtige Rolle zugeschrieben (vgl. ebd. 25). Die Volkspartei vertritt den Standpunkt, dass „die Bewältigung der Vielfalt in einer modernen Gesellschaft“ mit einer „starken kulturellen Identität“ (ebd. 9) gemeistert werden kann. Damit verweist sie auf die Wichtigkeit der gegenseitigen Toleranz innerhalb einer Gesellschaft, die erst durch „die selbstsichere Behauptung der eigenen Identität“ (ebd.) gelingen kann. Im Zeitalter digitaler Medien und der weltweiten Verschmelzung von Unterhaltung, seien es u.a. Film, Fernsehen oder Architektur, die identitätsstiftenden Charakter besitzen und somit für Österreich einen wesentlichen kulturellen Beitrag leisten (vgl. ebd. 25). Die eben genannten audiovisuellen Medien weisen eine wichtige Eigenschaft auf: ihren Einfluss und Beitrag bei der Konstruktion nationaler Identität (vgl. u.a. Lang / Marksteiner, 1995: 28).

Die Grünen, die neun Mal in ihrem Programm auf ‚Identität‘ (auch Wortverbindungen) eingehen, verwenden diesen Begriff differenzierter. Gerade im Zusammenhang mit ihrer Einstellung zur Kulturpolitik wird dies deutlich:

*„Heterogene Interessen (etwa im Nationalstaat oder im Staatenverband der EU) lassen sich nicht ins enge Korsett einer verordneten Identität pressen. Die Rede von „der Kultur“ einer Gesellschaft dient lediglich dazu, hegemoniale Ansprüche einer mächtigen Gruppe in dieser Gesellschaft festzuschreiben.“* (GRÜNE, Programm, 2001: 44)

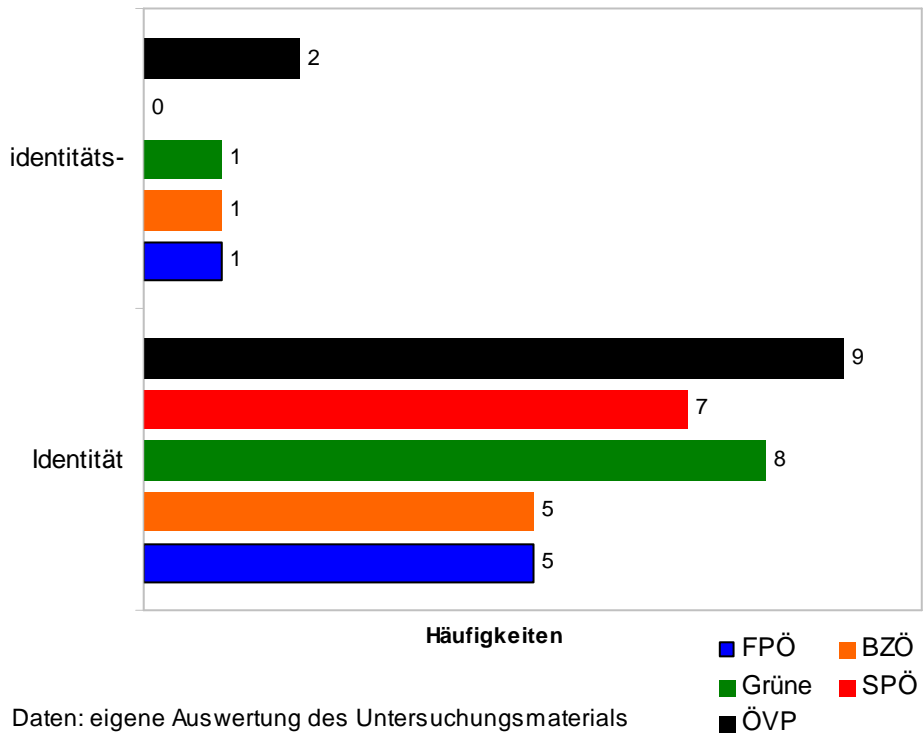


Dieser Auszug lässt sich mit Heiner Keupps Sicht auf das „Leben mit Differenz“ (Keupp, 2009: 1f.) in Verbindung bringen. Demnach sollte es das Ziel jedes Individuums sein, „Identitätszwänge“ (ebd.) zu überwinden, um sich frei und selbstbestimmt entwickeln und leben zu können. Die Grünen führen zwar im ausgewählten Untersuchungsmaterial keine identitätsstiftenden Merkmale an, sehr wohl schreiben sie aber dem muttersprachlichen Unterricht eine hohe „Bedeutung für die Identitätsfindung und Persönlichkeitswerdung“ (ebd. 41) der Kinder zu.

Die Sozialdemokraten behandeln Identität hauptsächlich im Zusammenhang mit Arbeit, mit Minderheiten und mit der Kultur. In ersterer sehen sie die wesentlichste „Bedeutung für das menschliche Leben sowie für die Identität und das Selbstwertgefühl“ (SPÖ, Das Programm, 1998: 7) jedes Individuums gegeben. Diesen Umstand behandeln sie auch gesondert in ihrem Programm in Bezug auf Fragen der Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit der Frau (vgl. ebd. 15). Minderheiten müssen im Zuge des Integrationsprozesses in die österreichische Gesellschaft das Recht haben, ihre eigene Identität bewahren zu können (vgl. ebd. 7). Demnach haben „alle Menschen ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und ihre Kultur“ (ebd.). Wie schon zuvor die Grünen, behandeln die Sozialdemokraten ebenso wenig identitätsstiftende Faktoren in ihrem Programm, sie sehen aber in der „historisch gewachsenen sprachlich-kulturellen und ethnischen Vielfalt“ (ebd. 19) eine wichtige Stütze der „österreichischen Identität“ (ebd.) gegeben.

Die Freiheitliche Partei wendet zwar den Identitätsbegriff an, geht jedoch nicht definierend auf diesen ein. Die Rede ist von ‚unserer Identität‘, die gepflegt und geschützt werden müsse (vgl. FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 5 und 16). Unter dem Gesichtspunkt, dass die nationale Identität für die FPÖ eine aktuelle parteiformierende Konfliktlinie darstellt (vgl. Pelinka /Rosenberger, 2007: 152), ist die Positionierung der Partei als Beschützer dieses ‚Guts‘ zu deuten. Dieses Thema stellt einen wesentlichen Bezugspunkt für Mitglieder und (potentielle) WählerInnen dar. Der Kultur und Kunst wird im Programm eine fundamentale Rolle bei der Identitätsstiftung zugeschrieben (vgl. FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 14).

Abbildung 21: Häufigkeitsauszählung (Österreich heute)



Im Untersuchungsmaterial des BZÖ wird eine ‚Definition‘ nationaler Identität angeführt:

*„Heimat, Tradition und Kultur bilden die Identität für Staat und Volk. Nur aus starken Wurzeln kann eine gute Zukunft entstehen. Unser Werteverständnis fußt auf diesem Fundament.“* (BZÖ, Programm, 2010: 17)

Ähnlich wie bei den Freiheitlichen ist auch beim Bündnis Zukunft Österreich das Beschützen und Bewahren der Identität von großer Bedeutung (vgl. ebd. 17), wobei nicht darauf eingegangen wird, von wem oder was diese Bedrohung ausgeht. Die Zuschreibung der Wichtigkeit der Volkskultur bei der Festigung der regionalen Identität (vgl. ebd. 70) hat das BZÖ mit der ÖVP gemeinsam.

Abschließend soll das Europabild der jeweiligen Parteien untersucht werden. Auch bei diesem Themengebiet gibt es sehr verschiedene Positionierungen der einzelnen Fraktionen. Die Freiheitlichen sehen Europa als eine Ansammlung von Staaten, „die geographisch, geistig und kulturell“ (FPÖ, Parteiprogramm, 2011: 17) auf einer Linie stehen und die Werte des Abendlandes, des kulturellen Erbes und der europäischen Tradition (vgl. ebd.) gemeinsam vertreten.

Das BZÖ sieht ähnliche Faktoren als ausschlaggebend und ergänzt diese noch mit der sogenannten „finanziellen Grenze“ (BZÖ, Programm, 2010: 32), Staaten die sich ‚hinter‘ dieser befinden, könnten nicht in die Europäische Union aufgenommen werden (vgl. ebd. 32f.).

Die Sozialdemokraten sehen in Europa und im speziellen in der EU – ganz im Zeichen der ‚Internationalen‘ – eine Verflechtung der Staaten aus Solidarität, Chancengleichheit, Toleranz und Sicherheit (SPÖ, Das Programm, 1998: 26). Kulturelle oder religiöse Motive sind kein Ausschließungsgrund oder eine Aufnahmebedingung für neue Mitgliedsstaaten.

In diese Richtung tendieren in ihrem Programm auch die Grünen. Sie sehen Europa nicht auf den eben genannten Faktoren aufgebaut, auch nicht auf „eine gemeinsame Nation und nicht auf eine gemeinsame ethnische Herkunft“ (GRÜNE, Programm, 2001: 70), sondern in den demokratischen und menschenrechtlichen Gemeinsamkeiten verbunden (vgl. ebd.).

Die ÖVP wiederum verweist auf die „gemeinsamen Werte, gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen und gemeinsamen wertbezogenen Ziele(n)“ (ÖVP, Grundsatzprogramm, 1995: 26). Aus diesen Faktoren und den unterschiedlichen „nationalen und regionalen Traditionen“ (ebd.) habe sich das Europa von heute entwickelt und diese seien der Garant dafür, dass in einer friedlichen EU der aggressive und kriegerische Nationalismus und Chauvinismus (vgl. ebd.) überwunden werde.

## 6 ZUSAMMENFASSUNG

Hauptaugenmerk der vorliegenden Diplomarbeit ist es, den ideologischen Wandel der Parteien in Bezug auf die österreichische Nation zu rekonstruieren. Anhand des Untersuchungsmaterials können die Einstellungen der Parteien aus den unterschiedlichen Phasen, in denen die Parteiprogramme veröffentlicht wurden, festgehalten werden. Zwar waren die geschichtlichen und politischen Rahmenbedingungen grundverschieden, dennoch hat sich im Laufe von beinahe hundert Jahren ein gefestigtes Bild der österreichischen Nation entwickelt. Das kann sowohl bei den politischen Akteuren als auch bei den BürgerInnen festgestellt werden, letzteres wurde mittels Verweisen auf verschiedene Untersuchungen aufzuzeigen versucht.

Ausgehend von der Ansicht, dass es sich beim Konzept der Identität um einen Prozess des ständigen Erarbeitens handelt, trifft diese nicht nur auf Individuen zu, sondern auch auf die Parteienlandschaft. Anhand des Untersuchungsmaterials kann deren Rolle bei der Herstellung eines Österreichbewusstseins – einer nationalen Identität – nachgebildet werden. Die Einstellungen der Parteien verlaufen dabei diskontinuierlich:

Beginnend mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie und dem daraus entstandenen politischen Willen und Entschluss der Parteien, den Anschluss an Deutschland zu suchen über die Zeit vor dem ständestaatlichen Österreich, in der es zu einer politischen Spaltung des Landes und zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, sind diese Perioden Österreichs von einer diffusen nationalen Identitätsvorstellung geprägt und führen nicht zu einer eigenständigen Nation, sondern enden im Anschluss an Deutschland. Es konnten in den Parteiprogrammen weder in der Zeit von 1918-1919 noch in den darauf folgenden Jahren bis 1934 Aussagen oder Hinweise in Bezug auf die politische Aufbauarbeit einer nationalen Identität Österreichs gefunden werden.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Suche nach eindeutigen Formulierungen, die zum Aufbau eines Österreichbewusstseins angeführt werden, erfolgreich.

In dieser Periode ist die eindeutige Bejahung einer eigenständigen österreichischen Nation in drei von vier Parteiprogrammen zu finden. Das politische Bekenntnis zu einem souveränen Staat Österreich ist in den Programmen ab dieser Zeit fixer Bestandteil. Die Ausnahme bildet der Verband der Unabhängigen, die sich 1949 in Bezug auf Österreich noch zurückhaltend äußern.

Der politische ‚Aufbau‘ Österreichs ist in den Parteiprogrammen eindeutig wiederzufinden und von mehreren Themengebieten und Signalwörtern geprägt.

Bildungspolitische Maßnahmen zur Heranführung der Jugend an ein ‚neues‘ Österreich können als ein dringendes Thema in der Nachkriegszeit gewertet werden (vgl. ÖVP, Die programmatischen Leitsätze, 1945, in Berchtold, 1967: 378 und SPÖ, Aktionsprogramm, 1947, in Berchtold, 1967: 276). Demnach ist es die Aufgabe des Bildungswesens, ein Österreichbewusstsein (u.a. bestehend aus Geschichte und Kultur) näher zu bringen.

Von Seiten der Parteien wird von der neutralen Rolle Österreichs in Europa ab dem Jahr 1947 gesprochen, ein politisches Thema, das mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags einen wesentlichen Bezugspunkt beim Aufbau des österreichischen Selbstbewusstseins einnimmt (vgl. u.a. Pelinka / Rosenberger, 2007: 60f.). Auf die Neutralität wird in vier von fünf aktuellen Parteiprogrammen eingegangen. Drei von diesen betrachten die Neutralitätspolitik als einen positiven und relevanten Faktor, der sowohl einen nationalen als auch internationalen Stellenwert einnimmt bzw. einnehmen soll. Zumindest im Untersuchungsmaterial bestätigt sich die These von Max Haller, nach der die „politische Neutralität noch immer ein zentrales Element der nationalen Identität“ (Haller, 1996: 503) darstellt. Die Aktualität dieses Themas ist anhand einer Umfrage aus dem Jahr 2011 erkennbar; aus dieser geht zwar hervor, dass der Nationalstolz im allgemeinen rückläufig ist, aber dennoch 46% der Befragten ‚stolz‘ auf die Neutralität Österreichs sind (vgl. Der Standard, 24.10.2011).

Anhand des Untersuchungsmaterials kann eine weitere These von Haller bestätigt werden: die Wichtigkeit der „Zugehörigkeit zu(r) deutschen Sprache und Kultur“ (Haller, 1996: 516) und der damit verbundenen kulturellen Stärkung der österreichischen Nation. Obwohl sich gerade bei diesem Themengebiet die Un-

terschiede von 1918 bis heute deutlich gezeigt haben, kann aus den aktuellen Parteiprogrammen die Zuschreibung der Relevanz von Kultur – u.a. bestehend aus Sprache, Bildung, Kunst – bei der Bildung bzw. Erhaltung und Festigung der nationalen Identität Österreichs abgelesen werden. Die Interdependenz von Kultur und Identität wird von Gellner folgendermaßen beschrieben:

*„Die Menschen lieben ihre Kultur wirklich, weil sie jetzt die kulturelle Atmosphäre wahrnehmen (statt sie für gegeben zu halten) und wissen, daß sie außerhalb ihrer nicht wirklich atmen oder ihre Identität erfüllen können.“* (Gellner, 1995: 164)

In den aktuellen Programmen der Parteien findet der Begriff ‚Identität‘ eine oftmalige Anwendung. Die damit verbundenen Themen sind u.a. Regionalität, Föderalismus und die Kultur als ‚identitätsstiftender‘ Faktor. Der Kunst wird ebenfalls eine Funktion bei der Bildung nationaler Identität zugeschrieben. Zum Teil kann von einer inflationären Anwendung dieses Terminus gesprochen werden.

Ebenfalls auffallend ist das vermehrte Aufkommen des Heimatbegriffs, der von den politischen Akteuren unterschiedlich konnotiert ist und dem von politischer Seite eine wesentliche Funktion zur Herstellung einer Identität zugeschrieben wird. Dem Traditionsbegriff kann – aus politischer Sicht – eine ebenso gewichtige Rolle nachgesagt werden. Zwar findet das unter verschiedenen Blickwinkeln statt, eine gewisse Rückwärtsgewandtheit in den Programmen konnte dennoch festgestellt werden.

Es versteht sich von selbst, dass nicht alle politischen Einflussfaktoren und Einstellungen, die auf die nationale Identität Österreichs Bezug nehmen, erfasst werden können. Diese Untersuchung hat jedoch zumindest einen Teilbereich dieses politischen Feldes und deren Verlauf sowie Veränderungen beleuchtet.

## 7 QUELLEN

- ANDERSON, Benedict, 1988: „Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts“. Campus Verlag, Frankfurt/Main.
- BALLHAUSEN, Thomas; KRENN, Günter, 2008: „Die gefälschten Herrscher. Beispiele der Habsburger-Darstellung im österreichischen Spielfilm“. In: Medien Impulse, Heft 63 März, S. 60-65.
- BALOG, Andreas; SCHÜLEIN, Johann August (Hg.), 2008: „Soziologie, eine multiparadigmatische Wissenschaft“. Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Aufl., Wiesbaden.
- BERCHTOLD, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München.
- BOGNER, Artur, 1989: „Zivilisation und Rationalisierung. Die Zivilisationstheorien Max Webers, Norbert Elias' und der Frankfurter Schule im Vergleich.“ Opladen.
- BOTZ, Gerhard, 2010: „Die Waldheim Affäre und ihre Folgen: Der Wandel von Österreichs kollektiven Erinnerungen (1986 – 2006)“. In: Timmermann, Heiner (Hg.): „Vergangenheitsbewältigung in Europa im 20. Jahrhundert. Band I“. LIT Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, S. 75-92.
- BOURDIEU, Pierre, 1999: „Die Regeln der Kunst: Genese und Struktur des literarischen Feldes“. 1. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- BRECHT, Bertolt, 2000: „Flüchtlingsgespräche“. 1. Aufl, Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt am Main.
- BROCKHAUSEN, Carl; KLAUSBERGER, Maria L., 1927: „Meyer's Wörterbuch, Deutsch-Oesterreich Kultur/Politik/Wirtschaft“. H. Meyer's Buchdruckerei, Halberstadt Abteilung Verlag.

## QUELLEN

BRUCKMÜLLER, Ernst, 1996: „Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse“. 2. Aufl., Böhlau Verlag. Wien; Köln; Graz.

BÜTTNER, Elisabeth, 2006: „Harmonie, die Zündstoff bringt – Der Heimatfilm der 1950er Jahre“. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): „Verfreundete Nachbarn. Deutschland – Österreich.“. Kerber Verlag, Bielefeld, S. 132-139.

DER KURIER, 3.2.2012: „FPÖ-Mandatar: Neuer Nazi-Vergleich“. <http://kurier.at/nachrichten/4483457-fpoe-mandatar-neuer-nazi-vergleich.php>, 3.2.2012.

DER SPIEGEL, 7.8.2003: „Österreicher empört über ZDF. ‚Deutsche wollen unseren Mozart klauen!‘“. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,260307,00.html>, 23.11.2011.

DER STANDARD, 2.2.2012: „WKR-Ball: FPÖ bestätigt STANDARD-Bericht“. <http://derstandard.at/1328162398642/Pogrom-Vergleich-WKR-Ball-FPOe-bestaetigt-STANDARD-Bericht>, 3.2.2012.

DER STANDARD, 24.10.2011: „Der Nationalstolz schwindet“. <http://derstandard.at/1319181053561/Umfrage-Der-Nationalstolz-schwindet>, 22.2.2012.

DIE PRESSE, 3.2.2012: „Nach WKR-Ball: SPÖ wirbt um ‚anständige‘ FPÖ-Wähler“. [http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/729310/Nach-WKRBall\\_SPOe-wirbt-um-anstaendige-FPOeWaehler?\\_vl\\_backlink=/home/index.do](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/729310/Nach-WKRBall_SPOe-wirbt-um-anstaendige-FPOeWaehler?_vl_backlink=/home/index.do), 3.2.2012.

DIEKMANN, Andreas, 2005: „Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen“. 13. Auflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.

ELIAS, Norbert, 1976: „Über den Prozeß der Zivilisation – soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen“. Zweiter Band: „Wandlungen der Gesell-



- schaft und Entwurf einer Theorie der Zivilisation“. Frankfurt/M., Suhrkamp-Taschenmuchausgabe.
- ELIAS, Norbert, 1987: „Die Gesellschaft der Individuen“. Schröter, Michael (Hg.), Frankfurt/M.
- ELIAS, Norbert, 1989: „Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert“. Schröter, Michael (Hg.), 1. Auflage, Frankfurt/M., Suhrkamp.
- EPPEL, Peter; LOTTER, Heinrich (Hg.), 1981: „Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1955-1980“. Jugend und Volk Wien München.
- ERIKSON, Erik H., 1965: „Kindheit und Gesellschaft“. 2. Auflage, Klett-Cotta, Stuttgart.
- ERIKSON, Erik H., 1966: „Identität und Lebenszyklus“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- ERNST, Gustav, 1992: „Naive und aggressive Idyllen im österreichischen Film“. In: Ernst, Gustav; Schedl, Gerhard (Hg.): „Nahaufnahmen: Zur Situation des österreichischen Kinofilms“. Europaverlag, Wien Zürich, S. 11-19.
- FELLNER, Fritz, 2002: „Geschichtsschreibung und nationale Identität“. Böhlau Verlag Wien – Köln – Weimar.
- FISCHER, Heinz, 1998: „Zur Entwicklung des Regierungs- und Parteiensystems in der Zweiten Republik“. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): „Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Teil 1 Der Spiegel der Erinnerung: die Sicht von innen.“. Böhlau, Wien ; Köln ; Weimar, S. 261-278.
- FRÜH, Werner, 2007: „Inhaltsanalyse“. 6. Aufl., UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz.
- GEHLER, Michael, 1996: „Österreich, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1945/49-1955“. In: Gehler, Michael; Schmidt, Rainer F.; Brandt, Harm-Hinrich; Steininger, Rolf (Hg.): „Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland im 19. und 20. Jh.“. Franz Steiner Verlag, Stuttgart, S. 535-580.

GELLNER, Ernest, 1995: „Nationalismus und Moderne“. 1. Aufl., Rotbuch Verlag, Hamburg.

GIDDENS, Anthony, 1997: „Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

GLETTLER, Monika, 1996: „Die Bewertung des Faktors Deutschland in der österreichischen Historiographie“. In: Gehler, Michael; Schmidt, Rainer F.; Brandt, Harm-Hinrich; Steininger, Rolf (Hg.): „Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland im 19. und 20. Jh.“. Franz Steiner Verlag, Stuttgart, S. 55-72.

HALLER, Max, 1996: „Resümee und Folgerungen. Elf Thesen zu den Grundlagen und Zukunftsperspektiven der nationalen Identität Österreichs und der Österreicher“. In: Haller, Max (Hg.): „Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich.“. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar, S. 501-530.

HALLER, Max; GRUBER, Stefan, 1996: „Die Österreicher und ihre Nation – Patrioten oder Chauvinisten? Gesellschaftliche Formen, Bedingungen und Funktionen nationaler Identität“. In: Haller, Max (Hg.): „Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich.“. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar, S. 61-147.

HAMMERSTEIN, Katrin, 2008: „Schuldige Opfer? Der Nationalsozialismus in den Gründungsmythen der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland“. In: Fritz, Regina; Sachse, Carola; Wolfrum, Edgar (Hg.): „Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa“. Wallstein Verlag, Göttingen, S. 39-61.

HEER, Friedrich, 1996: „Der Kampf um die österreichische Identität“. 2., unveränderte Auflage, Böhlau Verlag Wien – Köln – Weimar.

- HOBBSBAWM, Eric, 1994: „Die Erfindung der Vergangenheit“. In: Die Zeit, 9.9.1994, Nr. 37. <http://www.zeit.de/1994/37/die-erfindung-der-vergangenheit>, 26.11.2011.
- HOLZER, Andreas, 1995: „Die Rolle der Musik als Faktor österreichischer Identitätsfindung“. In: Medien Impulse, Heft Nr. 14, Dezember '95, S. 34-36.
- IMHOF, Kurt; BLUM, Roger; BONFADELLI, Heinz; JARREN, Otfried (Hg.), 2006: „Demokratie in der Mediengesellschaft“. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- KADAN, Albert; PELINKA, Anton, 1979: „Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien : Dokumentation und Analyse“. Niederösterreichisches Pressehaus, St. Pölten.
- KEUPP, Heiner, 1994: „Ambivalenzen postmoderner Identität“. In: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): „Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 336-350.
- KEUPP, Heiner, 1996: „Bedrohte und befreite Identitäten in der Risikogesellschaft“. In: Barkhaus, Annette; Mayer, Matthias; Roughley, Neil; Thürnau, Donatus (Hg.): „Identität, Leiblichkeit und Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, S. 380-403.
- KEUPP, Heiner, 2005: „Patchwork-Identität – Riskante Chancen bei prekären Ressourcen.“ Vortrag in Dortmund am 20. Mai 2005, [http://www.ipp-muenchen.de/index.php?article\\_id=25](http://www.ipp-muenchen.de/index.php?article_id=25), 8.12.2011.
- KEUPP, Heiner, 2009: „Fragmente oder Einheit? Wie heute Identität geschaffen wird.“. Vortrag bei der Tagung „Identitätsentwicklung in der multioptionalen Gesellschaft“ am 25. April 2009 im Kardinal-Döpfner-Haus in Freising. [http://www.ipp-muenchen.de/index.php?article\\_id=25](http://www.ipp-muenchen.de/index.php?article_id=25), 9.12.2011.
- KONRAD, Heimo, 2011: „Kulturpolitik. Eine interdisziplinäre Einführung“. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien.

- KOSELLECK, Reinhart, 1978: „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“. In: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hg.): „Geschichtliche Grundbegriffe“. Bd. 7, Klett-Cotta, Stuttgart 1978, S. 141–431.
- KRAPF-WEILER, Almut, 1986: „Zur Kunstpolitik des Tietze-Kreises“. In: „Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik: Ausw. D. bei d. Symposien in Wien vom 11.-13. November 1980 u. am 27. u. 28. Oktober 1982 gehaltene Referate“. – München: Oldenbourg; 1986; S. 77-103
- KRAUS, Wolfgang, 2009: „Wer sagt ‚ich‘ in uns? Narrative Identität und die Frage der Selbstpositionierung“. Vortrag auf der Tagung „Rethinking Narrative Identity: A Question of Perspective“ vom 26. bis 28. November 2009 an der Humboldt-Universität Berlin, [http://www.ipp-muenchen.de/index.php?article\\_id=25](http://www.ipp-muenchen.de/index.php?article_id=25), 8.12.2011.
- KUZMICS, Helmut, 2008: „Die Entwicklung von Wir-Gefühlen zu Nation und Heimat. Begriffliche Überlegungen und empirische Beispiele“. In: Beutner, Eduard; Rossbacher, Karlheinz (Hg.): „Ferne Heimat - Nahe Fremde: Bei Dichtern und Nachdenkern“, Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, S. 48-60.
- KUZMICS, Helmut; AXTMANN, Roland, 2000: „Autorität, Staat und Nationalcharakter. Der Zivilisationsprozeß in Österreich und England 1700-1900“. Leske + Budrich, Opladen.
- LANG, Andrea; MARKSTEINER, Franz, 1955: „Überlegungen zum österreichischen Nachkriegsfilm“. In: Blimp. Film Magazin, Nr. 32, S. 27-30.
- LIM, Dennis, 2006: „Austrian filmmakers with a heart for darkness - Culture - International Herald Tribune“. In: The New York Times: <http://www.nytimes.com/2006/11/27/arts/27iht-ausfilm.3682336.html>, 9.12.2011.
- MAIR, Peter; BIEZEN, Ingrid van, 2001: „Party Membership in twenty European Democracies, 1980-2000“. In: Party Politics, VOL 7., No. 1, SAGE Publications, London, Thousand Oaks, New Delhi, S. 5-21.

- MANN, Michael, 1986: „The Sources of Social Power: Volume 1, A History of Power from the Beginning to AD 1760“. Cambridge University Press.
- MEAD, Georg H., 1968: „Geist, Identität und Gesellschaft“. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main.
- MENASSE, Robert, 1993: „Das Land ohne Eigenschaften. Essay zur österreichischen Identität“. 3. Auflage, Sonderzahl Verlagsgesellschaft Wien.
- MOZETIĆ, Gerald, 2010: „Habitus und Hermeneutik, Konnotation und Implikation. Einige analytische Vorschläge, entwickelt an einem literarischen und einem politischen Beispiel“. In: Müller-Kampel, Beatrix; Kuzmics, Helmut (Hg.): LiTheS. Zeitschrift für Literatur- und Theatersoziologie; Nummer 5 (November 2010); Graz.
- NOACK, Bernd, 2008: „Theaterskandale. Von Aischylos bis Thomas Bernhard“. Residenz Verlag, St. Pölten – Salzburg.
- ORF-ONLINE, 2.2.2012: „Scharfe Kritik an Le Pen“. <http://orf.at/stories/2102872/2102947/>, 3.2.2012.
- PELINKA, Anton, 2004: „Grundzüge der Politikwissenschaft“. Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar.
- PELINKA, Anton; ROSENBERGER, Sieglinde, 2007: „Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends“. 3. Aufl., Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien.
- PRISCHING, Manfred, 1994: „Identität und Nation – Individuen auf der Suche nach Gemeinschaft“. In: Brünner, Christian; Mantl, Wolfgang; Prisching, Manfred; Welan, Manfred (Hg.): „Identität und Nachbarschaft: Die Vielfalt der Alpen-Adria-Länder“. Wien ; Köln ; Graz ; Böhlau, S. 5-62.
- RÁSKY, Béla, 2007: „Österreich – ein Landstrich, von dem die Geschichte Abschied genommen hat?“. In: Csúri, Károly; Kóth Markus (Hg.): „Österreichische Identität und Kultur“, JATEPress Szeged – Praesens Verlag Wien, S. 53-74.

## QUELLEN

- RAUCHENSTEINER, Manfred, 1998: „Das Jahrzehnt der Besetzung als Epoche in der österreichischen Geschichte“, In: Ableitinger, Alfred; Beer, Siegfried; Staudinger, Eduard G. (Hg.): „Österreich unter alliierter Besetzung 1945-1955“. Böhlau Verlag, Wien; Köln; Graz, S. 15-40.
- REITERER, Albert F., 1996: „Intellektuelle und politische Eliten in der Nationenwerdung Österreichs“. In: Haller, Max: „Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich“. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar.
- ROSEI, Peter, 1978: „Österreich“. In: Achleitner, Friedrich; Jung, Jochen (Hg.): „Glückliches Österreich: literarische Besichtigung eines Vaterlands.“, Residenz Verlag, Salzburg, S. 154-159.
- SCARROW, Susan E., 2000: „Parties without Members? Party organization in a changing electoral environment“. In: Russel, Dalton J.; Wattenberg, Martin P. (Hg.): „Parties without partisans, Political Change in advanced industrial democracies“. Oxford University Press, Oxford, S. 79-101.
- SCHADER, Jörg, 2006: „Die nationale Identität der Österreicherinnen und Österreicher im internationalen Vergleich“. Dipl.Arb., Universität Graz.
- SCHÄFER, Susanne, 2010: „Konstanz und Wandel: Die CSU-Programme im dokumentarischen Vergleich“. In: Hopp, Gerhard; Sebaldt, Martin; Zeitler, Benjamin (Hrsg.): „Die CSU - Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei“. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 173-193.
- SMITH, Anthony D., 1988: „The Ethnic origins of nations“. Oxford.
- STATISTIK AUSTRIA, 2011: „Demographisches Jahrbuch 2010“. Verlag Österreich GmbH, Wien.
- TRIBUTSCH, Svila; ULRAM, Peter A., 2008: „Das österreichische Geschichtsbewusstsein und seine Geschichte“. In: Schausberger, Franz (Hg.): „Ge-

- schichte und Identität. Festschrift für Robert Kriechbaumer zum 60. Geburtstag“. Böhlau Verlag, Wien – Köln – Weimar, S. 37-50.
- VEROSTA, Stephan, 1986: „Für die Unabhängigkeit Österreichs“. In: Ackerl, Isabella (Hg.): „Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik“. Verlag für Geschichte und Politik, Wien, S. 41-48.
- WASSERMANN, Heinz P. (Hg.), 2002: „Antisemitismus in Österreich nach 1945“. Studien Verlag, Innsbruck - Wien - Bozen.
- WEBER, Max, 1980: „Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie“. 5. Aufl., Tübingen: Mohr.
- WEISS, Hilde; REINPRECHT, Christoph, 1998: „Demokratischer Patriotismus oder ethnischer Nationalismus in Ost-Mitteleuropa?“. Böhlau Verlag Ges.m.b.H, Wien – Köln – Weimar.
- WEISSENSTEINER, Friedrich, 1990: „Der ungeliebte Staat – Österreich zwischen 1918 und 1938“. ÖBV Publikumsverlag/Wissenschaftsverlat, Wien.
- WICKENBURG, Erik G., 1971: „Kleine Geschichte Österreichs“. 4. Aufl., Frankfurter Societäts-Druckerei.
- ZÖLLNER, Erich, 1990: „Geschichte Österreichs: von den Anfängen bis zur Gegenwart“. 8. Aufl., Verlag für Geschichte und Politik, Wien.

## 7.1 Parteiprogramme<sup>19</sup>

### BÜNDNIS ZUKUNFT ÖSTERREICH

„Programm des Bündnis Zukunft Österreich“, 2010, [http://www.bzoe.at/assets/files/Programm\\_BZOE\\_WEB.pdf](http://www.bzoe.at/assets/files/Programm_BZOE_WEB.pdf), 9.12.2011.

### CHRISTLICHSOZIALE PARTEI<sup>20</sup>

„Das Aktionsprogramm der Christlichsozialen Vereinigung, 1919“, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 359-363.

„Das Programm der Christlichsozialen Partei“, 1926, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 374-376.

### DEUTSCHNATIONALE PARTEIE

Das „Salzburger Programm“ der Großdeutschen Volkspartei, 1920, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 439-482.

### FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS

„Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich“, 1957, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 494-509.

„Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik“, 1973, abgedruckt in: Reiter, Erich, 1982: „Programm und Programmentwicklung der FPÖ“. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien, S. 89-137.

---

<sup>19</sup> Alphabetische Anordnung.

<sup>20</sup> Vorgängerorganisation der ÖVP.



„Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs“, 2011, [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2011/2011\\_graz\\_parteiogramm\\_web.pdf](http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2011/2011_graz_parteiogramm_web.pdf), 7.12.2012.

#### DER GRÜNE KLUB

„Das grüne Programm“, 2001, [http://www.gruene.at/uploads/media/Gruenes\\_Grundsatzprogramm2001\\_01.pdf](http://www.gruene.at/uploads/media/Gruenes_Grundsatzprogramm2001_01.pdf), 9.12.2011.

#### HEIMATBLOCK

„Der Korneuburger Eid“, 1930, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 402-403.

„Das Nationalratsprogramm des Heimatblockes“, 1930, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 403-406.

#### KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS

„Programmatische Leitsätze der Kommunistischen Partei Österreichs“, 1946, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 316-323.

#### LANDBUND FÜR ÖSTERREICH

„Politische Leitsätze des Landbundes für Österreich“, 1923, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 482-483.

#### ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI

„Die programmatischen Leitsätze der Österreichischen Volkspartei“, 1945, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 376-379.

„Was wir wollen“, das Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei, 1958, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 386-397.

„Salzburger Programm – Das Grundsatzprogramm der ÖVP“, 1972, 9. Aufl., April 1990, Vereinigung für politische Bildung – Politische Akademie der ÖVP, Wien.

„Grundsatzprogramm“, 1995, <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>, 7.11.2011.

### SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICHS

„Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei“, 1998, [http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe\\_partei\\_programm.pdf](http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf), 11.12.2011.

### SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS<sup>21</sup>

„Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs“, 1947, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 268-277.

„Das Neue Parteiprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs“, 1958, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 286-306.

„Neues Parteiprogramm“, 1978, abgedruckt in: SPÖ-Zentralsekretariat (Hg.), 1978: „Das neue Programm der SPÖ“. Vorwärts AG, Wien.

### VERBAND DER UNABHÄNGIGEN<sup>22</sup>

„Das Programm des Verbandes der Unabhängigen“, 1949, abgedruckt in: Berchtold, Klaus, 1967: „Österreichische Parteiprogramme 1868-1966“. R. Oldenbourg München, S. 484-488.

---

<sup>21</sup> Vorgängerorganisation der SPÖ.

<sup>22</sup> Vorgängerorganisation der FPÖ.

## 8 TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

### 8.1 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Anteil der Parteimitglieder aller Wahlberechtigten in Prozent .....	32
Tabelle 2:	Die erste Untersuchungsphase.....	41
Tabelle 3:	Positionen der Parteien zu analysierten Themen aus der ersten Untersuchungsphase .....	44
Tabelle 4:	Die zweite Untersuchungsphase .....	46
Tabelle 5:	Positionen der Parteien zu analysierten Themen aus der zweiten Untersuchungsphase.....	52
Tabelle 6:	Die dritte Untersuchungsphase.....	54
Tabelle 7:	Die vierte Untersuchungsphase.....	63
Tabelle 8:	Das österreichische Nationalbewusstsein in der öffentlichen Meinung (in Prozent) .....	64
Tabelle 9:	Positionen der Parteien zu analysierten Themen (nach 1955) ...	72
Tabelle 10:	Positionen der Parteien zu analysierten Themen (1970er Jahre) .....	80
Tabelle 11:	Positionen der Parteien zu analysierten Themen (Österreich heute) .....	95

## 8.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	QE1 In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da...? .....	25
Abbildung 2:	Kommunikationsprozess (nach Diekmann, 2005).....	36
Abbildung 3:	Zusammensetzung des Nationalrates – Wahlen vom 16. Februar 1919 (Gesamt 170 Mandate).....	42
Abbildung 4:	Ergebnisse der Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920...	47
Abbildung 5:	Zusammensetzung des Nationalrates – Wahlen vom 9. November 1930 (Gesamt 165 Mandate).....	48
Abbildung 6:	Ergebnisse der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1949.....	56
Abbildung 7:	Häufigkeitsauszählung (1945-55) .....	58
Abbildung 8:	Ergebnisse der Nationalratswahl vom 10. Mai 1959.....	65
Abbildung 9:	Häufigkeitsauszählung (nach 1955).....	67
Abbildung 10:	Häufigkeitsauszählung (nach 1955).....	69
Abbildung 11:	Häufigkeitsauszählung (nach 1955).....	71
Abbildung 12:	Ergebnisse der Nationalratswahl vom 6. Mai 1979.....	74
Abbildung 13:	Häufigkeitsauszählung (1970er Jahre) .....	76
Abbildung 14:	Häufigkeitsauszählung (1970er Jahre) .....	78
Abbildung 15:	Zuwanderung nach Österreich – 1965 bis 2009 .....	81
Abbildung 16:	Häufigkeitsauszählung (1970er Jahre) .....	83
Abbildung 17:	Eheschließungen von 1946 bis 2010.....	85
Abbildung 18:	Ergebnisse der Nationalratswahl vom 28. September 2008 ..	86
Abbildung 19:	Häufigkeitsauszählung (Österreich heute).....	88
Abbildung 20:	Häufigkeitsauszählung (Österreich heute).....	92
Abbildung 21:	Häufigkeitsauszählung (Österreich heute).....	98

## 9 ANHANG

### 9.1 Untersuchungsmaterial

Phase	Untersuchungsmaterial	Partei
1.	Das Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter, 1919	SdP
	Das Aktionsprogramm der Christlichsozialen Vereinigung, 1919	CSP
2.	Das „Linzer Programm“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1926	SdP
	Das Programm der Christlichsozialen Partei, 1926	CSP
	Der Korneuburger Eid, 1930	HB
	Das Nationalratsprogramm des Heimatblockes, 1930	HB
	Das „Salzburger Programm“ der Großdeutschen Volkspartei, 1920	DnP
	Politische Leitsätze des Landbundes für Österreich, 1923	LBd
3.	Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs, 1947	SPÖ
	Programmatische Leitsätze der Kommunistischen Partei Österreichs, 1946	KPÖ
	Die programmatischen Leitsätze der Österreichischen Volkspartei, 1945	ÖVP
	VdU Das Programm des Verbandes der Unabhängigen, 1949	VdU

Phase	Untersuchungsmaterial	Partei
	Das „Neue Parteiprogramm“ der Sozialistischen Partei Österreichs, 1958	SPÖ
	„Was wir wollen“, das Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei, 1958	ÖVP
	Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, 1957	FPÖ
	Neues Parteiprogramm, 1978	SPÖ
	Salzburger Programm, 1972	ÖVP
4.	Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, 1973	FPÖ
	Grundsatzprogramm, 1995	ÖVP
	Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei, 1998	SPÖ
	Das grüne Programm, 2001	Grüne
	Programm des Bündnis Zukunft Österreich, 2010	BZÖ
	Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, 2011	FPÖ

### Parteiabkürzungen (alphabetische Anordnung)

BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich	LBd	Landbund für Österreich
CSP	Christlichsoziale Partei	ÖVP	Österreichische Volkspartei
DnP	Deutschnationale Parteien	SdP	Sozialdemokratische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
Grüne	Der Grüne Klub		(bis 14.6.1991 Sozialistische Partei Österreichs)
HB	Heimatblock	VdU	Verband der Unabhängigen
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs		

## 9.2 Kategorien

Kat. Nr.	Unter-kategorien Nr.		Kat. Nr.	Unter-kategorien Nr.	
1	1	<b>Österreich/s</b>	7	25	<b>Religion</b>
	2	österreichisch/e/er/en		26	Glauben-
	3	Österreicher/in		27	Christentum
	4	Österreich-Ungarn		28	nichtchristliche
	5	Deutschösterreich			
	6	Monarchie (Habsburg)			
2	7	<b>Nation</b>	8	29	<b>Heimat</b>
	8	national/e/en/er		30	Heimat-
	9	nationalistischer		31	heimisch/e/er/en
	10	Patriot-			
3	11	<b>International/e/er/en</b>	9	32	<b>Region</b>
	12	Europa		33	Regional-
	13	europäisch-		34	ländlich
4	14	<b>Deutschland</b>	10	35	Lokal-
	15	deutsch/e/en/er/em		36	<b>Kultur</b>
5	16	<b>Identität</b>	11	37	kulturell/e/en/er
	17	identitäts-		38	<b>Kunst</b>
6	18	<b>Tradition/en</b>	12	39	künst-
	19	traditionelle ...		40	künstlerisch/e/er/en
	20	Charakter/s		41	<b>Neutralität</b>
	21	charakterlich		42	neutral/e/er
	22	Volks-		43	Selbständigkeit
	23	Volkstum		44	Unabhängigkeit
	24	volkstümlich/en		45	Eigenständigkeit
			46	Freiheit	

### 9.3 Abstract

Zentrales Thema dieser Diplomarbeit ist es, aufzuzeigen, wie die Politik seit dem Zerfall der Habsburgermonarchie in Österreich mit der Nation an sich und mit der nationalen Identität umgegangen ist. Dabei wurden nicht primär individuelle Haltungen und Einstellungen der Angehörigen des österreichischen Staates erfasst, sondern das politische Feld und seine Akteure, die Parteien, untersucht. Es handelt sich bei dieser Arbeit um die Rekonstruktion der politischen Aussagen, Zuschreibungen und Formulierungen, die auf die nationale Identität, das ‚Österreichbild‘ und die Sicht auf die eigene Nation Bezug nehmen. Für diesen von 1918 bis heute chronologischen Überblick wurden mittels einer Stichprobe Parteiprogramme aus vier Phasen – die nach relevanten gesellschaftspolitischen und / oder geschichtlichen Daten unterteilt wurden – analysiert. Anhand des Untersuchungsmaterials kann die Sichtweise der Parteien auf Österreich skizziert werden und deren Zweifel, ‚Annäherungen‘ und schließlich die Bejahung einer souveränen österreichischen Nation verdeutlicht werden.

This diploma thesis aims to discuss how the nation itself and national identity has been handled as part of public policy since the fall of the Habsburg monarchy in Austria. The scope of this investigation did not primarily extend to individual positions and attitudes of the members of the Austrian state, but is rather focused on the political sphere and its protagonists, the parties. This thesis aims to reconstruct political statements, attributions and phrasing related to national identity, the “image of Austria” and people’s view of their own nation. For this chronological overview from 1918 up to today, party platforms from four phases – sectioned according to relevant sociopolitical and / or historical data – were sampled and analyzed. The investigated material forms the basis for an outline of the parties’ view of Austria and demonstrates their doubt, “harmonization” and, finally, their affirmation of a sovereign Austrian nation.



## 9.4 Lebenslauf

### Andreas Kolbábek

Geboren am 10.02.1984 in Wien

Staatsbürgerschaft: Österreich

#### Bildungsweg

März 2006 - April 2012	Diplomstudium Soziologie der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaft an der Universität Wien
seit Oktober 2008	Weiterführung des Studiums an der Universität Graz
2003 - 2004	Berufsreifeprüfung an der Vienna Business School, Hamerlingplatz in Wien
1998 - 2003	Schule für Datenverarbeitung (Schwerpunkt Informatik und Wirtschaft) in Korneuburg und Wien
1994 - 1998	Hauptschule Maria Enzersdorf

#### Soziologie – Schwerpunkte

WS 2010/11 - SS 2011	Filmsoziologie (Moebius /Reicher) Forschungspraktikum
WS 2008/09	Stadtsoziologie (Haring /Zelinka-Roitner) Stadtteilprojekt „sta.ges“. <i>Projektmitarbeit</i>

## Berufliche Erfahrungen / Praktika (Auswahl)

März 2009 - März 2010	Schauspielhaus Graz. <i>Regiehospitant</i> und <i>Kameraassistent</i> (Die Stunde, da wir nichts voneinander wussten. R: Viktor Bodó) und <i>Kameramann</i> (Opening Night. R: Cornelia Crombholz)
Jänner/Februar 2009	Schauspielhaus Graz. <i>Regiehospitant</i> (König Lear. R: Peter Konwitschny)
Mai 2007 - Juli 2007	HTL-Mödling und Sozialstation der Caritas Eisenstadt in Pietroasa Mare/Rumänien. <i>ehrenamtlich</i>
Okt. 2006 - März 2007	KPMG WP und Steuerberatung. <i>Archivarbeiten</i>
Sep. 2005 - April 2007	Österreichisches Verkehrsbüro AG. <i>Freier Mitarbeiter</i>

## Film (Darsteller)

2011	Screens (R: Diagonale Filmklasse)
2010	Lebensretter Konstantin (R: Mark Gerstorfer)
2010	Vierter Sommer (R: Martin Kroissenbrunner)

## Zivildienst

Feb. 2004 - Jänner 2005	Rotes Kreuz, Brunn am Gebirge. <i>Sanitäter und Rettungsfahrer</i>
-------------------------	--

